

Allmendinger, Jutta (Ed.)

Periodical Part

Globaler Süden: Machtverhältnisse - Moderne - Migration

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Allmendinger, Jutta (Ed.) (2024) : Globaler Süden: Machtverhältnisse - Moderne - Migration, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 184 (2/24)

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327965>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WZB | Mitteilungen

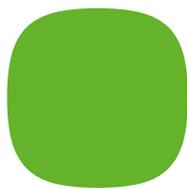
Quartalsheft für Sozialforschung



2|24

Juni 2024

wzb.eu



Globaler Süden

Machtverhältnisse

Moderne

Migration

68 : 68



Rein rechnerisch habe ich für jedes Lebensjahr ein Editorial für die WZB-Mitteilungen geschrieben, von Heft 116 bis Heft 183. Das erste handelte vom Lob des Zweifels, das Motto meines Amtsantritts vor 17 Jahren. Das letzte trug die schlichte Überschrift „Zusammen“.

Die beiden Titel sagen alles. Das Haus hat zusammengefunden, jedem Editorial folgten pralle Seiten. Ich weiß: Mit einem Beitrag für „die Mitteilungen“ sind individuelle wissenschaftliche Lorbeeren nicht zu gewinnen. Institutionell können wir aber auf Exzellenz allein nicht aufbauen. Das WZB steht für mehr, für den Transfer der Forschung in unsere Gesellschaft, für die Entwicklung von Gemeingütern wie Ethikrichtlinien und neuen Strukturen. Das Weizenbaum-Institut und das Zentrum für Zivilgesellschaft sind nur zwei Beispiele. Wir brauchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die von diesem Auftrag überzeugt sind. Sich engagieren für das Gemeinwohl, oft zu Lasten eigener Publikationen. Wir haben diese Menschen. Welch ein Glück. Danke.

Hinter den Mitteilungen steht die Kommunikationsabteilung, ein tolles Team. Zu Beginn wurde K von Paul Stoop geleitet, es folgte Harald Wilkoszewski, nun ist es Gritje Hartmann. Seit einigen Jahren ist Gabriele Kammerer der Dreh- und Angelpunkt der Mitteilungen, Spiritus Rector, welch eine Kunst. Danke ihr, danke dem ganzen Team.

Auch im Rückblick passen meine Editorials zu mir. Unvergessen: „Ein Zebra – vielleicht“, „Die kleine Dienerin“, „Das Geschlecht der Expertise“, „Freunde (m/w)“, „Sieben Worte“, „Schorsch und Rosi“, „Softies im Aufwind“ und „Generation alle“. Man hat mich machen und gestalten lassen – und das gilt nicht nur für die Mitteilungen, es gilt für vieles im WZB. Man hat mir geholfen. Durch dick und dünn. Ich bin 17 Jahre geblieben. Danke.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Allmendinger'. The signature is fluid and cursive.

Jutta Allmendinger
Präsidentin

Inhalt 2|24

Juni 2024

Editorial

3 68 : 68

Jutta Allmendinger

Titelthema

6 Wenn Nord und Süd zusammenarbeiten
Erfahrungen aus einem Projekt in Uganda
Nora Chirikure und Macartan Humphreys

10 Das postfossile Zeitalter
Chinas Rolle bei der Elektrifizierung der Welt
Timo Daum

15 Verkehrswende in Brasilien
Modernistisches Erbe und eigene Wege
Martin Gegner

19 Mobil in Mumbai
Wie digitale Plattformen Konflikte um Räume
und Ressourcen befeuern
Tobias Kuttler

23 Entwicklung und Ausbeutung
Handys und Soziale Netze im Globalen Süden
Aarushi Bandari und Jessica Kim

27 Lesbar werden
In Kenia stößt die Einführung digitaler
Ausweise nicht nur auf Widerstand
Lisa Garbe und Alexandra Scacco

31 Militär und Demokratie
Hintergründe des Putsches in Niger 2023
Daniel Tuki

35 Frieden von unten
Zivilgesellschaftliche Versöhnung in Kolumbien
Wolfgang Minatti

40 Vermeintlich unpolitisch
Streiks in China folgen anderen Regeln als in
nördlichen Industrieländern
Yuequan Guo

44 Scheitern, Schulden, Stigma
Warum westafrikanische Migrant*innen nicht
einfach zurückkehren, wenn der wirtschaft-
liche Erfolg ausbleibt
Julia Stier und Judith Altrogge

48 Nicht einfach naiv
Gründe und Hintergründe des Menschen-
handels in Nigeria
Tamara Bogatzki und Daniel Meierrieks

52 Bessere Arbeit durch Bildung
Beobachtungen in Chile und Uruguay
Agustina Marques Hill und Heike Solga

56 Zwischen Bewahren und Erneuern
Forstwirtschaft und Tischlerhandwerk in Japan
Lianara Dreyer

WZB | Mitteilungen online

14 Tödliche Folgen | Kämpfe in der Arbeits-
welt | Bildung in Tansania und Kenia |
Die politische Ökonomie Afrikas | Ungleich-
gewicht der Macht

Aus der aktuellen Forschung

60 Intime Daten im digitalen Raum
Menstruations- und Zyklus-Apps zwischen
Selbstbestimmung und Datenschutz
*Hannah Zagel, Julia Pohle, Clara Iglesias Keller,
Alissa Theresa Steer, Carlotta Mayer und Anna
Katzj-Reinshagen*

Aus dem WZB

- 64** Projekt zum Wissenschaftsjahr: denk!mal FREIHEIT
- 65** Willkommen Nicola Fuchs-Schündeln
- 66** Abschied von Christine Landfried
- 68** Vorgestellt
- 70** Personen
- 71** Veranstaltung
- 72** Nachlese/Impressum

Zu guter Letzt

- 74** Das Schloss als Schlüssel
Wie brasilianische Verwunderung zu einem Buch über deutsche Architektur führte
Martin Gegner

Das WZB

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 200 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte - Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



Wenn Nord und Süd zusammenarbeiten

Erfahrungen aus einem Projekt in Uganda

Die Frage, welche Mechanismen politische Teilhabe ermöglichen, ist eine der Kernfragen der WZB-Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit. Freude und Neugier waren daher groß, als aus der ugandischen Hauptstadt Kampala die Anfrage an das Team um Macartan Humphreys kam, die Erarbeitung einer Bürgercharta zu unterstützen. Es begann ein aufschlussreiches Zusammenspiel von Wissenschaft und Praxis und ein Prozess der Koproduktion von Nord und Süd.

Nora Chirikure und Macartan Humphreys

Im Jahr 2018 wandte sich die Stadtverwaltung der ugandischen Hauptstadt Kampala (Kampala Capital City Authority – KCCA) an uns. Die Planungsabteilung bat uns, bei der Ausarbeitung einer „Bürgercharta“ für ihre Stadt zu helfen, also eines öffentlichen Dokuments, in dem die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Stadtregierung niedergelegt werden sollten. Eine solche Charta sollte das Regierungshandeln verbessern und marginalisierten Bürger*innen dabei helfen, ihre Rechte einzufordern.

Unsere Forschungsgruppe am WZB beschäftigt sich mit Institutionen und politischer Ungleichheit – wir freuten uns also über die Anfrage. Wir untersuchen schon lange Mechanismen der politischen Verantwortlichkeit. Besonders interessant ist es, wenn Regierungsbehörden selbst nach Wegen suchen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, und noch interessanter ist es, das Entstehen einer Institution zu begleiten und ihre Wirksamkeit und Legitimität zu untersuchen.

Welche Rolle jedoch konnten wir sinnvollerweise – und ethisch vertretbar – spielen? Wir sind weder Berater*innen noch Dienstleister*innen. Wir sind auch keine Aktivist*innen, die versuchen, Gemeinwesen innovative Konzepte aufzuzwingen. Unser Interesse gilt dem Hervorbringen von Wissen – allerdings mit der Motivation, Ungleichheiten zu bekämpfen. In diesem Fall wollten wir vor allem verstehen, wie politische Ungleichheit Entscheidungen beeinflusst und wie Institutionen Ungleichheit beeinflussen können. Es gab drei Möglichkeiten, uns einzubringen: Wir konnten Wissen aus der sozialwissenschaftlichen Forschung weitergeben, die Forderungen der Bürger und ihre Umsetzung in der Charta wissenschaftlich begleiten und unsere Erkenntnisse allen am Prozess Beteiligten vermitteln.

Bei unserem ersten Besuch in Kampala trafen wir uns mit den Leiter*innen aller Abteilungen der Stadtverwaltung, um über Entwürfe und mögliche Auswirkungen der Charta zu diskutieren. Wir hielten einen Vortrag im schönen Ratssaal des Rathauses, unter den Augen aller

dort porträtierten Oberbürgermeister Kampalas. Wir stellten Fragen, die in diesem frühen Stadium von Bedeutung waren: Wie wurden ähnliche Chartas entworfen? Welche Konsultationsprozesse haben sich dafür bewährt zu erfahren, was die Bürgerinnen und Bürger wollen? Gibt es Belege dafür, dass solche Projekte etwas bewirken können? Leider mussten wir berichten, dass die Belege für die Wirksamkeit eher schwach sind. Die zugrundeliegende Theorie ist recht solide, aber empirische Beweise gibt es weniger, als zu erhoffen wäre. Viele Beispiele – auch aus Uganda selbst – zeigen, dass Bewertungsbögen für Bürger*innen deren Bereitschaft nicht nennenswert steigern, die Regierenden zur Rechenschaft zu ziehen. Immerhin gibt es ein paar Belege dafür, dass es eine stärkende Wirkung auf Menschen haben kann, wenn ihnen ihre Rechte klar vermittelt werden. Es war ermutigend zu sehen, dass diese Diskussionen die Verantwortlichen der Stadt Kampala motivierten: Sie waren bereit, innovative Ideen zu testen und Grundlagen für eine wissenschaftliche Auswertung zu schaffen.

Zunächst identifizierten wir eine Reihe von Forschungsfragen. Eine Gruppe davon bezog sich auf die Entstehung der Charta, eine zweite auf die Teilnahme am Charta-Prozess und die Auswirkungen der Charta selbst. Wir wollten die Nachfrage der Bürger*innen nach einer Charta verstehen, aber auch etwas über die Zu-



Macartan Humphreys ist Direktor der Abteilung *Institutionen und politische Ungleichheit am WZB und Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Aktuelle Forschungsschwerpunkte sind die Entwicklung nach Konflikten, ethnische Politik, politische Autorität und Führung sowie demokratische Entwicklung.*
macartan.humphreys@wzb.eu

Foto: © WZB/Jacobia Dahm, alle Rechte vorbehalten.



Nora Chirikure ist Doktorandin in der Abteilung *Institutionen und politische Ungleichheit. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf den Schnittstellen von Technologie, Kultur und Politik.*
nora.chirikure@wzb.eu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

verlässigkeit von Konsultationsprozessen zur Ermittlung der Interessen der Bürger*innen erfahren: Führen Konsultationen zur wahrheitsgetreuen Abbildung der Bürgermeinungen oder beeinflussen politisch mächtigere Akteure das Ergebnis? Wir organisierten 250 Gesprächsgruppen in der ganzen Stadt, in denen zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger gebeten wurden, eine Reihe von Prioritäten für die Charta zu diskutieren. Hier beteiligten wir Angestellte der Stadtverwaltung, die die Hälfte der Treffen moderierten. Involviert war auch die amerikanische Nichtregierungsorganisation „Innovations for Poverty Action“. Außerdem arbeiteten wir mit dem Politikwissenschaftler Grace-Edward Galabuzi von der Makerere University in Kampala zusammen. Er organisierte mit seinen Studierenden eine Reihe von Fokusgruppen in Gemeinden, um ähnliche Fragen mit Hilfe qualitativer Methoden zu untersuchen.

Die Partnerschaft mit der Stadtverwaltung kam unserer Studie in mehrfacher Hinsicht zugute. Ihre direkte Unterstützung sowohl mit Personal als auch dabei, die Bürger*innen zur Teilnahme zu motivieren, war unerlässlich. Zweitens lieferten die Angestellten ihre Vorannahmen über die Ansichten der Bürger*innen und boten uns damit eine Grundlage für die Interpretation der Ergebnisse. In einigen Fällen gingen sie davon aus, dass die Prioritäten der Bürger*innen von ihren eigenen abweichen würden, aber sie waren sehr daran interessiert, mehr darüber zu erfahren. Schließlich berieten



Freundinnen im Club „The Square“ in Kampala. Foto: © Nichole Sobecki/VII/Redux/laif, alle Rechte vorbehalten.

uns Leitungspersonen aus der Stadtverwaltung zu verschiedenen Details der Forschung. Die lokalen Behörden drängten uns, unsere Stichproben in zweierlei Hinsicht zu erweitern und anzupassen: Wir sollten uns nicht nur auf geografische Stichproben stützen, sondern auch Berufsgruppen einbeziehen, die bei geografischen Stichproben übersehen werden könnten, etwa Marktverkäufer*innen oder die große Gruppe der Motorradtaxi-Fahrer in Kampala. Sie rieten uns auch, die Leitungen der untersten politischen Einheiten und die Bezirksbürgermeister*innen einzubeziehen.

Unsere Analyse des Prozesses, mit dem Präferenzen erhoben wurden, brachte verschiedene Arten von Ungleichheiten zu Tage, zum Beispiel nach Merkmalen wie Geschlecht oder Klasse. Allerdings zeigte sich ein interessantes Muster: Die genannten Merkmale erklärten zwar Ungleichheiten in den Beiträgen zu den Gruppendiskussionen. Auf die Ergebnisse hatten diese Unterschiede jedoch sehr viel weniger Auswirkungen. Wir können also davon ausgehen, dass die angewandten Verfahren verlässliche Informationen über die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger lieferten.

Es wurde schließlich eine Reihe von Grundsätzen für eine Bürgercharta erarbeitet, die auf breite Zustimmung stießen, darunter Transparenzregeln für öffentliche Ausgaben und Mechanismen der Rechenschaftspflicht. Auf dieser Grundlage erarbeiteten die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung eine Charta. Ihr Text-Entwurf liegt derzeit zur Abstimmung beim Stadtrat.

Nicht so weit gediehen ist unser längerfristiges Forschungsziel: zu verstehen, wie sich die Charta auf Strukturen politischer Verantwortung auswirkt. Dieser Teil der Forschung ist darauf angewiesen, dass die Charta verabschiedet wird. Das aber sind politische Prozesse, die weitgehend außerhalb unserer Kontrolle liegen.

Der Transfer unserer Erkenntnisse in die Praxis ist ein langer Weg. Der Charta-Entwurf auf der Grundlage unserer Einsichten wurde auf der administrativen Ebene erstellt. Es gab Verzögerungen in der Umsetzung, und wir wurden darauf hingewiesen, dass das wahrscheinlich darauf zurückzuführen war, dass der Stadtrat mit dem komplexen Dokument, den Beweggründen dafür und den möglichen Auswirkungen nicht vertraut war. Außerdem gab es für

den Rat kein natürliches Forum, um solche Fragen zu diskutieren. Wir wurden gefragt, ob wir eine Ad-hoc-Sitzung mit dem Stadtrat sowie politischen und administrativen Führungskräften der Stadt veranstalten könnten, um die Hintergrundforschung zu präsentieren, das Verständnis für die Charta-Idee zu stärken und den Prozess voranzutreiben. Unsere erste Reaktion war, dass dies nicht in unseren Aufga-

„Die Ratssitzungen sind unregelmäßig, die Distanz zwischen dem politischen und dem administrativen Flügel der Stadtverwaltung ist groß“

benbereich als Forscher falle. Wir sollten nicht versuchen, Entscheidungen in der Stadt zu beeinflussen. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Verzögerung zum Teil ein Problem der unzureichenden Weitergabe von Informationen war. Wir hatten unsere Ergebnisse zwar unseren direkten Partnern mitgeteilt, aber nicht der größeren Reihe von Interessengruppen, die in dieser Phase aber von entscheidender Bedeutung waren. Der Oberbürgermeister unterstützte die Idee einer eigenen Sitzung und lud 70 Vertreter*innen des Stadtrats und mehrerer Abteilungen der Stadtverwaltung von Kampala zu einer eintägigen Sitzung ein, darunter den Sprecher des Stadtrats und die Bezirksbürgermeister von Kampala. Wir druckten 300 Exemplare des Charta-Entwurfs, die bei der Sitzung auslagen und in der Stadtverwaltung weiter verteilt wurden. Auf dem Treffen wurde die Bedeutung der Charta auf politischer Ebene bekräftigt – hierin waren sich der Sprecher des Stadtrats und der Oberbürgermeister einig. Die Ratsmitglieder brachten wichtige Anliegen vor, darunter die Sorge, dass Bürger*innen mit Behinderung nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt werde, und die Befürchtung, dass einige Ziele, die die Stadt sich gesetzt hatte, nur schwer zu erreichen sein könnten. Das Treffen machte deutlich, welche Schwierigkeiten auftreten, wenn eine Stadtverwaltung reformiert werden soll: Die Ratssitzungen sind unregelmäßig, die Distanz zwischen dem politischen

und dem administrativen Flügel der Stadtverwaltung groß. Der Oberbürgermeister hob hervor, dass diese Sitzung für ihn die erste war, an der alle diese Bereiche gemeinsam teilnahmen. Obwohl die Charta selbst noch nicht in Kraft ist, gab das Treffen neuen Schwung und diente dazu, die Anliegen der Bürger, die in diesem Projekt dokumentiert wurden, direkt an die entscheidenden Personen in der Verwaltung heranzutragen.

Die fortlaufende Zusammenarbeit war bereichernd. Die Vorteile einer partnerschaftlichen Forschung mit Interessengruppen liegen auf der Hand. Wir sahen aber auch die Herausforderungen, mit denen Forschende bei solchen Kooperationen konfrontiert sind. Sehr wichtig war die Zusammenarbeit mit Grace-Edwards Galabuzi von der Makerere University. Allerdings waren die Finanzierungs- und Vertragsvereinbarungen nicht optimal. Wie so oft werden auch hier Partner aus dem Süden formal eher wie Berater als wie Partner behandelt. Das schränkt den Spielraum für kreative Zusammenarbeit ein. Es wäre wünschenswert, dass die Partner direkt Gelder erhalten und nicht über an Bedingungen geknüpfte Verträge.

In Seminaren, in denen wir diese Arbeit vorgestellt haben, wurde manchmal nach den ethischen Implikationen der Zusammenarbeit mit der ugandischen Regierung gefragt, da internationale Bedenken hinsichtlich der demokratischen Offenheit und der Bürgerrechte in diesem Land bestehen. Wir glauben, dass sich in dieser Kritik eine begrenzte Einsicht in die Komplexität von Regierungsprozessen im Globalen Süden zeigt – und sicher auch eine ungerechtfertigte Idealisierung der Prozesse im Norden. Wir hatten überwiegend mit Beamten und demokratisch gewählten lokalen Vertretern zu tun, denen eindeutig daran lag, die lokalen Dienstleistungen zu verbessern. Aus der Nähe betrachtet ist die Politik in Uganda sehr lebendig. Zum Beispiel haben Mitglieder der nationalen Opposition höchste Positionen in der Stadtverwaltung inne. Natürlich müssen Forschende bei der Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren wachsam sein. Aber der Spielraum für ein fruchtbares, ethisch vertretbares Engagement ist größer, als es abstrakte Analysen vermuten lassen. ●

Das postfossile Zeitalter

Chinas Rolle bei der Elektrifizierung der Welt

Dass die Tage des Verbrennungsmotors gezählt sind, ist unstrittig. Doch wie kann eine ökologische Modernisierung des Verkehrs aussehen, von der auch die Länder des Globalen Südens profitieren? China als einstiges Entwicklungsland, das eine eigene grüne Industrie aufbaut und weltweit vertreibt, spielt hier eine zentrale Rolle.

Timo Daum

Die weltweiten CO₂-Emissionen im Verkehr sind seit 1990 jedes Jahr – von der Corona-Pandemie nur kurz unterbrochen – um durchschnittlich 1,7 Prozent gestiegen. Acht Gigatonnen waren es im Jahr 2022, drei Viertel davon entfallen auf den Straßenverkehr. Die Dekarbonisierung des Verkehrssektors ist daher dringend geboten, insbesondere müssen fossile Antriebe wie Diesel- oder Benzinmotoren nach und nach abgeschafft werden. Die Antriebswende, also der Ausbau der Elektromobilität bzw. das Ersetzen bestehender Flotten durch batterieelektrische Fahrzeuge, ist unabdingbar, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen. In der EU immerhin gilt ab 2035 ein Verkaufsverbot für Neuwagen mit Verbrennungsmotoren.

Die Elektrifizierung des Automobils kann allerdings auch kritisch gesehen werden – nämlich als Teil einer ökologischen Modernisierung, die in erster Linie in den Industrieländern stattfindet. Die Rohstoffe für die Antriebs- und Energiewende aber stammen vor allem aus dem Globalen Süden, was zu neuen Abhängigkeiten führen kann. Eine Neuauflage des Extraktivismus, also der Förderung natürlicher Ressourcen vor allem für den Export und ohne nennenswerte Verarbeitung an Ort und Stelle, wäre die Folge. Es sei mit einer Ausweitung des Abbaus von Kupfer, Lithium und Kobalt im Globalen Süden zu rechnen, erläutert Kristina Dietz, Leiterin des Fachgebiets „Internationale Beziehungen mit Schwerpunkt Latein-

amerika“ an der Universität Kassel. Selbst im besten Fall befördern die Einnahmen so ein Entwicklungsmodell, das zwar der Bevölkerung im rohstoffexportierenden Land zugutekommt, aber ökologische Schäden und wirtschaftliche Abhängigkeiten in Kauf nimmt (der Autor dieses Textes dankt Kristina Dietz für wertvolle Hinweise).

Aber wie sieht es mit der Antriebswende in den Ländern des Globalen Südens selbst aus? Unweigerlich fällt hier der Blick auf ein ehemaliges Entwicklungsland, das den Pfad einer Elektrifizierung bei gleichzeitigem Aufbau einer eigenständigen grünen Industrie erfolgreich beschreitet: China. Chinas „grüne Industriepolitik“ umfasst Investitionen, Anreize, Vorschriften und politische Unterstützung, die darauf abzielen, die Entwicklung von Umwelttechnologien anzuregen und zu erleichtern. Zu beobachten ist, dass der Staat hierbei deutlich und strategisch interveniert.

Seit etwa 2010 fördert die chinesische Regierung die „Drei Neuen“ – unter diesem Schlagwort fassen chinesische Medien die Produktlinien Solarzellen, Lithium-Ionen-Batterien und Elektrofahrzeuge zusammen. Im Jahr 2015 erließ die Partei- und Staatsführung das Infrastrukturprogramm „Made in China 2025“. Darin wurde die Zielstellung formuliert, in zehn Wirtschaftsbereichen weltweit führend zu werden – darunter Solarenergie, Windkraftanlagen und Elektroautos. Ins-

besondere die E-Mobilität erfuhr eine konsequente Förderung.

Drei Ziele sollten erreicht werden: Das Land sollte unabhängiger von Ölimporten werden, die Luftqualität insbesondere in Städten sollte verbessert werden, und obendrein bot die batterieelektrische Technologie die Chance für heimische Unternehmen, weltmarktfähige Produkte zu entwickeln – was mit Verbrennungsmotoren nie gelungen war.

Die Politik war außerordentlich erfolgreich: Heute stammen weltweit mehr als 80 Prozent der Solarzellenproduktion, mehr als 50 Prozent der Lithium-Ionen-Batterien und mehr als 60 Prozent aller weltweit hergestellten Elektrofahrzeuge (hybrid und batterieelektrisch) aus China. Das ehemalige Entwicklungsland ist in allen drei Bereichen zum Weltmarktführer geworden. Zudem verfügt das Land über die viertgrößten kartierten Vorkommen von Lithium – nach Chile, Australien und Argentinien. Chinesische Unternehmen fördern nicht nur die Rohstoffe, sondern beherrschen die gesamte Wertschöpfungskette von der Rohstoffgewinnung über deren Verarbeitung zu Batteriezellen bis hin zum Bau von Speichersystemen und batterieelektrischen Fahrzeugen. China ist der größte Hersteller der vier wichtigsten Bestandteile der Batterien: Dort werden 53 Prozent der Kathoden, 78 Prozent der Anoden sowie 66 Prozent der Separatoren, die beide voneinander trennen, produziert.

Unternehmen wie CATL oder BYD sind Weltmarktführer und gehören zu den innovativsten Unternehmen, die erhebliche Mittel in Forschung und Entwicklung stecken. Allein BYD (Build Your Dreams) beschäftigt eigenen Angaben zufolge 90.000 Ingenieurinnen und Ingenieure. Die neueste Generation Batterien kommt BYD zufolge mittlerweile ohne Kobalt, Nickel und Kadmium aus, was sich positiv auf die Recyclingfähigkeit auswirkt. BYD ist auch Marktführer bei Elektrofahrzeugen für den öffentlichen Verkehr. China hat seine landesweite Busflotte bereits zu zwei Dritteln elektrifiziert, 95 Prozent aller E-Busse weltweit fahren in China. Bei der Produktion sieht es ähnlich aus. Der größte chinesische Hersteller, Zhengzhou Yutong Group baute vergangenes Jahr 36.518 E-Busse, der größte europäische Hersteller, Solaris Bus & Coach aus Polen, in der gleichen Zeit 892, also ungefähr ein Vierzigstel.

Bei den Automobilexporten hat China Deutschland schon 2022 überholt, im vergangenen Jahr



Timo Daum ist Sachbuchautor, sein Arbeitsschwerpunkt ist der digitale Kapitalismus. Er ist Gast der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung.
timo.daum@wzb.eu

Foto: ©Fabian Grimm, alle Rechte vorbehalten.

dann auch Japan. Damit ist die Volksrepublik zum weltweit größten Auto-Exporteur geworden. Ziel der Exporte ist neben dem lukrativen, hohen Preisermöglichenden europäischen Markt vor allem der Globale Süden. Chinesische Firmen exportieren mittlerweile mehr in Entwicklungsländer als in die USA, die EU und Japan. Im Jahr 2022 übertrafen Chinas Exporte in den Globalen Süden erstmals diejenigen in die G20-Staaten.

China peilt den Globalen Süden als Absatzmarkt für seine Produkte an, macht aber auch Angebote für den Aufbau heimischer Infrastrukturen und „grüner“ Industrien. Die Politikwissenschaftlerin Elisabeth C. Economy betont, China werde zum Anbieter der Wahl beim Aufbau der weltweiten technologischen Infrastruktur für das 21. Jahrhundert.

BYD baut derzeit weltweit Produktionsstätten für Elektroautos, zum Beispiel in Brasilien (im Januar begann der Bau eines Werks in Camaçari im Bundesstaat Bahia). Ab Ende des Jahres sollen dort 150.000 Elektroautos gebaut werden. Der brasilianische Präsident Lula da Silva gab auf der Plattform X, ehemals Twitter seiner Hoffnung Ausdruck, dass dadurch mehr als 10.000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Er fährt selbst einen batterieelektrischen Dienstwagen des Herstellers aus Shenzhen.

In Mexiko sucht das Unternehmen nach einem Produktionsstandort. Bei der Alliance for American Manufacturing im Nachbarland USA läuteten daraufhin die Alarmglocken. Die Interessenver-

Auf der Internationalen Automobilausstellung im April 2024 in Beijing bestaunen Besucher (finden Sie eine Frau?) eine Batteriewechselstation des Autobauers NIO.
Foto: © Xinhua News Agency/Ju Huanzong/evevine, alle Rechte vorbehalten.



tretenung des verarbeitenden Gewerbes forderte die Regierung in Washington auf, den Import billiger chinesischer Autos und Ersatzteile aus Mexiko zu verhindern. Die Sorgen sind möglicherweise unbegründet, denn BYD scheint nicht den US-Markt, sondern den mexikanischen Binnenmarkt anzustreben. Die Amerika-Chefin des chinesischen Unternehmens, Stella Li, erklärte in einem Interview mit der „South China Morning Post“, BYD werde in erster Linie mexikanische Kunden bedienen. Das Unternehmen verkauft den Viertürer Dolphin Mini bereits in mehreren südamerikanischen Ländern. Trotzdem gab Mexiko dem protektionistischen Druck aus den USA nach, wie die Nachrichtenagentur Reuters Ende April berichtete: Es wird doch keine Anreize für chinesische Hersteller anbieten, seit Januar gab es keine weiteren Treffen mit BYD-Vertretern.

Auch afrikanische Staaten setzen zunehmend auf Elektrifizierung, insbesondere beim öffentlichen Verkehr. Chinas Rezept einer Elektrifizierung des heimischen Marktes für private und öffentliche Fahrzeuge, gepaart mit dem Aufbau einer heimischen Industrie, die diese Fahrzeuge liefern kann, ist daher attraktiv. In Kenia und Nigeria werden erste Schritte in diese Richtung unternommen.

Die Verkehrsbetriebe der nigerianischen Hauptstadt Lagos etwa planen in den nächsten sechs Jahren den Einsatz von 12.000 Elektrobussen. Die Busse werden vom chinesischen Hersteller Yutong geliefert und vor Ort montiert.

In der kenianischen Hauptstadt Nairobi werden demnächst elektrische Kleinwagen gefertigt. Der kenianische Autohersteller Autopax kooperiert dabei mit dem chinesischen Hersteller SGMW. Vor Ort soll Autopax das chinesische E-Auto-Modell Wuling Mini in Lizenz herstellen. Kenias Strom kommt zu 70 Prozent aus erneuerbaren Quellen, in erster Linie Geothermie und Wasserkraft. Das lässt die Elektrifizierung von Flotten nicht nur aus ökologischer Sicht sinnvoll erscheinen, sondern bietet dem Land auch die Perspektive, von Ölimporten unabhängiger zu werden. Zusätzlich ermöglicht die Verknüpfung von Elektromobilität und Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien, die sogenannte Sektorkopplung, eine Stabilisierung des Netzbetriebs.

Auch Marokko positioniert sich als Produktionsstandort für Elektrofahrzeuge – und auch hier stehen chinesische Unternehmen im Mittelpunkt der Pläne. Das chinesische Unternehmen Gotion

High-Tech, in Deutschland bekannt durch sein Batterie-Joint-Venture mit Volkswagen, plant dort den Bau einer Fabrik zur Herstellung von Batterien für Elektroautos.

So könnte sich wiederholen, was in Afrika bereits beim Überspringen der Festnetztelefonie passiert ist: Der afrikanische Kontinent lässt den Schritt der fossilen Massenmotorisierung aus und geht gleich eine Art nachholende Motorisierung mit elektrischen Verkehrsmitteln an.

China hat die EU und die Vereinigten Staaten als bedeutendste Wirtschaftsakteure in Afrika eingeholt, das Land ist zur wichtigsten Quelle ausländischer Direktinvestitionen auf dem Kontinent geworden. China ist mittlerweile nach der Europäischen Union Afrikas zweitgrößter Handelspartner. Dem Land kommen dabei drei Faktoren zugute: Die Volksrepublik ist als ehemaliges Entwicklungsland und Opfer des Kolonialismus glaubwürdig – und so inszeniert sich China auch. Zweitens hat Chinas aus eigener Kraft gelungene Wohlstandsentwicklung enorme Strahlkraft. Drittens nimmt China zunehmend eine Vorreiterrolle bei der Dekarbonisierung ein, es proklamiert eine „ökologische Gesellschaft“ als Staatsziel und gilt mit seiner staatlich orchestrierten ökologischen Modernisierung als Vorreiter beim technologisch orientierten Umweltschutz.

Der Westen sieht Afrika meist als Rohstofflieferant – neuerdings auch von „grünem Wasserstoff“ – und als Absatzmarkt für Industrieprodukte. Hierzulande sind immer wieder Vertreter der Autoindustrie zu hören, die für ein langes Leben von Verbrennungsmotoren unter anderem argumentieren, auf dem afrikanischen Kontinent würden sie noch lange Zeit gebraucht.

Literatur

Daum, Timo: Big Data China. Technologie – Politik – Regulierung. Wien: Mandelbaum Verlag 2023.

Dietz, Kristina/Prause, Louisa: „Die sozial-ökologischen Folgen der E-Mobilität. Konflikte um den Rohstoffabbau im Globalen Süden“. In: Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hg.): Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität. Bielefeld: transcript Verlag 2020, S. 329-354.

Ein wichtiger Unterschied zwischen China und dem Westen liegt in der unterschiedlichen Bewertung der Rolle der Infrastruktur als Motor des Fortschritts. Marina Rudyak, Sinologin an der Universität Heidelberg und Expertin für Chinas Entwicklungspolitik, erläutert diesen unterschiedlichen Blick: „Während China die Vorstellung von Afrika als einem Land voller Möglichkeiten fördert, wird der Westen von Afrika so wahrgenommen, als würde er den Kontinent immer noch hauptsächlich unter humanitären und sicherheitsbezogenen Gesichtspunkten betrachten und nicht als einen Ort strategischer Möglichkeiten.“

Es zeichnet sich ab, dass Chinas „green energy industry“ in den nächsten Jahren versuchen wird, den Globalen Süden zu elektrifizieren. Vehikel dieser Politik ist insbesondere die „Grüne Seidenstraße“, ein auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Unterthema des multilateralen Entwicklungsprojekts „Neue Seidenstraße“, von dem Chinas Präsident Xi Jinping erstmals 2013 während eines Staatsbesuchs in Kasachstan sprach. Sie zielt neben der wirtschaftlichen Verflechtung auch darauf ab, Pekings grüne Referenzen aufzupolieren und seinen Anspruch auf eine globale Führungsrolle in Umweltthemen voranzutreiben.

Für die Länder des Globalen Südens ist das mit der Hoffnung verbunden, sich aus alten Abhängigkeiten zu lösen, eine heimische Industrie aufzubauen und sich von fossilen Brennstoffen unabhängiger zu machen. Ob diese chinesisch geprägte Elektrifizierung tatsächlich auch zu einer Dekolonisierung führt, wird sich zeigen. Denn es besteht, wie gezeigt, die Gefahr neuer Abhängigkeiten durch Rohstoffexporte in den Norden. ●

Economy, Elizabeth C.: The World According to China. Cambridge: Polity 2022.

Rudyak, Marina: China's International Development Cooperation. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023.

WZB | Mitteilungen online

Mehr Beiträge zum Schwerpunktthema finden Sie im Online-Bereich der WZB-Mitteilungen



auf unserer Website.

Der Link zur Plattform:

wzb.eu/magazin-globaler-sueden

Dort finden Sie unter anderem dies:

☞ Tödliche Folgen

Die Zunahme terroristischer Attacken in Afrika hat zu mehr Kindersterblichkeit geführt. Mit Daten für 52 afrikanische Länder aus dem Zeitraum 2000 bis 2017 zeigen Daniel Meierrieks und Max Schaub, dass Terrorismus nicht direkt, also über Tod und Zerstörung, sondern auf indirekte Art und Weise auf die Kindersterblichkeit wirkt. Er verändert das Verhalten der Menschen. So hält er zum Beispiel Eltern vom Gang zum Arzt oder ins Krankenhaus ab.

☞ Kämpfe in der Arbeitswelt

Weltweit scheinen sich Arbeitsverhältnisse immer mehr von den durch Gewerkschaften erungenen Standards zu entfernen. Gewerkschafter*innen, auch in Deutschland, sprechen davon, dass die Arbeitswelt wilder, gar barbarischer wird. Bedarf es neuer Arbeitskämpfe, die der herrschenden Informalität, der Abkehr von Regeln entsprechen? Informalität ist aber kein neues Phänomen in der globalen Arbeitsgeschichte. Siavash Valizadeh stellt die Geschichte der linken Gewerkschaften im indischen Bundesstaat Westbengalen vor, die sich seit ihrer Gründung ausschließlich mit informellen Arbeitsverhältnissen befassen.

☞ Bildung in Tansania und Kenia

Können Tansania und Kenia als Entwicklungsmodell für den Globalen Süden dienen? Günther Schmid analysiert die Bildungssysteme beider Länder und betrachtet Indikatoren für den Bildungserfolg wie Bildungsgleichheit und Bildungsqualität. Welche Vorstellung von Bildung stecken hinter den beiden Systemen, welche Aufbruchstimmung gab es unter Politikern wie Julius K. Nyerere, dem früheren Präsidenten von Tansania? In den 1990ern wurden mit dem Bericht der sogenannten Südkommission Bildungsvorstellungen für Afrika formuliert, die heute noch nachwirken.

☞ Die politische Ökonomie Afrikas

Die Digitalisierung gilt als einer der Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas. Bereits 2020 machten mobile Techniken und Dienstleistungen acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts Subsahara-Afrikas aus. Auf dem Kontinent haben sich in den letzten Jahren einige große digitale Unternehmen gegründet. Die Hoffnungen richten sich darauf, dem ganzen Kontinent dadurch einen Weg aus der Armut zu weisen. Kann das funktionieren? Nathan Weis und Peter Schadt werfen einen Blick auf die politische Ökonomie des Kontinents.

☞ Ungleichgewicht der Macht

Forschende aus unterschiedlichen Teilen der Erde haben immer noch sehr ungleiche Startchancen. Das gilt für die Finanzierung ihrer Forschung, akademische Karrierewege, für Visa und Netzwerke. Nora Chirikure und Lennard Naumann fragen, was es braucht, damit Süd-Nord-Forschungspartnerschaften wirklich gleichberechtigt sind und Forschung aus dem Globalen Süden Erfolg hat.

Verkehrswende in Brasilien

Modernistisches Erbe und eigene Wege

Das Auto hat Vorrang in Brasilien. Die Megastädte Rio de Janeiro oder São Paulo stehen deshalb täglich vor dem Verkehrskollaps. Ihre Mobilitätskonzepte stammen aus dem 20. Jahrhundert, die Förderung des öffentlichen Verkehrs wird politisch erschwert. Doch die Lösungen des Globalen Nordens passen nur selten auf den brasilianischen Entwicklungspfad.

Martin Gegner

Unter den Maßnahmen zur Abwendung der Klimakatastrophe nimmt die Verkehrswende im Globalen Norden einen zentralen Platz ein: Gesellschaftlicher Wandel soll dazu führen, dass deutlich weniger CO₂-emittierende Verkehrsträger als bisher genutzt werden. In den Ländern des Globalen Südens dagegen spielt die Verkehrswende in der Öffentlichkeit keine Rolle. In Brasilien zum Beispiel hat der Besitz eines Automobils für die Mittelschicht nach wie vor oberste Priorität. Aus den Industriestaaten des Nordens kommen deshalb in Bezug auf das Klima vor allem Forderungen nach dem besseren Schutz des Regenwaldes im Amazonasbecken, der seit Jahrzehnten durch Abholzung zugunsten von Viehweiden, Sojaproduktion und Tagebau minimiert wird. Dem kommt der seit 2022 wieder regierende Präsident Lula da Silva mittlerweile ansatzweise nach. Allerdings hält er, wie die meisten Bürgerinnen und Bürger des Landes, die Entscheidungen über die wirtschaftliche Nutzung oder den Schutz des Amazonas-Regenwaldes für eine Sache der nationalen Souveränität.

Daneben wird aber immer deutlicher, dass auch und gerade in den urbanen Zentren Brasi-

liens Maßnahmen nötig sind. Die Megametro-
pole São Paulo mit ihren fast 20 Millionen Ein-
wohnern war in den letzten Jahren in den Mo-
naten der eigentlichen Regenzeit immer
wieder von extremer Hitze und Trockenheit
betroffen. Auch die extremen Überschwem-

**„Die brasilianische
Öffentlichkeit und
auch die Wissenschaft
reagieren empfindlich,
wenn die nördlichen
Industriestaaten dem
Globalen Süden Maß-
nahmen diktieren wollen“**

mungen Anfang Mai 2024 im Bundesstaat Rio
Grande do Sul stehen im Zusammenhang mit
dem Klimawandel. Diese Entwicklungen brin-
gen auch Urbanistikprofessoren wie Renato
Anelli und Ana Paula Koury zum Nachdenken.
Die beiden haben verschiedentlich die Fort-

schrittlichkeit der modernistischen Hauptstadt Brasília beschrieben. Jetzt untersuchen sie den Zusammenhang von autozentrierter Stadtplanung und Klimakrise. Allerdings verwahren sie sich gegen eine neokoloniale Bevormundung aus dem Globalen Norden – der schließlich die Hauptverantwortung an der Klimakatastrophe trägt. Die brasilianische Öffentlichkeit und auch die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler reagieren empfindlich, wenn die nördlichen Industriestaaten dem Globalen Süden Maßnahmen diktieren wollen, zumal wenn es letztlich darum geht, die Auswirkungen der Klimakrise auf den Norden abzumildern.

Wer die Möglichkeiten und die Notwendigkeit einer Verkehrswende in Brasilien verstehen will, muss die sozialräumliche Struktur des Landes kennen. Hier ist von besonderer Bedeutung, dass der Urbanisierungsgrad, also der Anteil der Bevölkerung in städtischen Agglomerationen, in Brasilien bei über 84 Prozent liegt (in der EU sind es 72 Prozent). In Amazonien beträgt der Anteil sogar 90 Prozent. Mit der Ausrichtung der Verkehrsplanung auf das Auto folgen die brasilianischen Städte auch im 21. Jahrhundert weitgehend den Konzepten, die europäische Stadtplaner vor 100 Jahren erdacht haben. Das gilt für die in den 1950er-Jahren geplante Hauptstadt Brasília ebenso wie für die Metropolen Rio de Janeiro, São Paulo, Belo Horizonte und weitere 12 Millionenstädte bis hin zu den Mittel- und Kleinstädten. In den brasilianischen Städten bricht nicht nur morgens zwischen 7 und 9 und nachmittags zwischen 17 und 19 Uhr der Verkehr zusammen; auch die Luftverschmutzung ist immens, und die Zahl der von 2010 bis 2019 im Verkehr getöteten Menschen ist mit 392.000 geradezu dystopisch (im Vergleich zu 34.000 Toten im selben Zeitraum in Deutschland). Es lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass die brasilianischen Städte im „modernen“ 20. Jahrhundert stecken geblieben sind. Trotz der desaströsen Verkehrsentwicklung sind die Brasilianerinnen und Brasilianer immer noch von einer Art Auto-Mentalität geprägt: Das Versprechen und der Ausdruck des sozialen Aufstiegs sind stark mit dem Auto verknüpft. Aber auch die pure Notwendigkeit, in einem Land mit riesigen Stadträumen und schlecht ausgebautem öffentlichen Nahverkehr täglich weite Strecken zurücklegen zu müssen, trägt zur Bedeutung des motorisierten Individualverkehrs bei.



Martin Gegner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung. Er forscht im Projekt Mobility2Grid zur gesellschaftlichen Akzeptanz von technologischen Lösungen der Energie- und Verkehrswende. martin.gegner@wzb.eu
Foto: ©WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Es gab durchaus bereits Versuche, dem modernistischen Verkehrsdogma etwas entgegenzusetzen – etwa indem Busspuren auf Stadtautobahnen eingeführt, Radwege gebaut oder Stellflächen in der Innenstadt São Paulos limitiert wurden. Doch als dort in den Jahren 2013 bis 2016 der Bürgermeister Fernando Haddad und sein Stadtbaudirektor Fernando de Mello Franco von der Arbeiterpartei solche Vorstöße unternahmen, wurde das bei Wahlen politisch abgestraft und danach größtenteils zurückgenommen. Gerade in den von der „modernistischen Ideologie“ am meisten betroffenen Städten Rio de Janeiro, São Paulo und Brasília setzen sich regelmäßig die Parteien durch, die den Ausbau des öffentlichen Verkehrs blockieren und den des Autoverkehrs fördern.

Auch die vermeintliche Vorzeigestadt Curitiba ist davon betroffen. Denn das dortige Schnellbus-System (BRT für „Bus Rapid Transit“) ersetzt in der 1,9 Millionen-Einwohnerstadt ein nicht existierendes U- oder Schnellbahnsystem und läuft, wenn auch auf getrennten Trassen, parallel zum überbordenden Autoverkehr. Zudem ist es technologisch in die Jahre gekommen und kann bei weitem nicht mit dem Wachstum der Stadt mithalten. Der seit acht Jahren (wieder) regierende Bürgermeister Rafael Greca von der konservativen Demokratischen Partei verwaltet das in den 1970er-Jahren entwickelte BRT-System wie ein ungeliebtes Erbe, statt es fortzuentwickeln und an die Notwendigkeiten des 21. Jahrhunderts anzupassen.

passen. So wäre eine Elektrifizierung des BRT-Systems über Oberleitungen schnell und kostengünstig möglich. Stattdessen wird wie in ganz Brasilien der öffentliche Verkehr vor allem durch altersschwache, laute und stark

„In der Zeit des großen wirtschaftlichen Aufschwungs stieg, wer es sich leisten konnte, auf das Automobil um“

schmutzende Dieselbusse betrieben. Zudem hat das chronisch überlastete BRT-System in den 2010er-Jahren Zehntausende Fahrgäste verloren, und zwar an den Autoverkehr. In dieser Zeit des großen wirtschaftlichen Aufschwungs stieg, wer es sich leisten konnte, auf das Automobil um, das nun für viele erschwinglich geworden war. Erst in der in Brasilien im Jahr 2020 einsetzenden Wirtschaftskrise ging die Anzahl der Neuzulassungen von 2 Millionen im Vorjahr auf knapp 1,6 Millionen Autos zurück. Auf diesem Niveau liegt sie bis heute.

In dieser Situation ist es für Planerinnen und Planer äußerst schwierig, Maßnahmen zur Verkehrswende in die Wege zu leiten. Zudem sind nicht alle Konzepte, die in Europa diskutiert werden, auch für Brasilien geeignet. So ist das Fahrrad nicht in allen Städten und in allen Stadtteilen eine wirkliche Alternative. In Hauptstädten der Bundesländer wie Cuiabá, Recife oder Goiânia mit ihren Jahresmitteltemperaturen von über 25 Grad (zum Vergleich: 10 Grad in Berlin) und Höchstwerten im Sommer von um die 40 Grad ist das Fahrradfahren für viele Menschen eher eine akute Gesundheitsgefährdung als ein praktisches und akzeptierbares Verkehrsmittel. Zudem wäre wegen der in São Paulo, Rio und vielen anderen Städten sehr bergigen Topografie ohnehin vielmehr das Fahren mit einem E-Bike angezeigt. Befahrbar Radwege gibt es dort nur in den Ebenen, also in São Paulos Innenstadt oder in Küstenstädten wie Rio oder Recife in Strandnähe. Hier ist Radfahren allerdings vor allem ein Freizeitvergnügen, so wie es auch auf den am Sonntag für den Autoverkehr gesperrten Hochstraßen São Paulos betrieben wird.

Auch die Elektromobilität mit Autos ist in Brasilien ein schwieriges Thema. Denn die große

Automobilisierungswelle der brasilianischen Gesellschaft wurde in der 2000er- und 2010er-Jahren mit sogenannten Flex-Fuel-Automobilen aus einheimischer Entwicklung vollzogen, die mit bis zu 100 Prozent Biosprit fahren können (dem brasilianischen Benzin wird ohnehin seit Jahren 27 Prozent Bioethanol beigemischt, der vorwiegend aus einheimischem Rohrzucker gewonnen wird). Die Flex-Autos, oft aus der Produktion der größten VW-Fabrik der südlichen Hemisphäre in São Bernardo do Campo bei São Paulo, stellen über 90 Prozent der Autoflotte Brasiliens. Nun ist selbst eine ausschließliche Nutzung von Bioethanol keinesfalls CO₂-neutral, da pro gefahrenem Kilometer 29 Gramm des schädlichen Gases ausgestoßen werden. Die VW-Ingenieure verweisen aber darauf, dass die CO₂-Bilanz der Biospritsfahrzeuge deutlich besser ist als bei normalen Benzinern. Daher wird – nicht nur von der Automobilindustrie – oft behauptet, dass Brasilien eine Antriebswende zur batteriebasierten Elektromobilität nicht nötig habe. Stattdessen setzen die im Land befindlichen japanischen Automobilhersteller Toyota und Nissan für die Zukunft auf die Brennstoffzelle. Der hierfür notwendige Wasserstoff soll im Fahrzeug durch Umwandlung von Ethanol gewonnen werden, womit die Problematik des Aufbaus einer Wasserstofftank- oder einer Ladeinfrastruktur entfallen würde. Dass auch die Gewinnung des Ethanol aus Zuckerrohr ökologische Probleme nach sich zieht, wird in Brasilien häufig bestritten. Allerdings geht der Anbau nicht, wie oft in Deutschland behauptet, zu Lasten des Amazonas-Regenwaldes: Die Hauptanbauflächen liegen im Südosten Brasiliens, mindestens 1.500 Kilometer vom Amazonasbecken entfernt.

Neben dem seit langem eingeschlagenen Weg, auf Biosprit zu setzen, gibt es noch weitere Gründe, warum sich die batteriebasierte Elektromobilität in Brasilien nicht durchsetzen dürfte. Die teuren Batterieautos sind selbst in der EU bisher nur eine Alternative für die obere Mittelklasse der Gesellschaft, keinesfalls aber für durchschnittliche oder niedrige Einkommensgruppen. Für die Angehörigen der in der brasilianischen Soziologie sogenannten „Classe C“, also der unteren Mittelklasse, die die Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung stellt, sind diese Fahrzeuge auf absehbare Zeit nicht erschwinglich. Ganz zu schweigen von der in dem riesigen Flächenland noch weniger als in der EU vorhandenen Ladeinfrastruktur.

Im Jahr 2022 gab es im ganzen Land nur 350 Ladepunkte. Die notwendigen 300 Milliarden Dollar für den Aufbau eines leistungsfähigen Stromnetzes mit flächendeckender Ladeinfrastruktur können und werden weder der brasilianische Staat noch die Automobilindustrie aufbringen.

Dabei bietet Brasilien prinzipiell einen großen Vorteil für die Elektromobilität: 92 Prozent des Stroms wird aus erneuerbaren Energiequellen, vor allem aus Wasserkraft, gewonnen. Zwar ist die Energiegewinnung in Wasserkraftwerken nicht ohne ökologische Probleme. Aber die CO₂-Bilanz des brasilianischen Stroms ist auf lange Sicht auch den besten Szenarien in der EU deutlich überlegen – denn selbst im ungünstigsten Fall würden in Brasilien im Jahr 2035 „nur“ 85 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen produziert, ein Wert, der in der EU mit seinen mindestens bis dahin betriebenen französischen Atom- und den polnischen Kohlekraftwerken keinesfalls erreicht wird. Deshalb ist eine Elektrifizierung des Verkehrs durchaus sinnvoll. Sie sollte an dem Punkt ansetzen, wo wenig Widerstände zu erwarten sind und wo die bisherige umweltpolitische und wirtschaftliche Entwicklung nicht konterkariert wird. Die Forschenden Renato Anelli und Ana Paula Koury verweisen hier auf die Elektrifizierung des Busverkehrs. Dieser ist das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs in Brasilien; eine Umstellung hätte einen messbaren positiven Effekt auf den CO₂-Ausstoß. Für die städtischen

Planerinnen und Planer in São Paulo und die dortigen Busbetriebe sind hier deutsche Metropolen wie Hamburg oder Berlin interessant, wo die Busflotten bis 2030 vollständig elektrifiziert werden. Das ist technologisch anspruchsvoller, als es auf den ersten Blick scheint. Deshalb stehen Anelli und Koury im Austausch mit dem Berliner Forschungscampus Mobility2Grid (M2G), an dem auch das WZB beteiligt ist. Eine Kernkompetenz von M2G liegt in der Elektrifizierung von Flotten und Depots.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Brasilien im eigenen Interesse eine Verkehrswende benötigt. Diese sollte sich aber an Vorbildern orientieren, bei denen die Ausgangssituation ähnlich wie im größten südamerikanischen Land ist. Das kolumbianische Medellín beispielsweise hat mit seinem Aufbau eines Tram-, Schnellbahn- und Seilbahnsystems große Erfolge vorzuweisen. Auf dem radikalen Ausbau des öffentlichen Verkehrs muss im Hinblick auf die Bewohnerinnen und Bewohner der brasilianischen Städte der Schwerpunkt liegen. Europäische Beispiele der Verkehrswende sind eher punktuell hilfreich. Die Elektrifizierung des Bussystems ist eines davon; der flächendeckenden Umstellung auf batteriebetriebene Automobile fehlen dagegen die wirtschaftlichen und industriepolitischen Voraussetzungen. Die Brennstoffzellentechnik scheint auf Basis des eingeschlagenen Entwicklungswegs Brasiliens für den Individualverkehr erfolgversprechender. ●

Literatur

Anelli, Renato Luiz Sobral/Koury, Ana Paula: „Learning from Brasilia: Patterns of Development, Urbanism and Urbanity for the Integration between City and Nature in the XXI Century“. In: *Registros Revista de Investigación Histórica*, 2023, Jg. 19, H. 2, S. 112-131. <https://revistasfaud.mdp.edu.ar/registros/article/view/618/495> (Stand 29.04.2024).

Dietze, Carina: „Mehr Alkohol im Straßenverkehr: Das ist Brasiliens Alternative zu E-Autos.“ In: *Der EFahrer*, 2022. https://efahrer.chip.de/news/mehr-alkohol-im-strassenverkehr-das-ist-brasiliens-alternative-zu-e-autos_1010205 (Stand 29.04.2024).

Gegner, Martin: „The Brazilian and his I-Car. An European Sociological View on Car-Driving in a ‚Land of the Future‘“. In: *RISCO*, Jg. 13, H. 1, S. 83-90. <https://www.revistas.usp.br/risco/article/view/44815/48447> (Stand 29.04.2024).

Gegner, Martin: „Die brasilianische Stadt als Typus?“ In: *Leviathan*, 2015, Jg. 43, H. 2, S. 215-245.

Gegner, Martin: „Die brasilianische Stadt – zu modern für das 21. Jahrhundert?“ In: *dérive*, 2016, H. 64. <https://derive.at/texte/die-brasilianische-stadt/> (Stand 29.04.2024).

Mobil in Mumbai

Wie digitale Plattformen Konflikte um Räume und Ressourcen befeuern

Es ist etwa 15 Jahre her, dass im indischen Mumbai, einer der am dichtesten besiedelten Städte der Welt, Uber und Co. auf den Plan traten. Neben Rikschas hatten bislang vor allem die schwarz-gelben Kaali Peeli, Taxis kleiner Unternehmen, die Mobilitätsbedürfnisse der Mittel- und Oberschichten bedient. In einer Feldstudie hat Tobias Kuttler beobachtet, welche Auswirkungen das Aufkommen der digital vermittelten Fahrdienste auf die Fahrer, die Nutzenden, den Verkehr und die Wirtschaft hat.

Tobias Kuttler

In Mumbai, der größten Stadt Indiens, nahmen Anfang der 2010er-Jahre digital unterstützte Fahrdienste wie Uber oder Ola ihren Betrieb auf. Die Folge waren Streiks von Fahrern konventioneller Taxis, der schwarz-gelben Kaali Peeli, und Rikschas (in diesem Gewerbe sind in Mumbai bislang kaum Frauen anzutreffen). Doch auch die Fahrer von Uber und Ola legten 2018 die Arbeit nieder: In den ersten Jahren hatte die überdurchschnittliche Entlohnung bei den neuen Anbietern eine Euphorie ausgelöst, doch inzwischen war die Bezahlung so weit gesunken, dass die Fahrer die steigenden Betriebs- und Lebenshaltungskosten nur mit immer längeren Arbeitszeiten ausgleichen konnten. Siebzehnstündige Arbeitstage sind unter Uber-Fahrern keine Seltenheit. Nicht wenige Fahrer operieren zudem auf mehreren Plattformen gleichzeitig oder vermitteln sich gegenseitig Fahrten „offline“.

Meine Dissertation zeichnet die Entwicklung der digital gestützten Mobilität in Mumbai seit 2013 nach. Aus einer stadtgeographischen und stadthanthropologischen Perspektive habe ich

versucht zu verstehen, wer von der Digitalisierung und Plattformisierung der Mobilität in Mumbai profitiert und wie sich die Situation der Fahrer konventioneller und plattformgestützter Taxidienste darstellt. Grundlage der Anfang 2023 fertiggestellten Arbeit bildeten Interviews mit Fahrern, Fahrgästen und Expert*innen, die ich während meiner drei Aufenthalte in Mumbai 2019 und Anfang 2020 (insgesamt neun Monate) geführt habe, sowie eine Auswertung der lokalen Berichterstattung und weiterer Berichte der vergangenen zehn Jahre.

Bevor Uber und andere ihren Betrieb in Mumbai aufnahmen, flossen die Einnahmen aus dem Taxigewerbe zum größten Teil an die Fahrer selbst sowie die Besitzer*innen der Fahrzeuge, ein kleinerer Teil an die vielen Dienstleister, die das Taxigewerbe möglich machen (Werkstätten etc.), an die Gewerkschaften sowie an den Staat. Bei den neuen Plattformfirmen bezahlen die Fahrer 30 Prozent Kommission – damit fließt ein geringerer Anteil der Einnahmen in die informellen Wirtschaftskreisläufe.

Immer mehr lokale Unternehmer*innen in Mumbai entdecken die Plattformwirtschaft als Investitionsfeld. Sie kaufen große Mengen an (zum Teil gebrauchten) Fahrzeugen, die sie dann als Plattforntaxis betreiben. Solche lokalen „Flottenpartner“ erhalten von den Plattformen Sonderkonditionen und Boni. Das Modell des Fahrers als Fahrzeugbesitzer und Kleinunternehmer verschwindet dagegen immer weiter. Während meiner Feldarbeit 2019 habe ich viele Fahrer getroffen, die ihre auf Raten gekauften Fahrzeuge unter Wert verkaufen mussten und sich schließlich als Fahrer einer Flotte anschlossen, mit geringer Entlohnung.

Um den Stellenwert der Plattformdienste in Mumbai aus Nutzer*innensicht zu verstehen, muss man sich zuerst die tägliche Fortbewegung der Mehrheit der Stadtbevölkerung vor Augen führen. Eine typische Fahrt innerhalb Mumbais (20 bis 25 Kilometer) kostet mit dem Vorortzug etwa 10 Rupien (derzeit etwa 11 Eurocent). Die gleiche Fahrt kostet mit einem Taxi, ob über eine Plattform oder konventionell gebucht, außerhalb der Rushhour mindestens 40-mal so viel. Der Vorortzug wird von 6 bis 7 Millionen Passagieren täglich genutzt; wo keine Züge vorhanden sind, schließen Busse und Sammeltaxis und -rikshas die Lücken. Die Zahlen des repräsentativen National Sample Survey 2017-18 zeigen, dass die durchschnittlichen monatlichen Pro-Kopf-Konsumausgaben der städtischen Bevölkerung des Bundesstaates Maharashtra bei 4.500 Rupien liegen, wovon im Schnitt 350 Rupien für die persönliche Mobilität ausgegeben werden (was knapp einer typischen Taxifahrt entspricht). Nur die wohlhabendsten 5 Prozent der städtischen Bevölkerung geben mehr als 10.000 Rupien pro Kopf im Monat aus. Diese Zahlen zeigen, dass für den Großteil der Bevölkerung Taxis für die tägliche Pendelmobilität nicht erschwinglich sind.

Wenn die Plattformmobilität schnell zunimmt, liegt das also nicht daran, dass das Verkehrsaufkommen insgesamt steigt. Entscheidend ist vielmehr eine wachsende, aber immer noch vergleichsweise kleine Schicht mit überdurchschnittlich hohem Einkommen und hohen Mobilitätsansprüchen. Diese Ansprüche standen bei politischen Entscheidungen zur städtischen Verkehrsinfrastruktur in den letzten Jahrzehnten oft im Vordergrund: Um dem Verlangen nach Automobilität gerecht zu werden und das Wirtschaftswachstum in den großem Metropol-



Tobias Kuttler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fairwork-Sekretariat der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Zusammenhänge zwischen Stadtentwicklung, Mobilität und digital vermittelter Arbeit. tobias.kuttler@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

regionen Indiens zu beschleunigen, wurden ab den 1990er-Jahren die Straßen in Mumbai massiv ausgebaut. Ein immer engmaschigeres Netz an Autobahnen und kreuzungsfreien Hochstraßen erlaubt nun das tägliche Pendeln mit dem Auto aus den weiter entfernten Teilen der Metropolregion zu den Bürostandorten in der Innenstadt. Entsprechend stark ist die Zahl der Autos in Mumbai gestiegen.

Jedoch sind das (Park-)Platzproblem und die damit verbundenen Kosten große Hürden selbst für Gutverdienende. Für die etablierten ökonomischen Eliten Mumbais war das schwarz-gelbe Taxi mit einem vertrauten und verlässlichen Taxifahrer schon immer das bevorzugte Fortbewegungsmittel. Die jüngeren, zugewanderten Gutverdienenden – zum Beispiel Angestellte des in Mumbai bedeutenden IT-Sektors, die in Indien bis zu 50 Prozent der Nutzer*innen von Plattformen wie Uber ausmachen – greifen dagegen eher auf die Plattformdienste zurück. Diese ermöglichen eine störungsfreie, klimatisierte Fahrt von der Haustür in den Gated Communities bis zu den großen Bürokomplexen. Die Fahrt mit einem Plattforntaxi ist für viele Ausdruck eines neuen Lebensstils und vermittelt das Gefühl, Teil einer neuen städtischen Elite zu sein. Gesellschaftlich bezeugen die moderne Ästhetik der Plattformdienstleistungen und die auf Sichtbarkeit abzielenden Megainfrastrukturen Mumbais Anspruch, eine wahre Global City zu sein.

Es gibt also gute Gründe, weshalb die städtischen, regionalen und nationalen Entscheidungsträger*innen weiter auf die raumbanspruchende Automobilität in Mumbai setzen. Der Wirtschaftszweig der Plattformmobilität wächst. Ihre steigende Bedeutung ist Teil eines Transformationsprozesses, den Stadtforscher*innen, Sozialgeograph*innen und Anthropolog*innen schon länger im Blick haben: die zunehmende „Raumnahme“ durch die wachsende ökonomische Elite Mumbais. Für Einkommensschwache und Marginalisierte wird gleichzeitig der Zugang zu städtischen Räumen erschwert. Dieser Konflikt um die Nutzung von Wohn- und Straßenraum im Zentrum Mumbais ist seit Jahrzehnten in vollem Gange: Industrielle Brachflächen im Zentrum der Stadt sind mittlerweile beinahe vollständig mit hochpreisigen Wohnanlagen bebaut, was großen Druck auf die umliegenden Arbeiterwohnsiedlungen („Chawls“), aber auch auf die informellen Siedlungen auslöst. Bewohner*innen dieser Siedlungen werden an periphere oder nachteilige Standorte umgesiedelt, um die begehrten innerstädtischen Flächen zu bebauen. Straßenhändler*innen werden aus öffentlichen Räumen vertrieben, um ein geordnetes und ästhetisch ansprechendes Stadtbild zu erzeugen, nach westlichem Vorbild. Da Mumbais Bevölkerung zu einem großen Teil aus Binnenmigrant*innen aus den ländlichen Regionen Indiens besteht, gehen solche Konflikte auch immer mit der Frage einher, wer das Recht hat, in der Stadt zu wohnen und zu arbeiten und unter welchen Bedingungen. Konflikte auf Basis der sozial-ökonomischen Klasse, die eher ein Resultat der neueren wirtschaftsliberalen Ausrichtung Mumbais seit den 1990er-Jahren sind, mischen sich hierbei mit lange schwelenden ethnisch-religiösen Konflikten.

Ein weiterer Streitpunkt ist die rechtliche Stellung der Plattformdienste in Mumbai bzw. im Bundestaat Maharashtra. Die Plattformen machen sich einen Sonderfall im nationalen Personenbeförderungsrecht zu Nutze, der nicht für städtische Taxis vorgesehen ist. Fahrer und Gewerkschaften konventioneller Taxis, aber auch Lokalpolitiker*innen halten daher den Betrieb digital vermittelter Taxis in Mumbai für illegal. Ein grundsätzliches Verbot der Plattformfirmen steht der wirtschaftsnahen Politik der derzeitigen Nationalregierung entgegen. Somit sehen sich die Gerichte immer wieder gezwungen, sich mit dieser Problematik zu befassen, während die verschiedenen

Gesetzgebungsinstanzen eine Aktualisierung des Personenbeförderungsrechts ausarbeiten. Die Plattformfirmen stellen seit Jahren Forderungen, die die Legitimität der neuen Unternehmen stützen sollen. So ist der Ruf nach einer Deregulierung des Verkehrssektors in Indien besonders laut. Er wird vor allem von Verbraucherorganisationen und englischsprachigen Medien, aber auch staatlichen Vertretern gestützt und zielt darauf ab, einen (vermeintlich) fairen Wettbewerb zwischen Plattform- und konventionellen Taxis zu schaffen. Dabei spielt auch die Annahme eine Rolle, dass die Plattformfirmen mit ihren Algorithmen den Taxisektor besser organisieren könnten als staatliche Regulierungsmechanismen. Außerdem argumentieren Plattformen wie Uber, dass sie mit ihren Diensten gerade für Städte wie Mumbai dazu beitragen, drängende Verkehrs- und Umweltprobleme zu lösen: Bestehende Privatfahrzeuge werden genutzt, Fahrgemeinschaften gebildet und Fahrzeugflotten elektrifiziert. Politisch Verantwortliche in Indien greifen diese Versprechungen gerne auf, aber auch in wissenschaftlichen Kreisen sowie in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit hat die Idee des Sharing in den 2010er-Jahren großen Zuspruch erhalten. Hinter diesen Hoffnungen auf positive Effekte der Plattformökonomie steckt nicht nur die unter Entscheidungsträger*innen in Indien weit verbreitete Vorstellung, dass der Privatsektor die städtischen Probleme besser lösen kann, sondern auch ein vorbehaltloses Vertrauen in technische bzw. digitale Lösungen für drängende Probleme.

In Gesprächen mit den Taxifahrern selbst steht meist die wirtschaftliche Situation der Fahrer im Vordergrund. Die vielfach wiederholte Prognose, dass das konventionelle Taxi in Mumbai keine Zukunft hat, hatte anfangs ihre Wirkung auf die Kaali-Peeli-Fahrer nicht verfehlt: Viele jüngere Fahrer wechselten zu den beiden dominanten Plattformen, wodurch die Zahl der Plattforntaxis stetig stieg und die der konventionellen Taxis sank. Demgegenüber steht immer noch ein bedeutender Anteil älterer Fahrer konventioneller Taxis, die ihrem Kaali Peeli sowie ihrer vertrauten Fahrgastklientel treu bleiben.

Doch mittlerweile ist das Einkommen aller Fahrer so weit gesunken, dass viele resigniert haben. Sie fühlen sich vom Staat, aber auch von den Plattformfirmen und den Gewerk-

schaften vergessen. Anstatt dass sich die Fahrer der „neuen“ und der „alten“ Taxis jedoch gegenseitig die Schuld zuschieben, äußern sie in Gesprächen oft Verständnis für- und Solidarität miteinander. Ein Kaali-Peeli-Fahrer bringt es auf den Punkt: „Sie verdienen nicht genug, und wir auch nicht. Wir sitzen alle im selben Boot! Wieso also sollten wir uns das Leben gegenseitig schwer machen?“

Diese Solidarität ist auch damit zu erklären, dass viele Fahrer beider Taxiformen die Zugehörigkeit zu einer der ethnischen Gruppen verbindet, die Taxis in Mumbai traditionell betrieben haben und auch heute im Plattformsektor noch eine wichtige Rolle spielen, insbesondere muslimische Gruppen aus Uttar Pradesh und Tamil Nadu. Auch kennen insbesondere ältere Taxifahrer der Kaali Peeli die Mechanismen der Marginalisierung und Ausbeutung, die die heutigen, überwiegend jungen, migrantischen Plattforntaxifahrer erfahren. Die älteren Fahrer standen in den 1970er- und 80er-Jahren vor einer ähnlichen Situation, als sie mit geringen finanziellen Mitteln und vorerst ohne ihre Familien in Mumbai ankamen, von der lokalen Bevölkerung oftmals unerwünscht. Mit Hilfe neugegründeter Taxigewerkschaften und staatlicher Programme hatten es viele jedoch geschafft, sich und ihre Familien im Laufe der Jahrzehnte finanziell abzusichern. Heute dagegen erhalten Mumbais

Plattforntaxifahrer keine staatliche Unterstützung und es fällt ihnen schwer, kollektiv ihre Interessen zu vertreten. Auch leiden die Fahrer darunter, dass politische Gruppen gegenüber männlichen muslimischen Fahrern aus Nordindien Stimmung machen.

Meine Forschung in Mumbai zeichnet insgesamt ein trübes Bild von der Gegenwart der Plattformwirtschaft und ihren Auswirkungen auf städtische Gesellschaften und Räume – und sie macht wenig Hoffnungen für die Zukunft der Städte im Globalen Süden: Durch die sich immer weiter durchsetzende Plattformwirtschaft wird der steigende Wohlstand in den Händen einiger weniger Firmen sowie deren lokaler Geschäftspartner*innen konzentriert. Gleichzeitig tragen digital gestützte Dienstleistungen (in Mobilität, Logistik, Pflege- und Heimarbeit) weiter zum Auseinanderdriften der verschiedenen Lebensrealitäten bei, da das in der informellen Wirtschaft übliche Mindestmaß an Vertrauen nun durch digitale Bewertungs- und Kontrollmechanismen ersetzt wird.

Im Rahmen des am WZB angesiedelten Projekts Fairwork werden die Arbeitsbedingungen in der globalen Plattformwirtschaft untersucht und an Kriterien menschenwürdiger Arbeit gemessen. Auch das Beispiel der Taxis in Mumbai zeigt: Mindeststandards sind unabdingbar, wenn Plattformarbeit fair sein soll. ●

Literatur

Bedi, Tarini: „Taxi Drivers, Infrastructures, and Urban Change in Globalizing Mumbai“. In: *City & Society*, 2016, Jg. 28, H. 3, S. 387-410. DOI: 10.1111/ciso.12098.

Bhattacharya, Ananya: „More Work, Less Money – The Reality of India’s Ride-Hailing Services in a Post-Covid World“. In: *Quartz India*, 22.02.2021. Online: <https://qz.com/india/1946259/will-ola-uber-come-out-of-covid-19-slump-in-2021> (Stand 30.05.2024).

Directorate of Economics & Statistics, Planning Department, Government of Maharashtra (Hg.): *A Report on ‚Consumer Expenditure‘ Based on State Sample Data Collection in 75th Round of National Sample Survey*. Mumbai: Government of Maharashtra 2022. Online: https://mahades.maharashtra.gov.in/files/report/75_consumption_final_03.pdf (Stand 30.05.2024).

Kuttler, Tobias: „The Spatial Politics of Platformization: Negotiating Platform Power in Everyday Taxi Driving in Mumbai“. In: *Geoforum*, 2023, Jg. 147. DOI: 10.1016/j.geoforum.2023.103890.

Entwicklung und Ausbeutung

Handys und Soziale Netze im Globalen Süden

In Ländern des Globalen Südens wie Indien und Senegal entstanden in den 1990er-Jahren „Telezentren“, in denen Menschen per Festnetz telefonieren konnten. Das Beispiel zeigt: Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützen Entwicklungsziele wie den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung. Daher sind sie interessant für Entwicklungsforschung wie -politik. In den letzten drei Jahrzehnten hat sich durch Internet und Mobiltelefone die Technologie rasant verändert – mit entsprechenden Folgen auch für die Theorie.

Aarushi Bhandari und Jessica Kim

Die Erfindung des iPhones im Jahr 2007 führte zu dem, was gemeinhin die Ära des „Web 2.0“ genannt wird. Kennzeichnend für diese Ära ist die erfolgreiche Monetarisierung des Internets – ein Phänomen, das den Pionieren des weltweiten Netzes schwer zu schaffen machte. Unternehmen entwickelten Anwendungen und Dienste, die Nutzerinnen und Nutzer jederzeit und überall an ihre Geräte fesseln. So wurde die Aufmerksamkeitsökonomie geboren. Der entwicklungspolitische Diskurs tat sich schwer damit, diese grundlegende Veränderung in das Verständnis der Kommunikationstechnologie zu integrieren. Im Web 2.0 bedeutet der Zugang zu Kommunikationsmitteln fast immer auch das Einverständnis, die eigene Aufmerksamkeit dem Profit von Big-Tech-Unternehmen wie Meta zur Verfügung zu stellen. Der Erfolg der milliardenschweren Informations- und Kommunikations-Industrie beruht auf einem immer größer werdenden Pool von Menschen, deren Aufmerksamkeit sie ausnutzen kann. Durch das Bereitstellen ver-

meintlich kostenloser Dienste wie sozialer Medien und kostenloser Videos verwandeln diese Unternehmen die Nutzenden in das eigentliche Produkt, das dann für gezieltes Marketing an Werbekunden verkauft wird. Immer ausgefeiltere Algorithmen sorgen dafür, dass Menschen immer wieder zu ihren Geräten zurückkehren, oft auf Kosten ihres psychischen und sozialen Wohlbefindens. Die modernen Informations- und Kommunikationsmedien sind von Natur aus ausbeuterisch – kein Vergleich zu den frühen Telezentren.

Nach wie vor geht es um den Zugang zu Gesundheits-, Bildungs-, Landwirtschafts- und anderen Diensten. Man könnte es also als eine lineare Entwicklung verstehen: Die Kommunikationsmedien haben die Mechanismen verbessert, durch die die Bevölkerung des Globalen Südens Zugang zu Entwicklungshilfe erhält. Zunächst gab es nur die Möglichkeit, Telefonanrufe zu tätigen und zu empfangen. Ein Bauer im ländlichen Bangladesch suchte vielleicht ein Telezent-



Aarushi Bhandari ist Assistenzprofessorin für Soziologie am Davidson College. Sie forscht unter anderem zu Kommunikationstechnologien und Gesellschaft. aabhandari@davidson.edu

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

rum auf und nahm an einer Telefonkonferenz mit einem internationalen landwirtschaftlichen Beratungsdienst teil. Er ging nach Hause, wendete das Gelernte an und konnte in dieser Saison vielleicht einige Ertragssteigerungen verzeichnen – an seinem emotionalen Zustand oder seinem psychologischen Selbstverständnis änderte sich nichts Grundlegendes. Heute nimmt der Landwirt sein Smartphone in die Hand, um nach verfügbaren Beratungsprogrammen zu suchen,

„Die neuen Medien sind kein Geschenk, sondern ein Tauschmittel“

aber er sieht eine Benachrichtigung der Plattform X, dass ein von ihm geposteter Witz mehrere Likes erhalten hat. Schnell geht er auf X und verliert sich für die nächsten drei Stunden in der Plattform, wo er in einen Streit mit gesichtslosen Fremden verwickelt wird, der ihn auslaugt. Er erholt sich wieder und findet schließlich die Beratungsdienste. Vielleicht erzielt er auch jetzt bessere Erträge, aber sein Selbstverständnis ändert sich grundlegend. Die frühen Entwicklungstheorien zu Kommunikationsmedien lassen sich nicht auf die Aufmerksamkeitsökonomie anwenden, weil die neuen Medien kein Geschenk mehr sind (wenn sie es denn je waren), sondern ein Tauschmittel. Die Kosten der Teilhabe sind sehr hoch.

In unserer Forschung versuchen wir zu verstehen, wie Menschen im Globalen Süden in den

letzten Jahren Mobiltelefone nutzen. Wir wollen den Zusammenhang verstehen zwischen den Nutzungsmöglichkeiten von Informations- und Kommunikationstechnologien und der Aufmerksamkeit derer, die sie nutzen. Wir stützen uns auf einen innovativen Datensatz aus mehr als 25.000 Interviews, die die verschiedenen Funktionen dokumentieren, für die Menschen in 27 Ländern des Globalen Südens ihr Mobiltelefon nutzen. Wir wollen Maßstäbe für die Nützlichkeit der neuen Technologien und für die Aufmerksamkeit, die sie auf sich ziehen, entwickeln. In der Vergangenheit wurden die positive und die negative Perspektive isoliert bewertet. Wir wollen sie im Zusammenhang untersuchen und analysieren, wie und in welchen Kontexten die Nachteile der technologischen Entwicklung ihre Vorteile überwiegen oder umgekehrt. Die Nutzung von Mobiltelefonen hat zweifellos nützliche Seiten. Immer mehr Menschen im Globalen Süden erhalten durch Mobiltelefone neue Möglichkeiten und Freiheiten, wie zum Beispiel den Zugang zu Gesundheitsinformationen, Bildungsangeboten und mehr. In ländlichen Teilen von Entwicklungsländern, wo der Zugang zu Krankenhäusern und Gesundheitsstationen stark eingeschränkt ist, können mobile Gesundheitsdienste, die per SMS Informationen zur Prävention verschicken, für Menschen lebensrettend sein. Ebenso können Landwirte das Wetter besser überwachen und leichter auf Beratungsdienste zugreifen.

Gleichzeitig erreichen Big-Tech-Unternehmen wie Meta oder Google aber ein größeres Segment der Bevölkerung, deren Aufmerksamkeit sie als Daten auf dem freien Markt kaufen und verkaufen können, je mehr Menschen im Globalen Süden Mobiltelefone benutzen. Wann immer sich Nutzer mit vermeintlich kostenlosen Diensten wie sozialen Medien oder Videostreaming verbinden, werden ihr Verhalten und ihre Aufmerksamkeit zu einer Ware, die von den Unternehmen, denen diese Dienste gehören, verkauft wird. Die Ausbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologie im Globalen Süden ist für die Big-Tech-Industrie äußerst vorteilhaft.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse schlagen wir vor, von einem „technologisch ungleichen Tausch“ zu sprechen. Wir lehnen uns damit an den Begriff vom „ökologisch ungleichen Tausch“ („ecologically unequal exchange“) an, den der amerikanische Umweltsoziologe An-

Immer online.
Drei junge Frauen in Hongkong.
Foto: © André Luetzen/laif,
alle Rechte vorbehalten.



drew Jorgenson geprägt hat. Er beschreibt das Phänomen, dass Entwicklung durch Wirtschaftswachstum und Ausbau der Infrastruktur zu Umweltkatastrophen und überproportional starken Formen des Klimawandels in Ländern des Globalen Südens führt. Unsere Ergebnisse zeigen eine analoge Struktur: Die Bevölkerung des Globalen Südens bezahlt für die Entwicklungsvorteile, die moderne Kommunikationstechnologien bieten, mit der Ausbeutung ihrer Identität und ihres Selbstverständnisses sowie der Vermarktung ihrer Aufmerksamkeit.

Dazu kommt, dass die Nutzenden auch noch Geld bezahlen müssen, um sich in ihre eigene Ausbeutung einzukaufen. Auch wenn viele der angebotenen Dienste im Austausch gegen Nutzerdaten kostenlos zur Verfügung gestellt werden, müssen Menschen zunächst Geld ausgeben, um die für den Zugang zu diesen Diensten erforderlichen Smartphones zu kaufen, und die Netzdienste kosten fortlaufend Gebühren. Die Unternehmen verdienen also in dreifach: mit dem Verkauf der Telefone, den Netzgebühren und dem Verkauf der Nutzerdaten.

Ähnlich wie im Globalen Norden stellt sich auch in den Ländern des Globalen Südens die Frage: Ist die Kommerzialisierung der eigenen



Jessica Kim ist Postdoc in der Abteilung Globale Soziologie am WZB und beschäftigt sich unter anderem mit globaler und transnationaler Soziologie. jessica.kim@wzb.eu

Foto: © WZB/Katy Otto, alle Rechte vorbehalten.

Persönlichkeit ein angemessener Preis für die Möglichkeit, auf neue Funktionen und Dienste zuzugreifen? Nach der Betrachtung aller Vor- und Nachteile der Weiterentwicklung und Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologie kann man kaum anders, als diese Frage mit einem klaren „Nein“ zu beantworten. ●

Literatur

Bhandari, Aarushi: „Anti-Systemic Movements in the Attention Economy: Engaging the Cultural Political Economy Approach“. In: *Journal of World-Systems Research*, 2023, Jg. 29, H. 1, S. 90-124. DOI: 10.5195/jwsr.2023.1100.

Bhandari, Aarushi/Burroway, Rebekah: „Hold the Phone! A Cross-National Analysis of Women’s Education, Mobile Phones, and Hiv Infections in Low-and Middle-Income Countries, 1990–2018“. In: *Social Science & Medicine*, 2023, Jg. 334. DOI: 10.1016/j.socsci.med.2023.116217.

Bhargava, Vikram R./Velasquez, Manuel: „Ethics of the Attention Economy: The Problem of Social Media Addiction“. In: *Business Ethics Quarterly*, 2021, Jg. 31, H. 3, S. 321-359. DOI: 10.1017/beq.2020.32.

Fumero, Antonio/Roca, Genís /Sáez Vacas, Fernando: *Web 2.0*. Madrid: Fundación Orange España 2007.

Jorgenson, Andrew K.: „Environment, Development, and Ecologically Unequal Exchange“. In: *Sustainability*, 2016, Jg. 8, H. 3, 227. DOI: 10.3390/su8030227.

Oestmann, Sonja/Andrew C Dymond: „Telecentres – Experiences, Lessons and Trends“. In: Latchem, Colin/Walker, David (Hg.): *Telecentres: Case Studies and Key Issues*, 2001, S. 1-15. <https://citeseerx.ist.psu.edu/document?repid=rep1&type=pdf&doi=e3081ae7b7a911acec8ac122f4fdc5e932d27d73> (Stand 08.05.2024).

Spielman, David/Lecoutere, Els/Makhija, Simrin/Van Campenhout, Bjorn: „Information and Communications Technology (ICT) and Agricultural Extension in Developing Countries“. In: *Annual Review of Resource Economics*, 2021, Jg. 13, S. 177-201. DOI: 10.1146/annurev-resource-101520-080657.

Lesbar werden

In Kenia stößt die Einführung digitaler Ausweise nicht nur auf Widerstand

Ausweise aus Papier sind ein Auslaufmodell. Viele Länder setzen auf elektronische Formen, die Identität von Menschen festzustellen – in einer Karte, die biometrische und persönliche Merkmale speichert. Datenschutzbedenken liegen nahe. Doch eine Umfrage in Kenia zeigt, dass viele Menschen dort die Umstellung mit großen Hoffnungen verbinden.

Lisa Garbe und Alexandra Scacco

In den vergangenen Jahren haben Regierungen im gesamten Globalen Süden damit begonnen, digitale Programme zur biometrischen Identifizierung einzuführen, oft auf Druck internationaler Organisationen wie der Weltbank oder einflussreicher privater Akteure wie der Gates-Stiftung. Bis zum Jahr 2024 haben mindestens 120 Länder weltweit Reisepässe mit biometrischer Erkennungstechnologie eingeführt, in etwa 70 Ländern gibt es biometrische Personalausweise. Die biometrische Identifizierung stützt sich auf eindeutige physiologische Merkmale wie Fingerabdrücke oder Gesichtszüge, um die Identität einer Person zu überprüfen. Diese Digitalisierung wird oft als Mittel zur besseren Verteilung staatlicher Leistungen, also etwa Renten oder Sozialversicherung, gepriesen, sie kann aber auch die Transparenz von Wahlprozessen erhöhen. Dies ist besonders dort wichtig, wo marginalisierte Gemeinschaften aufgrund unzureichender Identitätsdokumente auf Hindernisse beim Zugang zu staatlichen Leistungen stoßen.

Bei der Einführung digitaler Ausweise geht es darum, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen – Bedenken hinsichtlich der Datensicherheit, des Schutzes der Privatsphäre

der Einzelnen und der Frage, welche staatlichen Stellen Zugang zu den Informationen haben sollten, werden dabei häufig hintangestellt. In Kenia allerdings wurden die Bemühungen der Regierung, ein elektronisches System der Identifizierung einzuführen, vor dem Obersten Gerichtshof angefochten, was dazu führte, dass das Programm 2020 und noch einmal 2021 gestoppt wurde. Die Pläne der kenianischen Regierung für einen digitalen Personalausweis sind bis heute noch nicht umgesetzt.

Wir wollten Unterstützung und Ablehnung digitaler Ausweise in Kenia besser verstehen und haben dafür in Verbindung mit einer Umfrage mit 2.073 Befragten aus vier kenianischen Regionen ein Experiment durchgeführt. Für diese Studie haben wir im Sommer 2022 mit den ehemaligen WZB-Forscherinnen Nina McMurry und Kelly Zhang zusammengearbeitet.

Die kenianische Regierung führte 2019 ein Nationales Integriertes Identitätsmanagementsystem (NIIMS) ein, das den Namen „Huduma Namba“ (Suaheli für „Dienstnummer“) trägt. Ziel des Programms war es, biometrische Identitätsdaten zu digitalisieren und zu zentralisieren. Das neue System sollte den einzigen gültigen Identitätsdokument sein.

titätsnachweis für alle Kenianer*innen bieten. Die Urheber schlugen auch vor, Huduma Namba zur Grundlage für das nationale Wahlregister zu machen und der kenianischen Steuerbehörde Zugang zur NIIMS-Datenbank zu gewähren. Das Programm stieß auf erheblichen Widerstand von zivilgesellschaftlichen Organi-

„Zivilgesellschaftliche Organisationen äußerten Bedenken wegen des fehlenden Rechtsrahmens zum Datenschutz“

sationen. Sie äußerten Bedenken wegen des fehlenden Rechtsrahmens zum Schutz der Bürgerdaten und möglicher Auswirkungen auf die Privatsphäre. Diese Kritik kam allerdings eher aus gesellschaftlich privilegierten Kreisen. Wenig ist dagegen bekannt über die Einstellung der breiten kenianischen Öffentlichkeit zu digitalen Ausweisen. Um diese Lücke zu schließen, untersuchte unser Projekt die Meinungen von Kenianer*innen mit unterschiedlichen ethnischen Hintergründen und, damit verbunden, unterschiedlicher politischer Stellung. Die ethnischen Gruppen Kikuyu und Kalenjin stellen traditionell die kenianische Regierung, die Luo sind seit langem in der Opposition, und Somalier sind von politischer Teilhabe weitgehend ausgeschlossen. Aufgrund verschiedener Terroranschläge der Al-Shabaab-Gruppierung in Somalia werden Somalier in Kenia häufig unter Generalverdacht gestellt und stehen unter starker Überwachung durch die Polizei.

Wir gingen von der Hypothese aus, dass die Unterstützung digitaler Ausweise durch die Menschen in Kenia von einer Kosten-Nutzen-Rechnung abhängt. Bestimmte Merkmale wie der verbesserte Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und gezieltere Sozialleistungen werden als vorteilhaft wahrgenommen, während andere als nachteilig angesehen werden – hier sind zum Beispiel die Weitergabe von Informationen an staatliche Sicherheitsdienste zu nennen oder die Verknüpfung der elektronischen Identifizierung mit dem Wahl- und Steuerregister. Wir vermuteten, dass Mitglieder verschiedener ethnischer Gemeinschaften diese Vor- und Nachteile unterschiedlich gewichten würden. So erwarteten wir beispielsweise, dass die somalisch-kenianische Gemeinschaft besonders



Lisa Garbe ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit. Derzeit untersucht sie die Determinanten und Auswirkungen von Internetzensur, insbesondere in autoritären Entwicklungsländern. lisa.garbe@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

skeptisch ist, weil sie die Digitalisierung der Ausweise mit einer stärkeren staatlichen Überwachung in Verbindung bringt. Um diese Hypothesen zu überprüfen, haben wir 2.073 zufällig Ausgewählte in vier Regionen Kenias persönlich befragt. Im Rahmen der Umfrage führten wir ein sogenanntes Policy Conjoint Experi-

„Wir vermuteten, dass Mitglieder verschiedener ethnischer Gemeinschaften diese Vor- und Nachteile unterschiedlich gewichten würden“

ment durch, bei dem wir die Teilnehmenden nach dem Zufallsprinzip mit verschiedenen Merkmalen hypothetischer zukünftiger Maßnahmen konfrontierten und dabei deren potenzielle Kosten und Vorteile hervorhoben. Wir untersuchten, wer unter welchen Umständen elektronische Ausweise befürwortet und bereit wäre, sich dafür registrieren zu lassen.

Wie erwartet unterstützten die Kenianer*innen die Maßnahmen vor allem dann, wenn sie öffentliche Dienstleistungen und den Zugang zu Transferleistungen verbesserten. Entgegen den Erwartungen befürworteten die Kenianer jedoch politische Maßnahmen zur Einführung digitaler Ausweise auch dann, wenn sie den Bür-

gern nicht unerhebliche Lasten aufbürden würden, wie zum Beispiel eine verstärkte staatliche Überwachung oder eine effizientere Steuererhebung. Bei 67 Prozent der vorgestellten Politikprofile antworteten die Umfrageteilnehmer, dass sie digitale Ausweise „sehr“ oder „etwas“ befürworten würden. Je weiter das System ausgebaut wurde, desto mehr Unterstützung erhielt es. Selbst Angehörige oppositioneller und stark polizeilich überwachter Minderheitengruppen befürworteten ein breites Spektrum von Maßnahmen – auch jene, von denen wir annahmen, dass die Befragten sie als nachteilig ansehen würden.

Um diese Ergebnisse besser zu verstehen, führten wir längere qualitative Interviews mit 36 zufällig ausgewählten Befragten aus unserer Umfrage, die zu gesellschaftlich unterschiedlich eingebundenen ethnischen Gruppen gehörten. Im Folgenden konzentrieren wir uns auf die Antworten der somalischen Kenianer*innen, von denen wir ursprünglich annahmen, dass sie einem digitalisierten Ausweisensystem am skeptischsten gegenüberstehen würden. Die Interviews fanden im somalischen Viertel Eastleigh der Hauptstadt Nairobi statt.

In diesen Gesprächen schilderten somalische Kenianerinnen und Kenianer wiederholt Vorurteile und Diskriminierungen, die sie im täglichen Umgang mit Behörden erlebt hatten. Ein Befragter drückte es so aus: „Somalier werden wirklich ausgegrenzt. Wir werden anders behandelt als andere Kenianer. Es gibt diese Annahme, dass alle Somalier Terroristen sind.“ Die kenianisch-somalischen Befragten erinnerten sich an eine Reihe unangenehmer, einschüchternder oder geradezu demütigender Erfahrungen mit Regierungsbeamten bei persönlichen Gesprächen, etwa wenn sie einen Führerschein verlängern oder ihre Kinder für ein neues Schuljahr anmelden wollen.

Diese Antworten entsprachen unseren Erwartungen. Überraschend jedoch war, dass die Befragten die Hoffnung äußerten, dass die Digitalisierung dazu führen könnte, dass sie dieser Art von unangenehmer Behandlung weniger ausgesetzt wären. Ein kenianisch-somalischer Befragter sagte uns, er erwarte Vorteile: „Wenn wir alles online erledigen können, werden wir nicht mehr diese unangenehmen Begegnungen von Angesicht zu Angesicht haben. Wir werden nicht mehr belästigt oder mit Vorurteilen oder der Frage nach Bestechungsgeldern konfrontiert sein. Es wäre einfach eine viel bessere Erfah-



Alexandra Scacco ist Senior Research Fellow und stellvertretende Direktorin in der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die Ursachen und Folgen individueller Entscheidungen unter extremen Risikobedingungen, bei denen die potenziellen Kosten hoch sind und der Nutzen ungewiss. alex.scacco@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

rung für uns.“ In ähnlicher Weise beschrieb eine andere somalische Kenianerin, sie freue sich auf eine Zukunft, in der sie ausschließlich online mit der Regierung in Kontakt treten und auf relevante Dienste zugreifen könne – und so ihre persönliche Würde wahren. Obwohl die Sorge um den Schutz der Privatsphäre und die Datensicherheit für Angehörige polizeilich häufig kontrollierter Gruppen wie somalische Kenianer real ist, deuten diese qualitativen Daten darauf hin, dass sie die Risiken in Kauf nehmen könnten, um sich vor Diskriminierung zu schützen.

Generell spiegeln die Ergebnisse unserer Umfrage die Hoffnung der Kenianer*innen wider, dass die digitalen Ausweise den Umgang des Staates mit den Bürgern verbessern werden. Abgesehen von den Bedenken hinsichtlich Si-

„Die Hoffnung liegt nahe, dass ein neues, digitalisiertes Wahlsystem für Oppositionsgruppen eine Verbesserung darstellen kann“

cherheit und staatlicher Überwachung sind viele Kenianer auch sehr misstrauisch gegenüber dem Wahlsystem des Landes. Die überraschend hohe Zustimmung zur Verknüpfung von digita-

len Ausweisen und Wählerregistrierung unter Kenianer*innen, die sich bei früheren Wahlen benachteiligt fühlten, könnte darauf hindeuten, dass sie jeden Versuch einer Reform begrüßen. Bei den letzten landesweiten Wahlen haben die Kandidatinnen und Kandidaten der Opposition wiederholt knapp verloren, manchmal unter fragwürdigen Umständen. Die Hoffnung liegt nahe, dass ein neues, digitalisiertes Wahlsystem für Oppositionsgruppen eine Verbesserung darstellen kann. Und tatsächlich zeigen unsere Umfrageergebnisse, dass die Befragten der Opposition (aus der Gruppe der Luo) eher angaben, sie

glaubten, dass ihre Stimme mit einem solchen neuen System fair gezählt werden würde.

Unsere qualitativen Interviews deuten darauf hin, dass die Menschen in Kenia der Einführung digitaler Ausweise nicht unkritisch entgegengehen. Sie haben aber verschiedene Gründe dafür zu hoffen, dass die elektronische Identifikation die Beziehungen zwischen Bürger*innen und Staat verbessern wird und dass die ungleiche Behandlung von Randgruppen abnehmen wird. ●

Literatur

Scott, James C.: *Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*. New Haven: Yale University Press 1999.

Lee, M. Melissa/Zhang, Nan: „Legibility and the Informational Foundations of State Capacity“. In: *The Journal of Politics*, 2017, Jg. 79, H. 1, S. 118–132. DOI: 10.1086/688053.

Domeyer, Axel/McCarthy, Mike/Pfeiffer, Simon/Scherf, Gundbert: *How Governments Can Deliver on the Promise of Digital ID*. McKinsey & Company, 2020. Online: <https://www.mckinsey.com/industries/public-sector/our-insights/how-governments-can-deliver-on-the-promise-of-digital-id> (Stand 27.05.2024).

Militär und Demokratie

Hintergründe des Putsches in Niger 2023

Der Staatsstreich in Niger im Juli letzten Jahres lenkte die internationale Aufmerksamkeit plötzlich und kurz auf den westafrikanischen Binnenstaat. Regierungen und Nichtregierungsorganisationen verurteilten den Umsturz einhellig. Doch wie steht es um die Haltung der Bevölkerung? Daniel Tuki hat Umfragedaten untersucht. Er stellt fest: Demokratie überzeugt nicht per se. Regierungen werden daran gemessen, ob sie in der Lage sind, die Lebensbedingungen der einfachen Leute zu verbessern.

Daniel Tuki

General Abdourahmane Tchiani, der den Putsch inszenierte und den bisherigen Präsidenten Mohamed Bazoum absetzte, begründete den Umsturz mit der zunehmenden Korruption in der demokratischen Regierung, mit Unsicherheit und dem schlechten Zustand der nigrischen Wirtschaft. Verschiedene Regierungen und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) verurteilten den Putsch – die ECOWAS kündigte sogar ihr militärisches Eingreifen an.

Doch es gab auch Unterstützung für die Militärjunta. Die Militärregierungen von Mali und Burkina Faso zeigten sich mit den Putschenden solidarisch und versprachen, sie militärisch zu unterstützen, falls sie von außen angegriffen werden sollten. Die russische Regierung verurteilte den Staatsstreich und forderte die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, aber Jewgeni Prigoschin, der inzwischen verstorbene Chef der berühmten Wagner-Gruppe, begrüßte den Staatsstreich als einen Schlag gegen den westlichen Imperialismus. Es muss gesagt werden, dass sich in Niger, Mali und Burkina Faso eine antifranzösische Stimmung entwickelt hat. Die Führer dieser Länder kappen ihre Bezie-

hungen zum Westen, insbesondere zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, und versuchen, engere Beziehungen zu Russland aufzubauen. Auch in der nigrischen Bevölkerung gab es offene Ablehnung der französischen Präsenz im Land und Unterstützung für die Militärjunta. Einigen Berichten zufolge könnte die Absicht von Präsident Bazoum, die Präsidialgarde umzustrukturieren, den Staatsstreich ausgelöst haben. Die Wissenschaftler Aoife McCullough und Adam Sandor sehen in der Opposition der Junta gegen die französischen Truppen im Land, in ihrem Kampf für die Wiederherstellung der Souveränität Nigers und der Kritik an der Politik der Vorgängerregierung, Aufstände zu bekämpfen, Strategien, mit denen sie um Unterstützung im Militär und in der nigrischen Bevölkerung warb.

Wie steht es tatsächlich um den Rückhalt für den Putsch? Die Sichtweise von Regierungen und internationalen Organisationen auf den jüngsten Staatsstreich in Niger ist, folgt man Medienberichten, einhellig negativ. Sehr wenig ist aber darüber bekannt, was die einfachen Menschen in Niger über die Militärregierung denken. Es gibt zahlreiche Studien über die Einstellung zur Demokratie, aber nur wenige über die Einstellung zur Militärherrschaft. Im Allgemeinen wird unterstellt, das Militär werde eher abgelehnt. Diese

wenig belegte Annahme hat mich dazu veranlasst, empirisch zu untersuchen, wie Unsicherheit, Korruption und Armut die Unterstützung für eine Militärregierung beeinflussen.

Zunächst jedoch ein kurzer Rückblick in die Geschichte Nigers. Denn der Staatsstreich vom Juli 2023 war bereits der fünfte seit Nigers Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft im Jahr 1960. Der erste Putsch fand 1974 statt und führte zum Sturz von Hamani Diori, dem ersten demokratischen Präsidenten des Landes. Der Putsch war das Resultat mehrerer Faktoren: Dioris Regime war repressiv und duldete keine Opposition, die Beziehungen der Regierung zu Frankreich waren von Klientelpolitik und Korruption geprägt, die Bevölkerung versank infolge von Dürre in Armut. Der Putsch von 1974 wurde von vielen Menschen in Niger als Korrektiv empfunden und mit Erleichterung aufgenommen.

Nach fast zwei Jahrzehnten Militärrherrschaft führten anhaltende Proteste der nigrischen Bevölkerung zu einem Übergang in demokratische Verhältnisse. Auslöser der Proteste waren die sozioökonomischen Härten, die die vom Internationalen Währungsfonds verordnete Strukturanpassung mit sich brachten. Bei den Wahlen 1993 wurde Mahamane Ousmane zum Präsidenten gewählt. Er setzte allerdings das Programm der Strukturanpassung fort, dessen Abschaffung er versprochen hatte, was die Lage der Bevölkerung weiter verschlechterte. Massenproteste gegen die zivile Regierung waren die Folge. Darüber hinaus untergruben Unstimmigkeiten zwischen dem Präsidenten und seinem Premierminister Hama Amadou sowie eine Blockadesituation zwischen Regierung und Opposition im Parlament den demokratischen Prozess. Als Oberst Ibrahim Baré im Januar 1996 den zweiten Staatsstreich in Niger durchführte, gab es keine Proteste der Bevölkerung zugunsten der demokratischen Regierung. Ibrahim Baré organisierte Wahlen und setzte sich selbst als Präsident ein.

Der dritte Staatsstreich in Niger im Jahr 1999, in dem Baré getötet wurde, brachte Major Daouda Malam Wanké ins Präsidentenamt. Im selben Jahr erarbeitete er eine neue Verfassung und organisierte Wahlen, die Mamadou Tandja zum Präsidenten machten. Zur Krise kam es, als Tandja nach zwei fünfjährigen Amtszeiten eine Verfassungsänderung anstrebte, um für weitere drei Jahre im Amt bleiben zu können. So kam es zu Nigers viertem Staatsstreich im Jahr 2010,



Daniel Tuki ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Er forscht über interkommunale Konflikte und wirtschaftliche Entwicklung.
daniel.tuki@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

durch den Tandja aus dem Amt gedrängt wurde. Innerhalb eines Jahres organisierte das Militär Wahlen, die Mahamadou Issoufou zum Präsidenten machten. Nach zwei Amtsperioden übergab er 2021 die Macht an Mohamed Bazoum. Dies war die erste Machtübergabe zwischen zwei demokratisch gewählten Regierungen in der Geschichte Nigers seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960. Bazoum übernahm das Präsidentenamt in einer turbulenten Zeit, in der Niger mit großer Armut, ethnischen Streitigkeiten und Aufständen durch die islamistische Terrororganisation Boko Haram und den Islamischen Staat zu kämpfen hatte. Diese Krisen erschwerten die Bemühungen der Regierung, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Bazoum konnte seine erste Amtszeit nicht beenden, da er beim fünften Staatsstreich im Juli 2023 aus dem Amt gedrängt wurde.

Hier müssen einige Fakten über die sozioökonomischen Bedingungen in Niger unmittelbar vor dem Putsch 2023 aufgezählt werden. Die Datenbank des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zeigt, dass Niger im Jahr 2021 einen Human Development Index von 0,4 hatte – das ist einer der niedrigsten Werte weltweit (nur der Tschad und der Südsudan schnitten noch schlechter ab). Der Index misst das menschliche Wohlergehen anhand der Dimensionen Lebenserwartung, Bildung und Einkommen (dabei reicht er von 0 bis 1). Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Afrobarometer zeigte für das Jahr 2022, dass 77 Prozent der Nigrer*innen in den letzten zwölf



Dezember 2023 – immer noch säumen ausgebrannte Autos vom Putsch im Juli die Straßen der Hauptstadt Niamey. Foto: © Carmen Abd Ali/The New York Times/Redux/laif, alle Rechte vorbehalten.

Monaten mindestens „einige Male“ ohne Nahrung auskommen mussten. 45 Prozent von ihnen hielten die wirtschaftliche Lage im Land für „sehr schlecht“ oder „schlecht“. Auf die Frage nach ihren eigenen Lebensbedingungen gaben 38 Prozent an, diese seien „sehr schlecht“ oder „schlecht“. 47 Prozent der Nigrer*innen waren der Meinung, die wirtschaftliche Lage des Landes habe sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. 49 Prozent der Befragten verfügten über keine formale Bildung, und 45 Prozent waren der Meinung, das Ausmaß der Korruption im Land habe in den letzten fünf Jahren zugenommen.

Die desolote sozioökonomische Lage Nigers ist in gewisser Weise paradox, denn das Land ist sehr reich an natürlichen Ressourcen, insbesondere an Uran. Niger liefert an Frankreich und andere EU-Länder Uran, das dort in Kernkraftwerken zur Stromerzeugung benötigt wird, und gleichzeitig zeigt die Afrobarometer-Umfrage, dass 2022 in Niger selbst nur 26 Prozent der Menschen an das nationale Stromnetz angeschlossen waren. Tatsächlich importiert Niger Strom aus dem südlichen Nachbarland Nigeria. Eine der ersten Maßnahmen gegen das Militär, die die ni-

gerianische Regierung nach dem Putsch ergriff, war die Unterbrechung der Stromzufuhr. Einige Demonstrierende, die zur Unterstützung der Militärjunta auf die Straße gingen, warfen Frankreich vor, die gerade gestürzte demokratische Regierung kontrolliert und das Land seiner natürlichen Ressourcen beraubt zu haben, während die einfachen Leute arm und mittellos blieben. Tatsächlich übte Frankreich auch nach der Unabhängigkeit Nigers im Jahr 1960 immer noch einen starken Einfluss auf die Wirtschaft des Landes aus. Der Umweltwissenschaftler Franklin Charles Graham erklärte 2010: „Während der Entkolonialisierung beeinflusste Frankreich die Wahl eines pro-französischen Führers namens Hamani Diori und sicherte seiner Atomenergiekommission 83 Prozent der Kontrolle und der Anteile an der Uranmine, während 17 Prozent der nigrischen Regierung überlassen wurden.“ Richard Higgott und Finn Fuglestad kommentierten die Struktur der nigrischen Regierung nach der Unabhängigkeit wie folgt: „Mit mehr als 90 französischen Staatsbürgern, die über die gesamte Verwaltungsstruktur verteilt waren, hatte Niger verhältnismäßig gesehen eine der am wenigsten afrikanisierten Regierungen des frankophonen Afrikas.“

Vor dem Hintergrund dieser Einblicke in Geschichte und Ökonomie des Staates Niger sei nun die Frage erneut gestellt: Was lässt sich über die Haltung der Bevölkerung zu demokratischen oder militärisch dominierten Regierungen sagen? Die Daten des Afrobarometers von 2022 zeigen, dass die Nigrer*innen im Allgemeinen keine starke Abneigung gegen eine Militärregierung hegten. Tatsächlich billigten 50 Prozent von ihnen die Militärherrschaft. Außerdem stimmten 70 Prozent der Befragten der Aussage zu, das Militär solle eingreifen, wenn die demokratisch gewählte Regierung korrupt ist. Über ein Regressionsmodell konnte ich berechnen, dass Menschen, die die demokratische Regierung für korrupt hielten, eine Militärregierung eher befürworteten. Korruption könnte also das Vertrauen der Menschen in die demokratischen Institutionen untergraben und sie dazu veranlassen, militärisches Eingreifen für ein probates Mittel zur Eindämmung der Exzesse der demokratischen Regierung zu halten. Ich fand auch heraus, dass Menschen, die gewaltsamen Konflikten ausgesetzt waren, dazu neigen, die Militärherrschaft zu unterstützen. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Menschen das Gefühl haben, dass eine Militärregierung das Problem der Unsicherheit besser lösen kann. Daten aus dem Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) zeigen, dass 2022 – das Jahr unmittelbar vor dem jüngsten Staatsstreich – das Jahr mit den meisten gewaltsamen Konflikten in Niger seit 1997 war. Ich hatte erwartet, dass arme Menschen eine Militärregierung eher unterstützen würden, weil sie frustriert sind, dass die demokratische Regierung nicht genug getan hat, um ihre Lage zu verbessern. Doch ich musste feststellen, dass die Armen, insbesondere in ländli-

chen Gebieten, eine Militärregierung eben nicht unterstützen. Wie ist das zu erklären? Ein Grund könnte sein, dass ein Staatsstreich die Klientelnetzwerke zwischen Politikern und Bevölkerung aufbricht, von denen die Armen profitieren. Es könnte auch sein, dass es den Armen gleichgültig ist, ob sie eine Militärregierung oder eine demokratische Regierung haben, weil sie davon ausgehen, dass keine von beiden ihre sozioökonomische Situation verbessern kann; dennoch ziehen sie letztlich die Demokratie vor, weil sie immerhin einen Anschein von Freiheit bietet.

Was bedeuten diese Ergebnisse nun für Niger und andere Länder in Subsahara-Afrika? Um den jüngsten Staatsstreich in Niger vollständig zu verstehen, muss er vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung des Landes seit seiner Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft gesehen werden. Das Militär war stets auf der politischen Bühne präsent. In der begleitenden Forschung wurden frühere Interventionen des Militärs – insbesondere die von 2010 – teilweise als „korrigierend“ und „pro-demokratisch“ bezeichnet. Außerdem ist es in Niger nicht ungewöhnlich, dass demokratische Regierungen autoritäre Tendenzen zeigen. Wenn afrikanische Regierungen die Demokratie stärken und die Unterstützung für militärische Interventionen schwächen wollen, müssen sie Probleme wie gewaltsame Konflikte und Korruption angehen, da diese das Vertrauen der Menschen in demokratische Institutionen schwächen. ●

Dieser Beitrag beruht auf folgendem Artikel: Tuki, Daniel: „What does the Population in Niger Think About a Military Government?“ In: Democratization, 2024. DOI: 10.1080/13510347.2024.2341314.

Literatur

Graham, Franklin Charles: „What the Nigerien Coup d'État Means to the World“. In: *Review of African Political Economy*, 2010, Jg. 37, H. 126, S. 527–532. DOI: 10.1080/03056244.2010.530951.

Higgott, Richard/Fuglestad, Finn: „The 1974 Coup d'État in Niger: Towards an Explanation“. In: *Journal of Modern African Studies*, 1975, Jg. 13, H. 3, S. 383–398. DOI: 10.1017/s0022278x00052332.

McCullough, Aoife/Sandor, Adam: „Briefing: How a Mutiny Became a(nother) Coup: The Politics of Counterinsurgency and International Military Partnerships in Niger“. In: *African Affairs*, 2023, Jg. 122, H. 489, S. 587–601. DOI: 10.1093/afraf/adad034.

Frieden von unten

Zivilgesellschaftliche Versöhnung in Kolumbien

Konflikte verstehen, Dialog fördern, Frieden verstetigen – unter dem Schlagwort „Peacebuilding“ hat die internationale Staatengemeinschaft zahlreiche Maßnahmen entwickelt, um nach gewalttätigen Auseinandersetzungen Gesellschaften friedlich zu entwickeln. Meist allerdings werden diese Maßnahmen von Regierungen oder internationalen Organisationen in die Bevölkerung getragen. Anders in Kolumbien, das auf einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg zurückschaut.

Wolfgang Minatti

Krieg und Gewalt sind auf der ganzen Welt so präsent wie schon lange nicht mehr. Sozioökonomische Ungleichheiten, ideologische Polarisierung oder aber regionale Machtinteressen führen zu einer Vielzahl von innerstaatlichen Konflikten und traditionellen Kriegen zwischen Staaten. Die Auswirkungen dieser Konflikte sind Leid, Zerstörung und eine Beeinträchtigung der Lebensentfaltung von unzähligen Menschen weltweit.

Wie kann Frieden gestärkt werden? Unter dem englischen Begriff des „Peacebuilding“ werden jene Instrumente versammelt, die der internationalen Staatengemeinschaft zur Verfügung stehen, um Frieden zu schaffen und zu konsolidieren. Sie umfassen eine Vielzahl von Aktivitäten, die darauf abzielen, die Ursachen von Konflikten zu beleuchten, den Dialog zu fördern und Friedensprozesse nachhaltig zu gestalten. Beispiele sind im Balkan, in Irland, Äthiopien oder der Zentralafrikanischen Republik zu beobachten.

Diese Instrumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Doch den allermeisten liegt die Annahme zugrunde, dass Krieg und Konflikt dort entstehen, wo der Staat schwach ist. Folglich schien der Aufbau starker, liberaler

und demokratischer Institutionen des Rechtsstaats die Lösung für globale Konfliktherde und die Konsolidierung von Frieden zu sein. Doch zum Ende der 2000er Jahre setzte sich die Einsicht durch, dass im Zuge von Peacebuilding geschaffene staatliche Institutionen Legitimität in der Bevölkerung brauchen. Friedensprozesse dürfen sich nicht auf elitäre Zirkel beschränken, sie müssen der breiten Bevölkerung Raum zur Teilhabe bieten. Auch wenn die Prozesse meist zentral und von oben, also „top down“, angeregt wurden, wurden immer häufiger lokale Akteur:innen eingebunden.

Doch trotz dieser beständigen Weiterentwicklung haben nationale und internationale Bemühungen dieses institutionell-liberalen Peacebuilding, meist im Globalen Süden unter der Leitung von Institutionen des Globalen Nordens, bestenfalls gemischten Erfolg. Begrenzte Ressourcen, politische Blockaden, vor allem aber vom Krieg geprägte Mentalitäten und die Herausforderung, eine Kultur der Versöhnung und des Dialogs zu etablieren: Es gibt viele Hürden, die überwunden werden müssen, um erfolgreiche Friedensprozesse zu ermöglichen. Allerdings gibt es Hoffnung: Gerade im Globalen Süden entwickeln sich neue Ansätze, die



Wolfgang Minatti ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance des WZB, wo er zu Fragen der Legitimität in Herrschaftsverhältnissen im Kontext der Konflikt- und Friedensforschung arbeitet. Er promovierte am European University Institute (EUI) in Florenz, Italien. wolfgang.minatti@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Partizipation nicht als Teil von Top-down-Prozessen sehen, sondern auf das Engagement und die Handlungskraft lokaler Initiativen und Bewegungen setzen, die ihren eigenen Prozess der Friedenskonsolidierung konzipieren und umsetzen.

Wie fordern diese neuen Bewegungen bestehende Friedensprozesse heraus? Und was können wir daraus lernen? Das lässt sich am Beispiel der Friedensbewegung in Kolumbien zeigen, die ich im Zuge meiner Feldforschung zum kolumbianischen Bürgerkrieg kennengelernt habe.

Der Bürgerkrieg zwischen der kolumbianischen Regierung und der größten Rebellenarmee des Landes, den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), dauerte fast 60

„Der kolumbianische Bürgerkrieg dauerte fast 60 Jahre, fast eine halbe Million Menschen kamen ums Leben“

Jahre und betraf alle Bereiche der kolumbianischen Gesellschaft. Laut neuesten Schätzungen kamen dabei fast eine halbe Million Menschen ums Leben. Im Jahr 2016 konnte die Bevölke-

rung endlich in einem Referendum über ein Friedensabkommen mit den FARC abstimmen. Doch anders als von Beobachter:innen erwartet, lehnte eine knappe Mehrheit der Kolumbianer:innen den Frieden und die Amnestie für die Rebellen ab – vorangegangen war eine Polarisierungskampagne der konservativen Kräfte, die das Abkommen als zu großzügig kritisierten. Die Befürwortung des Abkommens wurde daher von vielen als Zeichen der Unterstützung der FARC an sich gewertet. Einige Zeit später konnten die Konfliktparteien unter Einbindung des Parlaments, nicht aber der Bevölkerung ein leicht abgeändertes Abkommen unterzeichnen, und die FARC legten die Waffen nieder.

Der Ansatz des Friedensabkommens von 2016 unterschied sich deutlich von vorangegangenen Peacebuilding-Prozessen sowohl in Kolumbien als auch in anderen Konfliktgebieten. Nicht nur war die Rolle internationaler Geberstaaten und Akteure auffallend limitiert; das Friedensabkommen sah auch verschiedenste Möglichkeiten zur Beteiligung der Zivilgesellschaft am

„Die Regierung von Duque versäumte es, das durch die Demobilisierung der Rebellen entstandene Machtvakuum in abgelegeneren Regionen zu füllen“

Friedensprozess vor. Doch die Umsetzung des Friedensabkommens erwies sich als äußerst schwierig, weil 2018 der Konservative Iván Duque mit einer Kampagne genau gegen dieses Friedensabkommen zum Präsidenten gewählt wurde. Unter der Regierung von Duque ging der Staat nur langsam notwendige Strukturreformen an und versäumte es, das durch die Demobilisierung der Rebellen entstandene Machtvakuum in abgelegeneren Regionen des Landes zu füllen. Gleichzeitig nahm die Gewalt im Land wieder zu, hunderte von Friedensaktivist:innen wurden ermordet. Anders als es der etablierte institutionell-liberale Peacebuilding-Ansatz voraussetzt, hatte die neue Regierung also wenig bis kein Interesse an der Friedenskonsolidierung „top down“. Die Frustration in der Bevölkerung entlud sich schließlich in den größten

Gedenken an die Opfer des Bürgerkriegs.
Eine Frau steht in Bogotá zwischen Kartons,
die Särge symbolisieren.
Foto: © AP Photo/Fernando Vergara,
alle Rechte vorbehalten.



Massenprotesten, die Kolumbien seit den 1970er-Jahren gesehen hatte.

Trotzdem entwickelte sich zwischen 2016 und 2022 eine neue Friedensbewegung im Land. So arbeitete eine noch vor Iván Duque eingesetzte Wahrheitskommission im Schatten des schleppenden Friedensprozesses an der Untersuchung des brutalen internen Konflikts in Kolumbien. Ihr Ziel war es, die Ursachen, Verläufe und Folgen des Konflikts, insbesondere die Menschenrechtsverbrechen der bewaffneten Gruppen und des kolumbianischen Militärs, in mehr als 14.000 Einzel- und Gruppeninterviews zu dokumentieren und so eine gesellschaftliche Basis für Versöhnung zu schaffen. Außerdem konnte die Kommission an eine in Kolumbien seit Jahrzehnten wachsende Struktur von lokalen und regionalen Friedensinitiativen anknüpfen, die sich nun gemeinsam mit der Kommission für Programme zur Förderung der Versöhnung und des Dialogs zwischen den ehemaligen Konfliktparteien einsetzten.

Zusammen haben sie öffentliche Foren für Dialog und Partizipation im städtischen und ländlichen Raum angestoßen und so eine von der

„Vertreter:innen der Wahrheitskommission ermutigten dazu, im Dialog und Zuhören zu einer Kultur der convivencia – des friedlichen Zusammenlebens – beizutragen“

Regierung unabhängige Friedensbewegung angestoßen. In diesen Foren fanden Menschen unterschiedlichster Altersgruppen und Gesinnung Raum für Ausdruck, Zuhören und Aufarbeitung: Ehemalige Guerrillakämpfer:innen und Opfer, die gemeinsam Kulturräume schaffen und bespielen; junge Musiker:innen, die ihre Konflikterfahrungen thematisieren und nationales Vergeben fordern; Künstler:innen, die Wände mit dem Schmerz der letzten fünf Jahrzehnte, aber auch der Hoffnung auf einen Neubeginn bemalen; und Vertreter:innen der Wahrheitskommission, die dazu ermutigten, im Dialog und Zuhören zu einer Kultur der „convivencia“ – des friedlichen Zusammenlebens – beizutragen.

Die Wahrheitskommission regte die Einrichtung von 28 „Casas de la Verdad“ (Wahrheitshäusern) als Teil einer Strategie zur Förderung des Vertrauens im ganzen Land an. Diese Häuser dienen nicht nur als Räume für die Zeugenaussagen von Opfern und Tätern, sondern auch als soziale Zentren, die lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen Diskussionsräume bieten, damit sie selbst zur Dokumentation und einem besseren Verständnis des bewaffneten Konflikts beitragen können. In den Wahrheitshäusern und in ihrem Umfeld soll persönlicher Austausch stattfinden, aber auch dokumentarische und künstlerische Ausstellungen und digitale Präsentationen.

Der Weg zum Frieden in Kolumbien bleibt voller Hindernisse. Doch die Wahrheitskommission hat eine lokale Friedensinfrastruktur angeregt. Durch die Betonung der Graswurzelebene, also den Aufbau eines breiten Netzwerks an Initiativen und die Integration und Ermächtigung von Menschen, die sich beteiligen wollen, wurde eine neue transformative Kraft im Land etabliert. Genau diese lokale Infrastruktur unzähliger Initiativen und Zusammenschlüsse für den Frieden leistete einen wichtigen Beitrag dazu, dass Kolumbien 2022 zum ersten Mal in der Geschichte des Landes einen linken Präsidenten wählte: Gustavo Petro kandidierte mit dem Programm, den langsamen Friedensprozess zu beschleunigen und auf sämtliche noch aktive bewaffnete Gruppen auszuweiten.

Ob dieser Prozess des „paz total“ (totaler Frieden), wie Petro sein Ziel nennt, Erfolg haben wird, ist noch nicht klar. In jedem Fall aber ist zu beobachten, dass die Friedensbewegung in Kolumbien eine neue Art von Peacebuilding

„Hier hat sich eine Bewegung formiert, die dezentral in vielen kleinen zwischenmenschlichen Gesten Versöhnung und Dialog pflegt“

gestaltet. Zwar ist die Demokratisierung von Friedensprozessen schon lange eine Forderung von Friedensaktivist:innen auch innerhalb des institutionell-liberalen Feldes. Doch in Kolumbien bedeutet das eine deutlich klarere und

sichtbarere Hinwendung zur Handlungsmacht kreativer und diverser Graswurzelbewegungen. Anstatt kurzfristiger und nach unten gerichteter Ansätze für komplexe soziale und politische Konfliktlinien hat sich hier eine Bewegung formiert, die dezentral in vielen kleinen zwischenmenschlichen Gesten Versöhnung und Dialog pflegt und Friedenskonsolidierung als langfristige Aufgabe versteht.

Freilich zeigen sich in Kolumbien auch die Grenzen eines solchen Friedensprozesses. Da sich die Bewegung aus verschiedensten Initiativen und Interessengruppen zusammensetzt, werden hier die gleichen Spaltungen und Polarisierungen sichtbar, die auch den Konflikt selbst kennzeichnen. Darüber hinaus haben sich zunehmend heterogene Akteur:innen unter dem Schirm der Friedensbewegung versammelt, die nicht mehr nur für ein Ende der Gewalt eintreten, sondern für eine Vielzahl weiterer Ziele. Dazu gehört der Ausbau lokaler Infrastruktur, die Unterstützung der Opfer des bewaffneten Konflikts, Umweltschutz, die Schaffung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten und das Ende der militärischen Bekämpfung des illegalen Drogenanbaus. Die Breite

dieses Bündnisses hat zweifellos eine bisher ungesehene Mobilisierung für den Frieden ermöglicht. Doch in diesem Kontext wird der Friedensbegriff sehr weit gedeutet, was es verschiedensten Akteur:innen erlaubt, ihre Interessen zu verfolgen. Und letztlich haben die Erfahrungen der Friedensbewegung während der Präsidentschaft von Iván Duque auch gezeigt, dass selbst eine breit aufgestellte Graswurzelbewegung für den Frieden auf lange Sicht den Dialog und die Kooperation mit staatlichen Institutionen braucht, um lokale Erfolge in nationale Politik zu integrieren.

Aber so schwierig diese Aushandlungen auch sind – die kolumbianische Friedensbewegung hat eine Alternative zum institutionell-liberalen Peacebuilding aufgezeigt: eine Bewegung für den Frieden, die Raum für Dialog und Versöhnung eröffnet und in der die Zivilgesellschaft in unzähligen lokalen Initiativen maßgeblich mitbestimmt. Obwohl auch diese Prozesse nicht frei von gesellschaftlichen Konfliktlinien sind, haben sich so im ganzen Land eine politische Kraft und eine Infrastruktur für den Frieden entwickelt, mit denen man rechnen muss. ●

Literatur

Autesserre, Severine: *Peaceland: Conflict Resolution and the Everyday Politics of International Intervention*. New York: Cambridge University Press 2014.

Gómez-Suárez, Andrei: „Present-Oriented Reconciliation and Reparative Futures in the Making – The Case of Rodeemos El Diálogo in Colombia“. In: *Futures*, 2023, Jg. 154. DOI: 10.1016/j.futures.2023.103273.

Jaramillo Marín, Jefferson/et al.: *Participating in Peace: Violence, Development and Dialogue in Colombia*. Bristol: Bristol University Press 2023.

Lederach, Angela Jill: *Feel the Grass Grow: Ecologies of Slow Peace in Colombia*. Stanford: Stanford University Press 2023.

Ortiz-Ayala, Alejandra: „War Mentalities: Disarming State Soldiers' Hearts and Minds in Post-Agreement Colombia“. In: *Civil War Paths*, 2023. <https://www.civilwarpaths.org/war-mentalities/> (Stand 08.05.2024).

Vélez-Torres, Irene/Gough, Katherine/Larrea-Mejía, James/Piccolino, Giulia/Ruette-Orihuela, Krisna: „Fests of Vests': The Politics of Participation in Neoliberal Peacebuilding in Colombia“. In: *Antipode*, 2022, Jg. 54, H. 2, S. 586–607. DOI: 10.1111/anti.12785.

Vermeintlich unpolitisch

Streiks in China folgen anderen Regeln als in nördlichen Industrieländern

Ein Jahr hat Yuequan Guo in Industriebetrieben zweier Provinzen im Osten Chinas verbracht, um zu verstehen, wie Streiks unter den strengen Augen von Geschäftsführung und Regierung funktionieren. Die Formen sind andere als in den gut erforschten Industrieländern des Globalen Nordens, es unterscheiden sich Forderungen und Ergebnisse. Es wäre aber voreilig anzunehmen, Streiks schwacher Organisationen im starken Staat seien unpolitisch.

Yuequan Guo

Im Mai 2018 traf ich gerade zu einem Forschungsaufenthalt in der chinesischen Industriegegend Guangdong ein, als dort die Arbeiterinnen und Arbeiter eines Autozulieferers streikten. Sie wollten eine Petition an die lokale Regierung richten, und Sicherheitskräfte durchsuchten Busse, um sie zu stoppen. Die Regierung in China ist autoritär, und so denken viele, dass es in dem Land nur wenige Streiks gibt. Tatsächlich sind Streiks in China jedoch an der Tagesordnung: Zwischen 2010 und Mitte 2017 kam es zu mindestens 136.330 kollektiven Aktionen, von denen stattliche 29 Prozent auf nicht gezahlte Löhne zurückzuführen waren. Zwischen 2018 und 2019 dokumentierte die Hongkonger Gewerkschaftsorganisation „China Labour Bulletin“ 3.089 Streiks. Die tatsächliche Zahl dürfte allerdings mindestens um ein Zehnfaches höher liegen.

Wissenschaftler*innen, die sich mit Streiks in Industrieländern befassen, konzentrieren sich auf die wirtschaftlichen Bedingungen, organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschaften und den rechtlichen Rahmen der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit. Sie argumentieren meistens, dass die Arbeitsmärkte

die Grundlage für Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bilden und dass diese Verhandlungen durch die Macht der Gewerkschaften und das Arbeitsrecht beeinflusst werden. Diese Sichtweise gilt jedoch weniger für China, wo die Ursachen und die Formen von Streiks ganz anders sind als in den häufig untersuchten Fällen in Europa, Lateinamerika oder den Vereinigten Staaten. Ich wollte die Streiks in China verstehen und verbrachte dafür über ein Jahr in Gewerkschaftsgruppen und in Werkshallen in den chinesischen Provinzen Guangdong und Jiangxi. Jetzt kann ich die wichtigsten Merkmale von Arbeiterstreiks in China beschreiben, die sie von Streiks in anderen Ländern unterscheiden: Es geht darum, wer streikt, warum gestreikt wird, welche Organisationen und Gruppen beteiligt sind und welche Rolle die Regierung spielt.

Arbeiterstreiks im heutigen China haben ihren Ursprung in der Regel nicht in der organisierten Arbeiterschaft, sondern bei Wanderarbeiterinnen und -arbeitern, die vom Land in die Stadt ziehen. Die Unterscheidung zwischen Stadt und Land hat ihre Wurzeln in dem Sys-

tem der Registrierung von Haushalten, „Hukou“. Dieses System führte die chinesische Regierung in den 1950er-Jahren ein, um die Bevölkerungsbewegungen zu kontrollieren und um Ressourcen vom Land in die Stadt zu leiten. Hukou verlangte von jeder Person, sich an einem Wohnort zu registrieren, und unterschied zwischen landwirtschaftlichen und nicht landwirtschaftlichen Kontexten. Personen mit nicht landwirtschaftlichem Hukou hatten in der Zeit der Planwirtschaft Anspruch auf mehr Waren und Dienstleistungen. Als die Regierung in den 1980er-Jahren die Hukou-Regelung lockerte, wanderten viele Menschen vom Land in die Städte ab. Im Jahr 2019 erreichte die Zahl der Wanderarbeiter*innen 291 Millionen, was etwa einem Fünftel der chinesischen Bevölkerung entspricht.

Obwohl die Hukou-Kontrolle etwas gelockert wurde, ist sie nach wie vor streng. Bis zur Jahrtausendwende mussten Wanderarbeiter innerhalb von drei Tagen nach ihrer Ankunft in der Gaststadt eine befristete Aufenthaltsgenehmigung bei der chinesischen Behörde für öffentliche Sicherheit beantragen. Diese Regelung wurde in den 2000er-Jahren gelockert, aber Wanderarbeiter*innen benötigten weiterhin eine Genehmigung, um an der

„Der Gewerkschaftsbund hat mit seiner doppelten Identität als Regierungsbehörde und als Arbeitnehmerorganisation zu kämpfen“

staatlichen Sozialversicherung teilzuhaben oder ihre Kinder in die Schule zu schicken. Selbst wenn die Wanderarbeiter die Vorschriften erfüllten, mussten sie mit langen Arbeitszeiten, schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen und arbeitsrechtlichen Missständen wie verspäteten Zahlungen und nachlässigen Sicherheitsmaßnahmen zu-recht kommen. Das hat Wanderarbeiter wiederholt zu Streiks motiviert. Ihre Beschwerden beziehen sich zwar wie anderswo auch auf Praktiken der Unternehmen und Zustände auf dem Arbeitsmarkt, sie sind aber auch inhärent politisch. Letztlich geht es um die Zwänge, die eine autoritäre Regierung mit er-



Yuequan Guo ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit. Er untersucht kollektives Handeln und staatliche Repression in Autokratien.
yuequan.guo@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

drückender Machtfülle der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit auferlegt.

Wanderarbeiter*innen haben sich um Macht und um Vertretung durch Gewerkschaften bemüht – oft ohne Erfolg. Der Gesamtchinesische Gewerkschaftsbund (GCCGB) vertritt offiziell die Arbeitnehmer*innen in China. Aufgrund seines offiziellen Status verfügt er über große Mobilisierungsressourcen. Allerdings hat der GCCGB mit seiner doppelten Identität als Regierungsbehörde und als Arbeitnehmerorganisation zu kämpfen. Zwar kann er für eine arbeitnehmerfreundliche Gesetzgebung eintreten, aber oft nimmt er gegenüber einer Vertretung der Basis von unten eine reaktionäre Haltung ein.

Aus diesem Grund wenden sich Wanderarbeiter in China oft an nicht offizielle Gewerkschaftsgruppen, um Hilfe zu erhalten. Viele dieser Gruppen haben sich auf die Betreuung von Wanderarbeitern und ihrer Kinder oder die Unterstützung einzelner Arbeiter bei Rechtsfällen spezialisiert. Einige wenige Gruppen konzentrieren sich auf die Mobilisierung der Arbeiter und das Eintreten für ihre kollektiven Rechte. Trotz ihrer begrenzten Kapazitäten haben diese Gruppen die öffentliche Aufmerksamkeit erfolgreich auf Arbeitsfragen gelenkt. Sie ziehen jedoch auch das Augenmerk der Arbeitgeber und der Regierung auf sich; in den späten 2010er-Jahren gab es etliche Razzien. Wir sehen also eine Aufspaltung: Die eine Arbeitnehmervertretung ist stärker institutionalisiert, aber auch eher durch Regierungsnähe kompromittiert, die

andere ist weniger institutionalisiert, dafür aber stärker Repressionen ausgesetzt.

Auf der ganzen Welt greifen Regierungen gelegentlich in Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein, die chinesische Regierung jedoch ist immer beteiligt, wenn es solche Konflikte gibt. In China wurde 1994 ein Arbeitsgesetz verabschiedet, mit Novellen 2009

„Die Arbeitsgesetze setzen hohe Standards für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber sie regeln die Umsetzung nur mangelhaft“

und 2018. Dieses Gesetz setzte hohe Standards für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber es regelte die Umsetzung nur mangelhaft. Ab 2007 wurden in China jedoch, teilweise als Reaktion auf die Zunahme von Streiks, eine Reihe wichtiger neuer Arbeitsgesetze verabschiedet und ihre Umsetzung verstärkt.

Diese Gesetze führten nicht nur zu einem sprunghaften Anstieg an Rechtsfällen, sondern boten Wanderarbeitern und Aktivistinnen auch politische Möglichkeiten. Wanderarbeiter nutzten rechtliche Wege, um ihre Rechte und ihre Interessen zu verteidigen, Aktivisten wiederum halfen dabei, Rechtskenntnisse zu fördern. In den wenigen Jahren nach der Verabschiedung dieser Gesetze war zu beobachten, dass die Verhandlungsmacht der Arbeiter*innen tatsächlich gestärkt wurde.

Dieser Trend erwies sich jedoch als kurzlebig, die politische Öffnung wurde in den späten 2010er-Jahren schnell wieder aufgehoben. Die Regierung schränkte kollektive Ansprüche in Gerichtsverfahren ein, sie gab der Schlichtung den Vorzug vor juristischen Verfahren, sie kriminalisierte die Organisation kollektiver Aktionen und bestrafte – manchmal in Absprache mit Unternehmen – diejenigen, die gegen die Beschränkungen verstießen. Diese Entwicklung zeigt, dass die Arbeitsgesetze in China, anders als in vielen anderen Ländern, eher dazu da sind, die Arbeitnehmer zu reglementieren als sie zu stärken.

Es gibt in China also eine besondere Konstellation: einen starken Staat, eine schwache Arbeitnehmervertretung und ziemlich eingeschränkte Arbeitnehmerrechte. Streiks weisen dort folglich einige besondere Merkmale auf. Erstens kommt es häufig zu Streiks, weil die Arbeitgeber ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommen oder die Regierung sich weigert, die Arbeitsgesetze durchzusetzen. Das ist in anderen Ländern anders, wo die Arbeitnehmer Druck auf die Arbeitgeber oder die Regierung ausüben, um Rechte und Interessen durchzusetzen, die über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen. Als beispielsweise die Arbeiter bei Yue Yuen, einer riesigen Schuhfabrik, feststellten, dass das Unternehmen keine ausreichende Sozialversicherung für sie abschloss, obwohl das Gesetz dies vorschreibt, versammelten sie sich in ihrer Fabrik. Das führte zu einer Massenmobilisierung von über 40.000 Menschen, die internationale Aufmerksamkeit auf sich zog.

Zweitens: Anders als in Ländern mit einer starken organisierten Arbeitnehmerschaft finden Streiks in China oft statt, bevor Arbeitnehmer und Arbeitgeber versuchen zu verhandeln. Diese ungewöhnliche Abfolge hat ihre Wurzeln in den oberflächlichen Tarifverhandlungsklauseln des chinesischen Arbeitsrechts und der schwachen Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmerorganisationen. Das macht die Beziehung zwischen Arbeit und Kapital weniger vorher-

„Streiks finden in China oft statt, bevor Arbeitnehmer und Arbeitgeber versuchen zu verhandeln“

sehbar, da Streiks aufgrund der Initiative einiger weniger Arbeiter oder der Stimmung in der Menge ausbrechen können. Außerdem stehen lokale Regierungen bei einem Streik unter hohem Druck, ihn zu beenden und die Ordnung wiederherzustellen. Für die politisch Verantwortlichen ist es in der Situation leichter, mit den Arbeitgebern zu verhandeln und bei den streikenden Arbeitnehmer*innen auf Kompromisse zu drängen.

Drittens nehmen Streiks in China ganz andere Formen an als in anderen Ländern. In Europa, den Vereinigten Staaten oder Lateinamerika

sieht man ein bekanntes Repertoire: Sitzstreiks, Streikposten, Märsche, Kundgebungen und Reden. In China müssen Streikende kreativ sein, da die Regierung Standardtaktiken als Provokation empfinden kann. Arbeitnehmer richten also beispielsweise eine Petition an die

„In China müssen Streikende kreativ sein, da die Regierung Standardtaktiken als Provokation empfinden kann“

örtliche Regierung, damit diese die Arbeitgeber anweist, sie pünktlich zu bezahlen. Sie tragen Transparente mit Slogans zur Unterstützung der Kommunistischen Partei Chinas oder sogar Porträts des Vorsitzenden Mao, um zu signalisieren, dass sie nur gegen ihre Arbeitgeber streiken. Manchmal greifen die Beschäftigten zu extremen Maßnahmen: Sie blockieren Hauptstraßen oder drohen, von Gebäuden zu springen, um die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Medien auf sich zu ziehen. Diese unüblichen Taktiken können den Arbeitnehmern bei der Durchsetzung ihrer Forderungen helfen, ziehen aber die Regierung direkt in ihre Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern hinein. Das kann Regierungsbeamte dazu veranlassen, mit den Arbeitgebern zu sympathisieren.

Viertens enden Streiks in China oft mit finanziellen Abfindungen und nicht mit rechtlichen oder institutionellen Änderungen. Die begrenzte rechtliche und organisatorische Un-

terstützung macht es für die Arbeitnehmer schwieriger, unabhängige Gewerkschaften oder andere Arbeitsrechte zu fordern. Streiks sind mit Einkommensverlusten verbunden – so wollen Streikende Streitigkeiten mit den Arbeitgebern schnell beilegen, auch wenn sie dafür Kompromisse eingehen müssen. Auch die Arbeitgeber halten sich gern aus Rechtsfragen heraus, die langfristige Folgen für ihr Unternehmen haben können, und konzentrieren sich auf einmalige Verhandlungen über finanzielle Fragen. Auch die Regierung zieht es vor, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber über Geld verhandeln und nicht über Rechte – das könnte schließlich die soziale Stabilität gefährden. So wirken Streiks in China oft eher unpolitisch.

Diese eher untypischen Merkmale machen Streiks im modernen China zu einem lohnenden Forschungsfeld für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit Streiks, Protesten oder sozialen Bewegungen im Allgemeinen befassen. Die schwachen, aber allgegenwärtigen Streiks im heutigen China sind wenig erforscht, bieten eine einzigartige Gelegenheit zu untersuchen, wie kollektives Handeln mit begrenzter organisatorischer Unterstützung in einem repressiven Umfeld stattfinden kann und wie die Sprache der Regierung genutzt wird, um der Regierung zu widerstehen. Theorien, die in einem Kontext wie Europa entwickelt wurden, sind aufschlussreich, aber es braucht neue Theorien, um die besonderen Merkmale in China und anderen autoritär regierten Ländern zu beschreiben. Ein besseres Verständnis von Arbeiterstreiks im Globalen Süden kann neue Perspektiven für die theoretische und praktische Arbeit zu kollektiven Aktionen aufzeigen. ●

Scheitern, Schulden, Stigma

Warum westafrikanische Migrant*innen nicht einfach zurückkehren, wenn der wirtschaftliche Erfolg ausbleibt

In Europa nimmt die Zahl der Programme zu, die Geflüchtete zu einer freiwilligen Rückkehr in ihre Herkunftsländer bewegen sollen. Die eigene Entscheidung gilt als die humanere Alternative zur Abschiebung. Doch wie frei sind solche Entscheidungen? Aus welchen Gründen geben Menschen ihr Migrationsprojekt auf – und warum wollen viele im Zielland bleiben, auch wenn ihre wirtschaftliche oder rechtliche Situation prekär ist? Julia Stier und Judith Altrogge haben Migrant*innen und Expert*innen aus Senegal und Gambia befragt.

Julia Stier und Judith Altrogge

Der Wunsch zur Rückkehr ins Herkunftsland ist für viele Migrantinnen und Migranten Teil ihres Auswanderungsprojekts. Migrationswünsche umfassen oft die Hoffnung, die Lebensumstände im Herkunftsland verbessern zu können – zum Beispiel, indem die eigene finanzielle Situation oder die von Familienangehörigen besser wird. Studierende erhoffen sich durch ein Studium im Ausland bessere Chancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt. Viele Migrant*innen überweisen regelmäßig Geld ins Herkunftsland, egal ob sie in anderen afrikanischen Ländern oder in Europa oder den USA leben. Diese Rücküberweisungen werden jedoch nicht nur für die alltäglichen Bedarfe von Familienangehörigen verwendet. Viele Migrant*innen planen längerfristige Investitionen wie den Bau eines Hauses oder die Gründung eines Unternehmens. Solche Überweisungen werden also getätigt, um eine potenzielle

Rückkehr nach einer Phase der Migration vorzubereiten.

Im europäischen Kontext wurden in den letzten Jahren verstärkt Programme zur freiwilligen Rückkehr, sogenannte AVRR-Programme (Assisted Voluntary Return and Reintegration), mit dem Ziel gefördert, die Rückkehrzahlen unter jenen Migrant*innen zu erhöhen, denen keine längerfristige Bleibeperspektive im Ankunftsland gegeben werden soll, allen voran abgelehnten Asylbewerber*innen. Solche Programme unterstützen Rückkehrer*innen je nach Bedarf organisatorisch, finanziell oder durch vorbereitende Qualifizierungsmaßnahmen. Sie sollen so die Möglichkeit erhalten, ihre Rückkehrziele zu einem gewissen Grad verfolgen zu können – anders, als das bei einer Abschiebung der Fall wäre.

In unserer Forschung im Rahmen des TRANSMIT-Projektes („Transnational Perspectives on Migration and Integration“) haben wir uns mit den Rückkehrwünschen von senegalesischen und gambischen Migrant*innen in Italien und Deutschland auseinandergesetzt und sie mit Erfahrungen von Rückkehrer*innen in ihren Herkunftsländern in Beziehung gesetzt. Hierfür haben wir über 65 Interviews mit Migrant*innen in Deutschland und Italien geführt sowie über 100 Interviews mit Rückkehrer*innen und den Familienmitgliedern und Freund*innen von Migrant*innen in Senegal und Gambia. Ein Großteil der interviewten Rückkehrer*innen war männlich, daher spiegeln die Aussagen eine vornehmlich männliche Perspektive wider. Zusätzlich haben wir circa 50 Interviews mit Expert*innen aus internationalen und lokalen Organisationen, Mitarbeiter*innen in Rückkehrprogrammen sowie Regierungsvertreter*innen in Deutschland, Gambia und Senegal geführt. Obwohl die meisten unserer migrantischen Interviewpartner*innen einen generellen Rückkehrwunsch hegen, schieben viele von ihnen die Rückkehr in die fernere Zukunft. Wir sehen auch, dass viele sich gegen die Rückkehr mit einem AVR-Programm entscheiden – aus vielfältigen Gründen.

Ein wichtiger Grund, sich gegen eine Rückkehr zu entscheiden oder die Rückkehr aufzuschieben, ist, dass die Migrationsziele nicht erreicht wurden. Wenn das Migrationsprojekt auf dem Wunsch der Verbesserung der Lebensumstände

„Migrant*innen planen ihre Rückkehr erst, wenn sie selbst ähnlich erfolgreich sind wie ihre Vorbilder“

der Familie aufbaut, wird die Rückkehr ins Herkunftsland auf den Zeitpunkt verschoben, an dem dieses Ziel erreicht ist. Dies wird verstärkt durch Vorbilder ökonomisch erfolgreicher Rückkehrer*innen. Diese Bilder sind in Senegal und Gambia präsent. Für Migrant*innen entsteht so der soziale Druck, es diesen Rückkehrern gleichzutun. Rückkehrer*innen, die diesem Bild des Erfolgs nicht entsprechen, werden häufig im Herkunftsland stigmatisiert. Folglich planen Migrant*innen ihre eigene Rückkehr erst, wenn sie selbst ähnlich erfolgreich sind.



Julia Stier ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Ihre Forschungsinteressen umfassen Migrationswünsche, Migrationsvorstellungen und die Rolle neuer Kommunikationstechnologien für Migrationsentscheidungen. julia.stier@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Für Migrant*innen, die über irreguläre Routen unter lebensbedrohlichen Umständen, beispielsweise durch die Sahara und über das Mittelmeer, nach Europa gelangt sind, spielen auch die eingegangenen Risiken und erbrachten Opfer auf der Route eine wichtige Rolle bei der Entscheidung gegen eine Rückkehr. Der Weg nach Europa war für sie so schwierig, dass die Rückkehr mit einem Rückkehrprogramm, auch nach einem abgelehnten Asylantrag, einem Aufgeben gleichkäme. Eine Rückkehr mit leeren Händen führt häufig zu Stigmatisierung, selbst im engsten Familienkreis. Immerhin haben sich oft Familienmitglieder an der Finanzierung der irregulären Migration beteiligt. In manchen Fällen nehmen sie hierfür sogar Schulden auf, in der Annahme, dass diese Schulden durch die Rücküberweisungen der Migrant*in abbezahlt werden. In anderen Fällen verkaufen Migrant*innen ohne vorheriges Wissen und Zustimmung ihrer Familie Besitztümer, in der Hoffnung, diese später ersetzen zu können. In wieder anderen Fällen müssen Familien Migrant*innen aus libyschen Gefängnissen freikaufen, um nicht nur ihre Weiterreise, sondern ihr Leben zu sichern. Wenn Migrant*innen zurückkommen, ohne derlei Schulden abbezahlt zu haben, sind die Frustration und Enttäuschung bei ihren Angehörigen groß, weil die Migration die finanzielle Lage der Familie sogar noch verschlechtert hat.

Doch selbst finanziell erfolgreiche Migrant*innen in Europa schieben ihre Rückkehr häufig

in die ferne Zukunft; sie wird damit quasi zu einem Mythos. Im Laufe der Zeit bauen sich Migrant*innen ihr Leben im Zielland auf und wollen dies nicht wieder aufgeben. Häufig können Migrant*innen aber auch nicht so gut wie

„Im Laufe der Zeit bauen sich Migrant*innen ihr Leben im Zielland auf und wollen dies nicht wieder aufgeben“

erwartet Geld verdienen, um geplante Investitionen im Herkunftsland ausreichend vorzubereiten oder zu realisieren. Zusätzlich können Familienangehörige von den Rücküberweisungen abhängig sein, und wegen der Kaufkraftunterschiede können die Summen nicht einfach durch ein erfolgreiches Geschäft im Herkunftsland ersetzt werden. Eine Rückkehr würde daher eine Verschlechterung des Lebensstandards der Familie bedeuten.

In unseren qualitativen Daten finden wir Hinweise dafür, dass ein prekärer Aufenthaltsstatus eine Rückkehr ins Herkunftsland noch unattraktiver macht. Viele Migrant*innen möchten sich bei einer eventuellen Rückkehr die Möglichkeit der Mobilität offenhalten. Hierfür benötigen sie einen längerfristigen Aufenthaltstitel oder die Staatsbürgerschaft des Ziellandes, mit dem sie sich bei Bedarf zwischen Herkunfts- und ehemaligem Zielland frei bewegen könnten. Zirkuläre Migration, bei der zwischen Aufhalten im Herkunfts- und Zielland abgewechselt wird, hat für Migrant*innen den Vorteil, dass sie ihre sozialen Netzwerke sowohl im Herkunfts- als auch im Zielland aufrechterhalten können und die häufig höheren Löhne im Ausland die Phasen im Herkunftsland mitfinanzieren können.

Menschen, die zurückkehren, ohne ihr Migrationsziel erreicht zu haben, tun dies oft aufgrund von Heimweh. Dies kann noch stärker werden, wenn eine fehlende Arbeitserlaubnis im Zielland ein Gefühl von Stagnation bewirkt. Durch eine Zustimmung zur freiwilligen Rückkehr, die ihnen in Beratungsangeboten erklärt und oft nahegelegt wird, glauben sie, ihren Handlungsspielraum wieder zu vergrößern. In solchen Fällen ist die Zufriedenheit mit der Entscheidung nach der Rückkehr in der Regel zunächst groß.

Die Rückkehrer*innen sind motiviert, die gefassten Reintegrationspläne umzusetzen. In den meisten Fällen stellt sich jedoch mit der Zeit heraus, dass der Aufbau einer beruflichen Perspektive im Herkunftsland sehr schwierig ist. Die Ausgaben für eigene Lebenshaltungskosten, die finanzielle Verantwortung für Familienmitglieder sowie die nötigen Investitionen und Fähigkeiten, um beruflich erfolgreich zu werden, wurden unterschätzt, sodass sich die Rückkehr längerfristig oft als extrem herausfordernd erweist und häufig bereut wird.

Damit ist eine gesellschaftliche Stigmatisierung verbunden, die die Reintegration von Rückkehrer*innen zusätzlich erschwert. Wenn Migrant*innen nicht in der Lage waren, den an ihre Migration geknüpften Erwartungen gerecht zu werden, werden sie häufig als „Versager“ betrachtet. Um eine solche Stigmatisierung zu umgehen, thematisieren Migrant*innen die konkreten Bedingungen ihrer Rückkehr oft gar nicht erst. In manchen Fällen kehren sie nicht in ihre Herkunftsorte zurück, sondern beginnen ein neues Leben in größeren Städten, in denen niemand von ihren erfolglosen Migrationserfahrungen weiß. Im Falle einer Rückkehr im Rahmen eines AVRR-Programms kann im sozialen Umfeld zumindest kurzfristig der Eindruck finanziellen Erfolgs geweckt werden, da die Rückkehrenden oft ein Startgeld erhalten. Wenn mit der Zeit deutlich wird, wie begrenzt die Mittel waren, wächst jedoch die Enttäuschung der Angehörigen. Viele wollen nicht erklären, dass sie einer Rückkehr selbst zugestimmt haben, da sie befürchten, für ihr eigenes Zutun besonders verurteilt zu werden. Lieber nehmen sie in Kauf, als abgeschoben zu gelten – auch wenn eine Abschiebung ebenfalls mit Stigmata belegt ist, können Abgeschobene doch weniger stark für ihre Rückkehr verantwortlich gemacht werden.

Abgeschoben zu werden, bedeutet für Migrant*innen, abrupt ihrer Investitionen, Träume und Perspektiven beraubt zu werden. Besonders nach einer irregulären Migration, die mit immensen Risiken einherging, haben viele Rückkehrer*innen das Gefühl, dass ihre Opfer umsonst waren. Entsprechend gedemütigt und orientierungslos starten sie nach der Abschiebung in den folgenden Lebensabschnitt. Oft spenden Freunde und Familie vor allem zu Anfang Trost und auch materielle Unterstützung, da Abgeschobene in der Regel absolut mittellos sind. Zum Bild des „Versagers“ kommen im Fal-

le einer Abschiebung weitere Vorurteile hinzu: Oft wird angenommen, die Betroffenen seien – vor oder nach der Abschiebung – kriminell geworden, oder es werden psychische Probleme vermutet.

Trotzdem können Abgeschobene es schaffen, sich in der neuen Realität zurechtzufinden und ihre Perspektivlosigkeit zu überwinden – manchmal langsam, manchmal notwendigerweise schneller aufgrund hoher materieller Not und der Notwendigkeit sich zu versorgen. Trotzdem sind Lethargie und soziale Isolation für viele Abgeschobene Teil des neuen Alltags. Viele haben einen starken Drang, erneut das Land zu verlassen. Es fällt ihnen leichter, ihrem Alltag zu begegnen, wenn sie an einer potenziellen Migration festhalten, auch wenn sie diese nicht immer umsetzen (können) und der Migrationswunsch mit der Zeit an Wichtigkeit verliert.

Es gibt aber auch Fälle, in denen die Rückkehr eine positive Erfahrung ist. Migrant*innen, die für ein Studium ins Ausland gegangen sind, profitieren nach ihrer Migration von einem höheren sozialen Ansehen. Ihre Weiterqualifizierung findet oft Anerkennung auf dem heimischen Arbeitsmarkt. Ältere Migrant*innen kehren nach dem Renteneintritt zurück und können ohne den Erwartungsdruck zukünftiger Erwerbstätigkeit ihren Ruhestand im Kreise der Familie verbringen. Positive Erfahrungen bei der Rückkehr sind sehr viel wahrscheinlicher, wenn ein bescheidenes wirtschaftliches Vorankommen nach der Rückkehr auf Verständnis im sozialen Umfeld trifft. Hier spielt auch eine Rolle, ob Wohnraum durch andere Familienmitglieder zur Verfügung ge-



Judith Altrogge ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Migrationspolitik, Irregularität von Migrant*innen und Rückkehrprozesse zwischen Deutschland, Europa und Westafrika. judith.altrogge@uni-osnabrueck.de

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

stellt wird, ob eigene Ehepartner*innen und Kinder versorgt werden müssen oder ob andere Familienmitglieder die finanzielle Hauptverantwortung für den Unterhalt der Großfamilie tragen können. Das Wohlbefinden ist also davon geprägt, wie sehr die wirtschaftliche Prekarität der Rückkehrer*innen für die schlechte wirtschaftliche Lage eines größeren Personenkreises verantwortlich ist. Denn insbesondere wegen dieser Verantwortung wird eine Rückkehr ohne Erfüllung des Migrationsziels gemeinhin als schwach, egoistisch oder sogar dumm angesehen, da die Chance auf eine bessere finanzielle Zukunft für die gesamte Familie verspielt wurde.

Literatur

Altrogge, Judith: „Income Prospect Trajectories after State-Induced Return from Germany to the Gambia: Assisted Voluntary Return and Reintegration as ‚Slow Deportation‘“. In: sozialpolitik.ch, 2023, H. 2, S. 1-25. DOI: 10.18753/2297-8224-4477.

Sinatti, Giulia: „Return Migration as a Win-Win-Win Scenario? Visions of Return Among Senegalese Migrants, the State of Origin and Receiving Countries“. In: Ethnic and Racial Studies, 2015, Jg. 38, H. 2, S. 275-291. DOI: 10.1080/01419870.2013.868016.

Strijbosch, Karlien/Mazzucato, Valentina/Brunotte, Ulrike: „Performing Return: Victims, Criminals or Heroes? Senegalese Male Returnees Engaging with the Stigma of Deportation“. In: Gender, Place & Culture, 2023, S. 1-21. DOI: 10.1080/0966369X.2023.2229056.

Nicht einfach naiv

Gründe und Hintergründe des Menschenhandels in Nigeria

Die Risiken sind hoch, wenn Menschen ihre Arbeitskraft oder ihren Körper verkaufen, um als Gegenleistung in den reichen Norden auswandern zu können. Entscheiden sich Migrationswillige bewusst für diesen Deal oder werden sie mit falschen Versprechungen gelockt? Eine Umfrage im nigerianischen Bundesstaat Edo bringt eindeutige Ergebnisse.

Tamara Bogatzki und Daniel Meierrieks

In der öffentlichen Wahrnehmung wird Menschenhandel oft mit internationaler Migration sowie mit Betrug und falschen Versprechungen in Verbindung gebracht. Medien berichten über Frauen, die zur Zwangsprostitution ins Ausland verbracht werden, oder von Männern, die sich in fremden Ländern auf Großbaustellen als Arbeitssklaven verdingen müssen. Sie betonen oft die Naivität der Betroffenen, die mit vermeintlich falschen Vorstellungen ins Verderben stolpern.

Doch so einfach ist es in der Realität nicht. Zwar geht Menschenhandel immer mit verbrecherischer Ausbeutung einher, doch es gibt auch Szenarien, in denen die Betroffenen sich wissentlich darauf einlassen. Es könnte also genauso sein, dass Personen einwilligen, ihre Arbeitskraft im Zielland zur Schuldentilgung als Gegenleistung für die von Menschenhändler*innen organisierte und finanzierte Ausreise einzusetzen. Sie gehen bewusst auf das Angebot jener „Dienstleistung“ ein, das die Menschenhändler*innen ihren „Kund*innen“ machen: internationale Migration im Austausch gegen Arbeit.

Entscheiden sich Menschen tatsächlich bewusst für den Menschenhandel, um in ein an-

deres Land auswandern zu können? Welche Umstände erklären eine solche Entscheidung? Um diese Fragen zu beantworten, haben wir im Rahmen des Projekts „Transnational Perspecti-

„Entscheiden sich Menschen tatsächlich bewusst für den Menschenhandel, um in ein anderes Land auswandern zu können?“

ves on Migration and Integration“ (TRANSMIT) in den Jahren 2021 und 2023 insgesamt rund 2.700 zufällig ausgewählte Nigerianer*innen in zwei Wellen befragt.

Nigeria erlebte nach seiner Unabhängigkeit im Jahr 1960 einen erheblichen Anstieg von Abwanderung ins Ausland. Ziele waren zunächst vor allem das Vereinigte Königreich als ehemalige Kolonialmacht und ab den späten 1970er- und 1980er-Jahren auch andere Staaten Westeuropas sowie die Vereinigten Staaten und die Golfstaaten. Durch die Verschärfung der europäischen Einwanderungsbestimmun-

gen ging die Migration nach Westeuropa zunehmend mit irregulärer Migration unter prekären Bedingungen einher.

Unsere Umfragen führten wir im nigerianischen Bundesstaat Edo durch. Insbesondere seine Hauptstadt Benin City ist ein wichtiger Knotenpunkt für internationale Migration und Menschenhandel in Nigeria. Wir befragten männliche und weibliche Personen ab 15 Jahren in der Stadt und auf dem Land zu ihren sozioökonomischen und demografischen Verhältnissen (zum Beispiel Einkommen, Bildungsstand und Personenstand), zu ihren Migrationsabsichten und zu ihren Einstellungen zum Menschenhandel.

Die Ergebnisse unserer Umfrage zeigen, dass Menschenhandel in Edo verbreitet ist. 24 Prozent der Befragten kennen jemanden, der oder

„24 Prozent der Befragten kennen jemanden, der oder die sich auf Menschenhandel eingelassen hat oder im Ausland in der Prostitution gearbeitet hat“

die sich auf Menschenhandel eingelassen hat oder im Ausland in der Prostitution gearbeitet hat, um die Familie in Nigeria zu unterstützen.



Daniel Meierrieks ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem im Bereich der Entwicklungsökonomik, der politischen Ökonomie des Terrorismus sowie Migrationsforschung.
daniel.meierrieks@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.



Tamara Bogatzki ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im TRANSMIT Projekt der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Die Ökonomin erforscht die Interaktion von soziokulturellen Faktoren und Migrationsentscheidungen.
tamara.bogatzki@wzb.eu

Foto: © WZB/Ralf Gutjahr, alle Rechte vorbehalten.

Zudem gibt es in Edo ein beachtliches Interesse daran, selbst durch Menschenhandel ins Ausland zu gelangen. Auf die direkte Frage, ob sie mit einem „Sponsor“ – dieser Begriff bezeichnet in Edo einen Menschenhändler – auswandern würden, auch wenn dies bedeuten könnte, dass sie ihre Schulden im Ausland durch Zwangsarbeit zurückzahlen müssten, gaben 24 Prozent der Befragten an, dass sie einem solchen Arrangement zustimmen würden. Dieses Arrangement bewerten Frauen und Männer jedoch unterschiedlich: Während 35 Prozent der Männer bereit sind, auf das Angebot von Menschenhändlern einzugehen, sind es bei den Frauen nur 13 Prozent.

Diese geschlechterspezifischen Unterschiede deuten darauf hin, dass sich die Befragten darüber im Klaren sind, was Zwangsarbeit im Ausland bedeuten kann. Während Männer damit

„Die Befragten sind sich darüber im Klaren, was Zwangsarbeit im Ausland bedeuten kann“

rechnen können, im Ausland vornehmlich auf Baustellen oder in Fabriken mit ausbeuterischen Arbeitsbedingungen (sogenannten Sweatshops) zu arbeiten, bedeutet für Frauen Zwangsarbeit im Rahmen des Menschenhandels sehr häufig Sexarbeit. Diese Sexarbeit

birgt ein besonders hohes Risiko für Gewalterfahrungen, sexuell übertragbare Krankheiten oder ungewollte Schwangerschaften, dessen sich die Frauen bewusst sein können. Sie ist jedoch zudem mit einem starken sozialen Stigma belegt, was ebenfalls erklären könnte, warum weniger Frauen Menschenhandel als Migrationsform in Erwägung ziehen würden.

Daher erfragten wir die Zustimmung zum Menschenhandel speziell auch unter Frauen zusätzlich über ein Listenexperiment. In einem Listenexperiment werden die Befragten zufällig in zwei Gruppen eingeteilt, wobei beide Gruppen eine Liste mit verschiedenen Elementen erhalten, aber nur für eine Gruppe wird diese Liste zusätzlich um das sensitive Element zum Menschenhandel erweitert. Die Befragten in beiden Gruppen geben an, wie viele, jedoch nicht welche Elemente der Liste auf sie zutreffen. Indem wir vergleichen, wie groß die Differenz in der durchschnittlichen Zustimmung zu den Listenelementen zwischen den beiden Gruppen ist, können wir Rückschlüsse auf die Zustimmung zum sensitiven Listenelement ziehen, ohne dass die Befragten offenlegen müssen, wie ihre Zustimmung zu den einzelnen Listenelementen ist. Im Rahmen unseres Listenexperiments zeigt sich in der Tat, dass insbesondere Frauen sich weitaus häufiger auf Menschenhandel einlassen würden, als sich durch die Zustimmung zur direkten Frage zum Menschenhandel erwarten ließe.

Wie kommt es zu diesen überraschend hohen Zustimmungsraten zum Menschenhandel? Eine relativ einfache Erklärung dafür wäre es, wenn die Menschen in Edo nicht genügend informiert über die Risiken wären, die es mit sich bringt, Menschenhandel als Weg der Migration zu wählen. Daher untersuchten wir die Rolle von Informationen über den Menschenhandel noch genauer.

Unter anderem fragten wir die Umfrageteilnehmenden nach ihrer Einschätzung, wie häufig Frauen im Rahmen ihrer Migration nach Europa Opfer von Ausbeutung werden könnten. Das Ergebnis: Die durchschnittliche Erwartung war, dass 6,5 von 10 Frauen eine solche Ausbeutung erleben würden. Diese Schätzung deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen von Umfragen der Internationalen Organisation für Migration der Vereinten Nationen (IOM) entlang der wichtigsten Migrationsrouten nach Europa. Diese Erhebungen ergaben, dass etwa

60 Prozent der Nigerianerinnen auf diesen Routen ausbeuterische Praktiken erlebt haben. Die Einschätzungen der Befragten unterstreichen also ein hohes Bewusstsein für die mit

„Erhebungen ergaben, dass etwa 60 Prozent der Nigerianerinnen auf diesen Routen ausbeuterische Praktiken erlebt haben“

dem Menschenhandel verbundenen Risiken. Sie deuten nicht darauf hin, dass die Befragten systematisch fehlinformiert sind.

Weitere Fragen im Rahmen unserer Umfrage zeichnen ein ähnliches Bild. So haben die Befragten realistische Vorstellungen zu den Verdienstmöglichkeiten von nigerianischen Prostituierten in Europa, überschätzen also nicht die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Migration infolge von Menschenhandel bieten kann. Wir finden auch keine Hinweise auf Selbstbetrug oder eine verzerrte Risikobewertung des

„Erhebungen ergaben, dass etwa 60 Prozent der Nigerianerinnen auf dem Weg nach Europa ausbeuterische Praktiken erlebt haben“

Menschenhandels bei Menschen mit starken Migrationsabsichten. Auch fehlt nicht der Zugang zu Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogrammen, die häufig von Hilfsorganisationen und ausländischen Geldgebern finanziert werden – was auch erklären könnte, warum Menschenhandel als Form der Migration in Edo so große Zustimmung findet.

Zusammenfassend widersprechen unsere Ergebnisse dem Bild potenzieller Migrant*innen, die aus Naivität und Unwissen Menschenhändler*innen zum Opfer fallen. Eine andere Spur öffnet sich aber beim Blick auf die sozioökonomischen Eigenschaften der Befragten: Die Zustimmung zu Menschenhandel als Mittel zur Migration ist besonders groß unter jenen Be-

fragten, die aus armen Haushalten kommen und nur niedrige Bildungsabschlüsse haben. Es sind also eher jene Befragten, für die das Leben in Nigeria wenig attraktiv ist, denen aber zugleich reguläre Formen der Migration verwehrt bleiben. So macht ein niedriges Bildungsniveau es unwahrscheinlich, für Europa oder die USA ein Arbeits- oder Studienvisum zur legalen Migration zu erlangen. Doch auch Möglichkeiten der irregulären Migration jenseits des Menschenhandels sind beschränkt: Menschen-smuggler beispielsweise, die im Voraus hohe Zahlungen verlangen, um eine Auswanderung zu ermöglichen, sind für Menschen aus armen Haushalten kaum bezahlbar.

Das Bild ahnungsloser Migranten und Migrantinnen, die naive Opfer von Menschenhänd-

ler*innen werden, hält unserer Umfrage also nicht stand. Die Ergebnisse zeigen vielmehr, dass potenzielle Migrant*innen gut über die Risiken des Menschenhandels als Migrationsform informiert sind und auch bereit sind, diese einzugehen. Es sind vor allem die sozioökonomischen Gegebenheiten, die die Handlungsmacht potenzieller Migrant*innen einschränken: Menschenhandel zum Zwecke der internationalen Migration erscheint einigen als geringeres Übel gegenüber dem Bleiben in Nigeria. Die Politik kann hier ansetzen, indem sie auf Verbesserung der Lebensbedingungen in Nigeria hinwirkt und indem sie legale Migrationsmöglichkeiten nach Europa, in die USA oder die Golfstaaten auch für ärmere und geringer qualifizierte Personen großzügiger gestaltet. ●

Literatur

Bogatzki, Tamara/Meierrieks, Daniel: Trafficking as Choice? Evidence from Nigeria. WZB Working Paper 2024.

Haas, Hein de: „A Theory of Migration: The Aspirations-Capabilities Framework“. In: Comparative Migration Studies, 2021, Jg. 9, H. 8. DOI: 10.1186/s40878-020-00210-4.

Galos, Eliza/Bartolini, Laura/Cook, Harry/Grant, Naomi: Migrant Vulnerability to Human Trafficking and Exploitation: Evidence from the Central and Eastern Mediterranean Migration Routes. Genf: International Organization for Migration (IOM) 2017. https://publications.iom.int/system/files/pdf/migrant_vulnerability_to_human_trafficking_and_exploitation.pdf (Stand 07.05.2024).

Okonofua, F. E./Ogbomwan, S. M./Alutu, A.N./Kufre, Okop/Eghosa, Aghahowa: „Knowledge, Attitudes and Experiences of Sex Trafficking by Young Women in Benin City, South-South Nigeria“. In: Social Science and Medicine, 2004, Jg. 59, H. 6, S. 1315–1327. DOI: 10.1016/j.socscimed.2004.01.010.

Wheaton, Elizabeth M./Schauer, Edward J./Galli, Thomas V.: „Economics of Human Trafficking“. In: International Migration, 2010, Jg. 48, H. 4, S. 114–141. DOI: 10.1111/j.1468-2435.2009.00592.x.

Bessere Arbeit durch Bildung

Beobachtungen in Chile und Uruguay

Für die Chance auf einen sicheren und gut bezahlten Job sind gute Bildung und Ausbildung zentral. Dieser Zusammenhang lässt sich überall auf der Welt beobachten, und das in zunehmendem Maße. Gesicherte Erkenntnisse dazu gibt es aber vor allem für fortgeschrittene Volkswirtschaften – höchste Zeit, sich in der Forschung auch Ländern des Globalen Südens zuzuwenden.

Agustina Marques Hill und Heike Solga

Die Chancen junger Erwachsener auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe – in fortgeschrittenen wie in weniger fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Die Forschung zeigt, dass der Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt eine entscheidende Phase im Lebenslauf junger Menschen ist. Er beeinflusst nicht nur ihre spätere berufliche Laufbahn, sondern auch andere Lebensbereiche wie Familiengründung oder Gesundheit.

Was über Arbeitsmarktübergänge und den Zusammenhang zwischen Bildung und Erwerbschancen bekannt ist, bezieht sich allerdings überwiegend auf Europa und Nordamerika. Ein genauerer Einblick in Länder mit hohen Armutsraten und einem hohen Anteil an informeller Arbeit oder unbezahlter Arbeit in der Familie fehlt weitgehend. Bekannt ist, dass in diesen Ländern unter anderem aufgrund der Armut und der finanziellen Bedürfnisse der Familien die Übergänge in den Arbeitsmarkt schneller erfolgen, also häufig eher nach der Schule und mit kürzeren Suchzeiten nach Ausbildung und Studium. Schneller bedeutet nicht

unbedingt besser, da schnellere Übergänge zu einer geringeren Übereinstimmung zwischen Bildungsabschlüssen und beruflichen Einstiegspositionen führen können. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist daher die Stärke des Zusammen-

„Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die Stärke des Zusammenhangs zwischen Bildung und beruflicher Position“

menhangs zwischen Bildung und beruflicher Position. Vor diesem Hintergrund präsentieren wir im Folgenden Einblicke in die lateinamerikanischen Länder Chile und Uruguay auf der Grundlage von Analysen großer Haushaltserhebungen in beiden Ländern (die Datenerhebungen Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional/CASEN in Chile 2015 und 2017 und Encuesta Continua de Hogares/ECH in Uruguay 2012–2016 sind vergleichbar mit dem deutschen Mikrozensus).

Chile und Uruguay weisen im Vergleich mit Lateinamerika insgesamt einen relativ hohen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand auf. Nach langen Diktaturen (beginnend in beiden Ländern im Jahr 1973, in Uruguay bis 1985, in Chile sogar bis 1990) sind beide Länder heute vollwertige Demokratien. Beide verzeichneten in den letzten Jahrzehnten ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und wirtschaftliche Stabilität. Chile ist jedoch nach wie vor durch den starken Neoliberalismus der Pinochet-Diktatur seit der Verfassung von 1980 geprägt. Die absolute Armutsquote ist in beiden Ländern immer noch höher als beispielsweise in Deutschland, Frankreich oder den USA. Das Niveau der Ungleichheit (gemessen an der relativen Armutsquote und dem Gini-Index) ist jedoch ähnlich hoch wie in den USA.

Die wirtschaftlichen Herausforderungen in Chile und Uruguay sind typisch für Lateinamerika: Die durch Rohstoffabbau und -export sowie einen relativ großen Agrarsektor geprägte Wirtschaft zeichnet sich durch eine geringe Wertschöpfung, wenig Technologieeinsatz und Innovation aus. Dementsprechend ist die Berufsstruktur in Chile und Uruguay durch einen deutlich höheren Anteil einfacher Berufe (die geringe Qualifikationen erfordern, zum Beispiel im Bergbau und in der Landwirtschaft) und umgekehrt durch einen geringeren Anteil höher qualifizierter Berufe gekennzeichnet als etwa in Frankreich und Deutschland. Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern ist eine starke Segmentierung der Arbeitsmärkte in öffentlich/privat und formell/informell zu beobachten – mit starken Unterschieden in den Beschäftigungsbedingungen, Löhnen und der Sozialversicherung. Damit einher geht ein starkes Stadt-Land-Gefälle. Ein Blick auf die Beschäftigungssituation junger Menschen zeigt, dass Jugendarbeitslosigkeit und informelle Beschäftigung auch in den jüngeren Jahrgängen in beiden Ländern relativ weit verbreitet sind – trotz eines deutlich höheren Bildungsniveaus als in älteren Geburtsjahrgängen, zum Beispiel durch einen wesentlich größeren Anteil an abgeschlossener höherer Sekundarbildung und eines Studiums.

Wie andere lateinamerikanische Länder folgen auch Chile und Uruguay der französischen Tradition im Bildungswesen. Auf die primäre Bildung, die sechs Jahre umfasst, folgt eine Sekundarstufe, die sich in zwei Zweige gliedert:



Agustina Marques Hill ist Doktorandin an der Freien Universität Berlin und am WZB in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt und hat ein Forschungsstipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD). Ihr Forschungsschwerpunkt ist der Übergang von der Schule in den Beruf in Lateinamerika.
agustina.marques@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

den akademischen Zweig, der auf die Universität vorbereitet, und den beruflich-technischen Zweig, der auf das Berufsleben vorbereitet. Berufliche Bildungsgänge begannen zunächst als alternative Bildungsgänge, vor allem für Jungen. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde der berufliche Zweig jedoch in beiden Ländern formal mit dem gleichen Qualifikationsniveau wie der akademische Zweig verbunden. Die Beteiligung an der beruflichen Bildung ist in den letzten Jahrzehnten in beiden Ländern gestiegen, in Chile begleitet von politischen Maßnahmen zur stärkeren Einbindung von Industrie und Arbeitgebern. Dennoch ist der Anteil der Berufsbildung immer noch deutlich niedriger als in Frankreich oder Deutschland – allerdings höher als in den USA. Außerdem hat dieser Anstieg nichts an den sozioökonomischen Unterschieden zwischen den Schülerinnen und Schülern der beiden Bildungsgänge geändert – den akademischen Zweig besuchen eher Kinder aus höheren Schichten, den beruflichen eher Kinder aus unteren Schichten. Generell ist die Bildungsungleichheit nach sozialer Herkunft in beiden Ländern hoch.

Einen wichtigen Unterschied allerdings gibt es: In Chile haben viele junge Erwachsene einen Abschluss der Sekundarstufe II (beruflich oder akademisch) oder einen Hochschulabschluss – ihr Anteil ist vergleichbar mit dem in Frankreich und Deutschland. In Chile wurde deshalb

darüber diskutiert, ob es einen Trend zur Überqualifizierung oder eine Inflation der Abschlüsse gibt. In Uruguay hingegen sind sehr viele junge Erwachsene gering qualifiziert – sie verfügen also nicht über einen Abschluss der Se-

„Trotz ihres höheren Bildungsniveaus sind junge Frauen in beiden Ländern häufiger nicht erwerbstätig als die jungen Männer“

kundarstufe II. Für beide Länder gilt, dass Frauen ein höheres Bildungsniveau erreichen als Männer. Trotz ihres höheren Bildungsniveaus sind allerdings junge Frauen in Chile wie in Uruguay häufiger nicht erwerbstätig als die jungen Männer. Sind sie jedoch erwerbstätig, so sind sie aufgrund ihres höheren Bildungsniveaus häufiger in (semi-)professionellen Berufen (in höherwertigen Dienstleistungsberufen wie etwa im Gesundheits- und Erziehungsbereich) beschäftigt.

Insgesamt besteht in beiden Ländern ein starker Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und beruflicher Position – bei den jüngeren Jahrgängen noch stärker als bei den älteren. Offensichtlich haben Bildungsabschlüsse zunehmend sortierende Wirkung. Hochschulabschlüsse führen zu höheren beruflichen Positionen, während Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen häufig auf Arbeitsplätzen mit einfachen Anforderungen zu finden sind. Die Sorge vor Überqualifizierung lässt sich mit diesen Befunden also nicht bestätigen.

In beiden Ländern spielt auch die inhaltliche Ausrichtung der Bildungsabschlüsse, also Studienfächer oder Ausbildungsinhalte, eine wichtige Rolle für den Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeitsmarkt. In Chile wie in Uruguay hat interessanterweise die allgemeine Bildung (insbesondere Hochschulabschlüsse) einen stärkeren Einfluss auf den ausgeübten Beruf als die berufliche Bildung. Dieser Zusammenhang ist in Chile stärker bei Männern zu beobachten, in Uruguay bei Frauen.

In beiden Ländern sind gering qualifizierte junge Erwachsene häufiger informell beschäftigt als Personen mit einem Abschluss von Sekundarstufe II oder Hochschule – dies gilt für



Heike Solga ist Direktorin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB und Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Arbeit, Arbeitsmarkt und Beschäftigung an der Freien Universität Berlin. heike.solga@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Männer wie für Frauen gleichermaßen. Auch der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Löhnen ist in beiden Ländern erwartungsgemäß stark ausgeprägt: Am meisten verdienen Berufseinsteiger mit einem Hochschulabschluss. Berufliche Abschlüsse (auch wenn es sich um Hochschulabschlüsse handelt) erzielen

„Junge Erwachsene, bei denen Bildungsabschluss und Arbeitsmarktposition übereinstimmen, sind seltener informell beschäftigt, und sie erzielen höhere Löhne“

dagegen deutlich niedrigere Löhne als Allgemeinbildende des gleichen Bildungsniveaus. Darüber hinaus zeigt sich, dass junge Erwachsene mit einer bildungsadäquaten Beschäftigung, bei denen also Bildungsabschluss und Arbeitsmarktposition übereinstimmen, seltener nur informell beschäftigt sind und dass sie höhere Löhne erzielen.

Dass in Chile wie in Uruguay der Zusammenhang zwischen Bildung und beruflicher Position zunehmend enger wird, ist eine Tendenz, die auch in fortgeschritteneren Volkswirtschaften zu beobachten ist. In Frankreich, Deutschland und den USA gilt dies allerdings

vor allem für die mittleren und höheren Bildungsebenen, während der Zusammenhang in den beiden hier betrachteten Ländern auch auf den niedrigeren Bildungsebenen stark ausgeprägt ist. Die inhaltliche Ausrichtung der Bildungsabschlüsse ist hier von ähnlicher Bedeutung wie in den USA, aber von geringerer Bedeutung als in Frankreich und Deutschland, die beide einen höheren Anteil an beruflicher Bildung aufweisen. Trotz des Bedeutungszuwachses der beruflichen Bildung in den beiden lateinamerikanischen Ländern in den letzten Jahrzehnten sind die allgemeinbildenden Abschlüsse im Gegensatz zu Frankreich und insbesondere Deutschland stärker berufsspezifisch als die berufsbildenden Programme – das heißt, sie weisen eine enge Verbindung zwischen ihrer inhaltlichen Ausrichtung und dem ausgeübten Beruf aus.

Insgesamt zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen Bildung und beruflicher Position in Chile und Uruguay sehr ähnlich ist wie in fort-

geschrittenen Volkswirtschaften: In mancher Hinsicht sind Chile und Uruguay hier sogar näher an Frankreich und Deutschland, als es die USA zu den beiden europäischen Ländern sind. Wie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind Unterschiede zwischen Männern und Frauen vor allem auf das höhere Bildungsniveau der Frauen und die Segregation in typische Frauen- und Männerberufe zurückzuführen, nicht aber auf Unterschiede in der Stärke des Zusammenhangs zwischen Bildung und Beruf. Schließlich deutet der starke Zusammenhang nicht nur am oberen, sondern auch am unteren Ende der Bildungsverteilung in Chile und Uruguay auf zweierlei hin: Trotz einer Bildungsexpansion in beiden Ländern ist der Zugang zu höherer Bildung weiterhin sehr ungleich. Und Bildungsabschlüsse haben eine sehr starke Sortierwirkung, inhaltlich wie hinsichtlich des Niveaus des ausgeübten Berufs. Beim Einstieg in den Arbeitsmarkt werden Weichen gestellt, mit langfristigen Folgen für die weitere Berufsbiografie. ●

Zwischen Bewahren und Erneuern

Forstwirtschaft und Tischlerhandwerk in Japan

Wenn beim Rohstoff Holz Angebot und Nachfrage ausbalanciert sind, ist das nicht nur ökonomisch von Bedeutung. Auch die Umwelt braucht gesunde und widerstandsfähige Wälder. Wie dies in Japan umgesetzt wird, hat die Arbeitssoziologin Lianara Dreyer im Rahmen eines Forschungsaufenthalts an der Universität Tokyo von Februar bis Mai 2024 untersucht, bei der sie auch Tischlereien in der Region Yoshino und die Mount Fuji Wood Culture Society besuchte.

Lianara Dreyer

Die Reise beginnt in Osaka, einer der hektischen Metropolen im Westen der japanischen Hauptinsel Honshū. Wir verlassen die Stadt mit dem Zug. Unsere nächste Station ist Yoshino in der Präfektur Nara. Hier, fernab von Großstädten, Leuchtreklamen und Menschenmassen, zeigt sich Japan von einer anderen Seite: Von Bäumen bedeckte Berge reihen sich aneinander, einzelne Häuser liegen locker im Tal verteilt. Die Region Yoshino blickt auf eine fünfhundertjährige Tradition der Forst- und Holzwirtschaft zurück, in der Zedern und Zypressen gepflanzt und geerntet und die Wälder von Generation zu Generation weitergegeben werden. Die Landesfläche ist zu zwei Dritteln mit Wald bedeckt. Dabei handelt es sich bei mehr als der Hälfte der Wälder um kleinflächigen Privatbesitz.

Obwohl Japan so walddreich ist, wird erstaunlicherweise mehr als die Hälfte des Holzes für die Industrie aus dem Ausland importiert. Die japanische Forstwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Hintergrund sind Entscheidungen, die in der Vergangenheit liegen:

Bis in die 1950er-Jahre wurde der inländische Holzbedarf aus den Beständen der japanischen Wälder gedeckt, der Import von Holz war streng reglementiert. Um den massiv steigenden Holzpreisen entgegenzuwirken, sah sich die japanische Regierung jedoch Anfang der 1960er-Jahre zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Die Folge war der Verfall der Marktpreise durch billige Importe ausländischen Holzes und damit der Niedergang der heimischen Forst- und Holzwirtschaft: Die Holzernte in den Bergen war gegenüber den preisgünstigeren Importen nicht mehr rentabel. Die Löhne in der Forstwirtschaft fielen hinter den allgemeinen Löhnen zurück, und die Waldbesitzer:innen verloren die Motivation, ihre Wälder zu bewirtschaften.

Die Zahl der Beschäftigten in der Forstwirtschaft ist zurückgegangen – und mit dem demografischen Wandel wird sich die Fachkräftesituation weiter verschlechtern. Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass der Selbstversorgungsgrad, also der Anteil des heimischen Holzangebots am Gesamtbedarf, von

94 Prozent in den 1960er-Jahren auf 31 Prozent Ende der 1970er-Jahre gesunken ist. Zwar zeichnet sich eine Zunahme der Nachfrage nach heimischen Hölzern ab, doch kann die Branche dem aufgrund der schwach ausgeprägten Vertriebssysteme nicht nachkommen.

„Die Herausforderung besteht nicht in einem Mangel an Wäldern, sondern in der fehlenden Infrastruktur zu ihrer nachhaltigen Nutzung“

Die japanischen Wälder haben ein enormes wirtschaftliches Nutzungspotenzial, aber es fehlen ihre ausreichende Erschließung, wirtschaftlich rentable Erntetechniken, eine ausgeprägte Holzindustrie, ein auf diese Hölzer ausgerichteter heimischer Holzmarkt und ausgebildete Fachkräfte. Kurzum: Die Herausforderung besteht nicht in einem Mangel an Wäldern, sondern in der fehlenden Infrastruktur zu ihrer nachhaltigen Nutzung. Diese wirtschaftliche Situation hat auch ökologische Konsequenzen, weil Möglichkeiten der strategischen Pflege der Wälder zum Schutz vor Naturereignissen wie Erdbeben, Tsunamis und Vulkanausbrüchen fehlen. Diese Gefahren aber sind in Japan, das am Pazifischen Feuerring liegt, besonders groß.

Um die Forstwirtschaft zu entwickeln, ergreift das Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei verschiedene Maßnahmen: Durch die gezielte Entnahme von Bäumen und Aufforstung sollen die Wälder vielfältiger werden; Bäume unterschiedlichen Alters werden gefällt und Nadelwälder zu Mischwäldern umgewandelt. Die japanische Forstbehörde unterstützt private und öffentliche Waldbesitzer:innen bei Bewirtschaftungsprojekten und führt solche in den nationalen Wäldern auch selbst durch. Darüber hinaus wird in Forststraßen investiert, die als zentrale Infrastruktur für die Forstwirtschaft und als Lebensgrundlage der Bergdörfer gelten. Um mit der Vielzahl von Privateigentümer:innen sinnvoll umgehen zu können, unterstützt die Forstbehörde Konsolidierungen zu Waldbesitzer:innengenossenschaften. Allerdings erschweren Generationswechsel und nachlassendes Interesse an der



Lianara Dreyer ist Stipendiatin im Promotionskolleg „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“ und Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Sie erforscht die Wirkungen der Digitalisierung auf Handwerksbetriebe aus arbeits- und techniksoziologischer Perspektive, insbesondere im deutschen Tischlerhandwerk. lianara.dreyer@wzb.eu
Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Waldbewirtschaftung die Klärung von Eigentumsverhältnissen. Weitergehend setzt die Behörde auf Informations- und Kommunikationstechnologien und den Einsatz ferngesteuerter Maschinen, um die Rentabilität der Forstwirtschaft vom Holzeinschlag bis zur Wiederaufforstung zu verbessern.

Neben solchen Maßnahmen strebt die japanische Regierung die langfristige Sicherung der inländischen Nachfrage nach japanischem Holz durch seine Verwendung in Hausbau und Möbelproduktion an. In Verbindung mit der Entwicklung der Regionen wer-

„Die japanische Regierung will die inländische Nachfrage nach japanischem Holz durch seine Verwendung in Hausbau und Möbelproduktion sichern“

den beispielsweise in Yoshino die Ansiedlung und Gründung von Handwerksbetrieben staatlich gefördert. Denn es sind unter anderem Handwerker:innen wie Tischler:innen, die mit den lokalen Hölzern arbeiten und, ebenso wie die Forstwirtschaft in Japan, auf



Die Technik, mit der das Holz der sonst schwer nutzbaren japanischen Zeder in runde Formen gebracht wird, hat der Tischler Kenta Hirai selbst entwickelt; mehr zu sehen auf seiner Website www.studiojig.com.
Foto: © Katsuhiko Tsujimoto, alle Rechte vorbehalten.

eine lange Tradition zurückblicken. Die Miya-daiku, die Zimmerleute, haben die Schreine und Tempel gebaut, für die Japan weltweite Bekanntheit genießt. Die Langlebigkeit der Holzkonstruktionen wird durch Bauten wie den berühmten Tempel Horyu-ji in der Stadt Ikaruga, Nara, belegt, auf dessen Gelände sich die ältesten Holzgebäude der Welt mit einer Geschichte von mehr als 1.300 Jahren befinden. Auch die Stücke der Sashimono, der Möbeltischler:innen, gehören zum japanischen Holzhandwerk. Sie zeichnen sich durch den Verzicht auf Nägel aus, an deren Stelle komplexe Holzverbindungen zum Einsatz kommen.

Wie Forst- und Holzwirtschaft stehen auch das traditionelle Holzhandwerk und seine Vertreter:innen vor Herausforderungen: Veränderte Lebensweisen und Konsummuster der Bevölkerung haben zu einer sinkenden Nachfrage nach Holzhandwerk geführt. Es gibt Bestrebungen, dem entgegenzuwirken – ein Beispiel ist das „studio Jig“, das ich in der Mitte meiner Forschungsreise besucht habe. Vom Bahnhof Yoshino geht es in Richtung Wald, denn am Waldrand liegt die Werkstatt von Kenta Hirai. Auf

der Fahrt berichtet Kenta, dass er nicht aus der Region stammt, sondern wie andere Handwerker:innen nach Yoshino gezogen ist. Die Werkstatt ist ein offener Raum, auf dessen linker Seite sich das Holz in Stapeln türmt, auf einer Tribüne im rechten Bereich stehen mehrere Holzstühle in unterschiedlichen Bearbeitungsstadien. Auffallend an den Stühlen sind die rundgeformten Armlehnen, Sitzflächen und Stuhlbeine. Dieses Design ist nur durch eine bestimmte Herstellungsweise möglich, die „free form lamination“, die Kenta selbst entwickelt hat. Mittels dieser Technik wird das Holz der schwer nutzbaren japanischen Zeder in runde Formen gebracht. Zugleich wird das besonders weiche Material gestärkt, damit es in der Möbelherstellung verwendet werden kann. Der Tischler erklärt: „Ich wollte etwas entwickeln, das die Menschen dazu bringt, über das Konzept von Möbeln nachzudenken, ebenso wie über das Konzept von unbrauchbarem Holz.“ In seiner Arbeit kombiniert er die neu entwickelte Technik mit traditionellen Herstellungsweisen, beispielsweise der Arbeit mit den japanischen Kanna (Handhobeln) und dem Einsatz von Maschinen. Mit diesem Vorgehen demonstriert der Tischler, dass die japanische Zeder mit

der richtigen Technik sehr wohl im Möbelbau nutzbar ist.

Nicht nur Innovationen, auch die Aufrechterhaltung des japanischen Tischlerhandwerks und seiner traditionellen Fertigungspraktiken haben hohe Relevanz. Es geht übergreifender um die Verbindung von Gesellschaft und Natur, wie ich bei meinem Besuch der Mount Fuji Wood Culture Society erfuhr. Die Nichtregierungsorganisation hat im März 2020 ihre Arbeit in Fujikawaguchiko in der Präfektur Yamanaashi aufgenommen. Der Gründer, Tak Yoshino, erlernte sein Handwerk bei Sashimono-Meistern und betrachtet seine Tätigkeit als Tischler als unmittelbar mit dem Wald verknüpft. Anlass für sein Projekt war seine Wahrnehmung eines zunehmend distanzierten Verhältnisses der Menschen zum Wald sowie seine Kritik am

„Der Meister verfolgt eine Strategie bei der Ausbildung: Die schwierigsten Ausbildungsinhalte werden zuerst erlernt“

Import von Hölzern. Mit der Unterstützung seiner Familie und eines kleinen Teams errichtete er am Fuße des Mount Fuji eine Werkstatt aus den Bäumen, die auf dem Gelände wuchsen. Während fußläufig von dem Betriebsgelände die vielen Tourist:innen ihre Aufmerksamkeit auf den Kawaguchi-See richten und den Ausblick auf dem Mount Fuji genießen, widmen sich die Besucher:innen der Mount Fuji Wood

Literatur

Forestry Agency of the Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries (Hg.): Annual Report on Forest and Forestry in Japan. Fiscal Year 2022. Tokyo 2022.

Funakoshi, Shoji: „Historical Development of Forest Policy in Japan“. In: J-Stage, 1981, H. 1, S. 112-117.

Culture Society in Waldführungen und Workshops der nachhaltigen Pflege der Wälder. Zudem erlernen Interessierte, unter ihnen auch Ausländer:innen, in ein- bis mehrwöchigen Kursen die Grundlagen des japanischen Tischlerhandwerks. Die Traditionen des Sashimono werden nicht nur in Kursen weitergegeben, sondern auch in der betriebsinternen Ausbildung. Der Auszubildende wohnt bei der Familie des Meisters auf dem Gelände. Der Universitätsabsolvent wird in der Werkstatt an die Arbeit mit den traditionellen Werkzeugen herangeführt. Dort berichtet er mir von seiner aktuell schwierigsten Aufgabe, der Arbeit mit den Kanna. Sein Meister verfolgt eine konkrete Strategie: Die schwierigsten Ausbildungsinhalte werden zuerst erlernt. Wenn diese Fähigkeiten vorhanden sind, werden alle weiteren Tätigkeiten einfacher.

Die Kombination von Tradition und Innovation ermöglicht es den Tischlereien, neue Wege zu beschreiten. Mit ihrem Engagement für die nachhaltige Nutzung der Wälder und die Weitergabe kultureller Werte tragen sie dazu bei, das Erbe des traditionellen Tischlerhandwerks für zukünftige Generationen zu bewahren und zugleich die wirtschaftliche Entwicklung der Region sowie die nachhaltige Forstwirtschaft zu unterstützen. Mögen die individuellen Bemühungen auch klein scheinen – ihre Relevanz zeigt sich auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene: Zum Beispiel konnte die Selbstversorgungsrate der Industrie mit Holz von 18,9 Prozent im Jahr 2000 auf 35,9 Prozent bis 2021 gesteigert werden. Mit Spannung darf beobachtet werden, welche Resultate die zahlreichen Maßnahmen auf staatlicher wie auch auf regionaler Ebene in den kommenden Jahren zeigen werden. ●

Gain, Dennis/Watanabe, Tsunemi: „Forest Management in Japan: Application Issues of Sustainable Forestry and the Potential of Improvement through Accredited Forest Certification“. In: Internet Journal of Society for Social Management Systems, 2014. Online: http://ssms.jp/img/files/2019/04/sms13_3731.pdf (Stand 22.05.2024).

Intime Daten im digitalen Raum

Menstruations- und Zyklus-Apps zwischen Selbstbestimmung und Datenschutz

Es ist ein altbewährtes Mittel der Familienplanung, den Menstruationszyklus durch Markierungen im Tagebuch oder im Kalender im Auge zu behalten. Diesen Prozess haben Apps übernommen: Angaben zu Stimmung, Eisprung oder Libido werden heute digital gespeichert. Die Nutzung digitaler Dienste verändert unser Verständnis von Intimität, die Grenzen der Privatsphäre verschieben sich. Doch was genau mit ihren Daten passiert, ist für die meisten App-Nutzenden nicht transparent. Es wachsen die Bedenken, dass Unternehmen – und Staaten – missbräuchlich mit sensiblen Daten umgehen können.

Hannah Zagel, Julia Pohle, Clara Iglesias Keller, Alissa Theresa Steer, Carlotta Mayer und Anna Katzy-Reinshagen

Von „Clue“ über „Flo“ bis „drip“ – in verschiedenen Rosatönen reihen sich Hunderte von Menstruations- und Zyklus-Apps im App-Store auf, fast alle sind kostenlos. Mit knapp 100 Millionen Nutzenden weltweit gehören sie zur viertbeliebtesten Kategorie unter den „Gesundheits-Apps“. Diese digitalen Anwendungen haben im letzten Jahrzehnt einen großen Markt erschlossen, den sogenannten FemTech-Sektor (Kurzform für Female Health Technology), der all jene Produkte und Dienstleistungen umfasst, die speziell auf die Gesundheit und Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten sind. Viele dieser Apps vermitteln den Nutzenden ein Gefühl von individueller Selbstbestimmung. Nach der regelmäßigen Eingabe von Daten wird Nutzenden der Zeitpunkt ihrer Periode und des Eisprungs vorhergesagt, auch mögliche Symptome werden angekündigt.

Neben Angaben zur Menstruation bieten diese Apps die Möglichkeit, Informationen zu Gewicht, Schlafstunden, Libido, Stimmung und vielen anderen Kategorien einzugeben. Die App-Nutzenden teilen also eine Vielzahl sehr persönlicher Informationen über ihre körperlichen und mentalen Zustände und ihre Verhaltensweisen mit der App und deren kommerziellen Anbietern.

In den letzten Jahren führte eine Reihe von Skandalen die Risiken einer digitalen Zyklus-Verfolgung vor Augen. Im Jahr 2019 offenbarte ein Artikel im Wall Street Journal, dass das Unternehmen Flo Health Inc. unverschlüsselte und identifizierbare Daten aus seiner App an Facebook weitergab, einschließlich sensibler Details über Empfängnisversuche und Menstruationszyklen. Dies führte auch in Deutsch-

land und Europa zu wachsender Kritik bezüglich des mangelnden Datenschutzes und der Geschäftspraktiken von App-Anbietern. Neben ihrer Funktion, Nutzenden einen besseren Einblick in ihre Körper zu geben, werden Gesund-

„Anbieter könnten gezwungen sein, Informationen, die auf eine Fehlgeburt oder einen Schwangerschaftsabbruch schließen lassen könnten, an staatliche Behörden weiterzugeben“

heitsdaten ausgewertet, weiterverarbeitet und verkauft. 2022 wurde in den USA das Grundsatzzurteil zum Schwangerschaftsabbruch Roe vs. Wade aus dem Jahr 1973 aufgehoben, das Schwangeren das Recht zusprach, unter bestimmten Bedingungen über Abbruch oder Fortführung einer Schwangerschaft selbst zu entscheiden. Rechts- und Datenschutzexperten schlugen erneut Alarm, sie rieten US-amerikanischen App-Nutzenden, ihre Daten zu löschen, um zu vermeiden, wegen potenzieller Verstöße gegen das Abtreibungsverbot strafrechtlich verfolgt zu werden. Die App-Anbieter könnten im Falle von Ermittlungen gezwungen sein – so die Warnung –, die eingegebenen Informationen zu Menstruation und Schwangerschaft, die auf eine Fehlgeburt oder einen Schwangerschaftsabbruch schließen lassen könnten, an staatliche Behörden weiterzugeben.

In unserem Kurzprojekt, in dem wir hauptsächlich existierende Literatur auswerteten, um ein größeres Forschungsvorhaben zu erarbeiten, stellten wir die Frage: Wie werden in der EU die von Apps generierten Daten davor geschützt, dass staatliche Akteure auf sie zugreifen und kommerzielle Anbieter den Bestand sammeln und weiterverarbeiten oder -verkaufen? Nach den ersten Enthüllungen der Datenpraxis von Flo Health Inc. beschäftigte sich eine Vielzahl von wissenschaftlichen Studien eingehend mit der Funktionsweise, Datenerhebung und Einhaltung von Datenschutzbestimmungen diverser Zyklus- und Menstruations-Apps. Die Ergebnisse waren durchweg alarmierend: Sensible Informationen wurden teilweise ohne Wissen oder Zustimmung der Nutzenden an Datenbro-

ker und Werbefirmen weitergegeben. Einige Apps teilten sogar Daten mit Versicherungen, um dort Algorithmen zu trainieren, die Entscheidungen über Versicherungspolice treffen. Eine Vorhersage durch den Algorithmus, dass eine Person in Zukunft Fruchtbarkeitsbehandlungen oder eine Geschlechtsumwandlung in Erwägung zieht, könnte somit Auswirkungen auf Versicherungsbeiträge und -bedingungen haben.

Eine Ursache für den nachlässigen Umgang besteht darin, dass die Entwickler der FemTech-Anwendungen keine einheitlichen Richtlinien haben, wie sie mit der Speicherung, Nutzung und Weitergabe der von ihnen gesammelten Daten umgehen sollen. Dies gilt selbst für die EU, wo seit 2018 die DSGVO den Umgang mit analogen und digitalen Daten nach dem Marktortprinzip regelt. Dieses Prinzip besagt, dass auch Anbieter von digitalen Diensten, deren Firmensitz sich außerhalb der EU befindet, den Regularien unterliegen, wenn sie ihren Dienst innerhalb der EU anbieten. Allerdings sieht auch die DSGVO keine eigene Kategorie für die Art von intimen Daten vor, wie sie über Zyklus-Apps gesammelt werden. Stattdessen definiert sie sogenannte „sensible Daten“, die als „besondere Kategorie personenbezogener Daten“ (Artikel 9) strengeren Datenschutzanforderungen unterliegen. Neben ethnischer Herkunft, Religion und politischen Meinungen gehören auch sensible Informationen über

„Auch die Datenschutzgrundverordnung sieht keine eigene Kategorie für die Art von intimen Daten vor, wie sie über Zyklus-Apps gesammelt werden“

Gesundheit und Sexualleben bzw. sexuelle Orientierung zu dieser Kategorie. Informationen, die in Zyklus-Apps eingegeben werden, sollten also in diese strengere Kategorie fallen. Und doch haben Untersuchungen gezeigt, dass selbst durch die DSGVO die intimen Informationen in FemTech-Anwendungen oft nicht ausreichend geschützt sind. Einer der Gründe für den mangelnden Schutz liegt in der nationalen Umsetzung der Datenschutzverordnung in den

EU-Ländern. Die DSGVO hat zwar eine gewisse Harmonisierung des Datenschutzes bewirkt, doch bestehen weiterhin Unterschiede in den nationalen Gesetzen und Verfahren. Das Ergebnis: App-Anbieter sehen sich in verschiedenen europäischen Ländern mit unterschiedlichen Anforderungen konfrontiert, und keine davon ist speziell auf die sensiblen FemTech-Daten zugeschnitten.

Wissenschaftliche Studien zeigen zudem, dass die Datenpraktiken der Anbieter von Menstruations- und Zyklus-Apps häufig nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen oder dass sie diese zu ihren Gunsten auslegen: Bei fast allen Anwendungen liegt das Prinzip der informierten Einwilligung zugrunde, das trotz seiner erwiesenen Unzulänglichkeiten immer noch als Rechtsgrundlage für die Behandlung personenbezogener Daten dient. Wie bei den allermeisten digitalen Anwendungen sind die Datenschutzrichtlinien von Zyklus-Apps oft in undurchsichtigen Kleingedruckten versteckt. Unternehmen lassen Nutzenden damit keine andere Wahl, als ihren Bedingungen zuzustimmen, wenn sie den digitalen Dienst nutzen wollen.

Ein weiteres Problem unzureichender Datenschutzpraktiken von FemTech-Anbietern liegt in der intransparenten Weitergabe von Daten an Dritte. Dies gilt allgemein für Fragen des Datenschutzes, aber die Informationen in Menstruations- und Zyklus-Apps sind besonders sensibel. Wie die Beispiele aus den USA zeigen, können der Zugriff auf und die Weiterverarbeitung von Daten durch Dritte für die Nutzenden schwerwiegende Nachteile zur Folge haben. Besonders besorgniserregend sind fehlende Datenschutzgarantien in Ländern, in denen reproduktive Rechte stark eingeschränkt sind und Schwangerschaftsabbrüche kriminalisiert werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund fordern einige Forschende einen feministischen Ansatz für den datenschutzrechtlichen Umgang mit Menstruations- und

Zyklus-Apps, durch den Nutzenden mehr bzw. die alleinige Entscheidungshoheit über ihre eigenen Daten eingeräumt wird. Einen solchen Ansatz verfolgt beispielsweise die deutsche App „drip“. Sie speichert die Daten nur lokal auf dem Endgerät und verhindert so den externen Zugriff und die kommerzielle Nutzung durch Dritte.

Menstruations- und Zyklus-Apps sind ein hervorragendes Beispiel, um die Grenzen moderner Datenschutzregelungen und die Herausforderungen der Regulierung von Online-Anbietern zu untersuchen. An ihnen lässt sich verdeutlichen, dass sensible Daten de facto nicht den verstärkten Schutz genießen, den die Gesetzgebung vorsieht. Zudem veran-

„Sensible Daten genießen de facto nicht den verstärkten Schutz, den die Gesetzgebung vorsieht“

schaulicht dieses Beispiel, dass das drastische Machtungleichgewicht zwischen Anbietern und Nutzenden große Risiken für bestimmte Gruppen birgt. Dies gilt umso mehr, wenn auch der Staat ins Spiel kommt und womöglich die über digitale Plattformen gesammelten Daten auswertet, um die Regulierung reproduktiven Verhaltens durchzusetzen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass mögliche Szenarien der missbräuchlichen Verwendung von Menstruations- und Zyklusdaten weiterhin untersucht und international verglichen werden. Auf welche Gesetze könnten sich Nutzende in verschiedenen Ländern berufen, wenn ihre Daten für ungewollte Zwecke verwendet werden? Und was lernen wir aus den Szenarien im Hinblick auf unterschiedliche Ansätze zur staatlichen Regulierung von Reproduktionsprozessen? ●

Hannah Zagel ist Leiterin der Forschungsgruppe *Varieties of Reproduction Regimes* am WZB. Sie forscht ländervergleichend zu sozialen Ungleichheiten im Lebensverlauf, Wohlfahrtsstaaten und Reproduktion. hannah.zagel@wzb.eu

Julia Pohle ist Co-Leiterin der WZB-Forschungsgruppe *Politik der Digitalisierung* und Senior Associate Researcher an der *Brussels School of Governance*. Sie forscht zu Themen und Akteuren der *Internet Governance*, *Digitalpolitik* und *globalen Kommunikationspolitik*. julia.pohle@wzb.eu

Clara Iglesias Keller ist Co-Leiterin der Forschungsgruppe *Technik, Macht und Herrschaft* am *Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft*. Ihre Forschung beschäftigt sich mit *Plattform-Governance*, *Desinformation* und der *Regulierung von künstlicher Intelligenz*. clara.keller@wzb.eu

Alissa Theresa Steer ist Masterstudentin im Fach *Medien und politische Kommunikation* an der *Freien Universität Berlin* und als studentische Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe *Politik der Digitalisierung* tätig.

Carlotta Mayer ist studentische Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe *Varieties of Reproduction Regimes*. Sie studiert *Sozialwissenschaften* an der *Humboldt-Universität zu Berlin*.

Anna Katzy-Reinshagen war studentische Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe *Technik, Macht und Herrschaft* und ist Masterstudentin für *European Affairs/Politikwissenschaften* an der *Sciences Po Paris* und der *Freien Universität Berlin*.

Literatur

Alaattinoğlu, Daniela: „Rethinking Explicit Consent and Intimate Data: The Case of Menstruapps“. In: *Feminist Legal Studies*, 2022, Jg. 30, H. 2, S. 157–179. DOI: 10.1007/s10691-021-09486-y.

Mehrnezhad, Maryam/Almeida, Teresa: „Caring for Intimate Data in Fertility Technologies“. In: *Proceedings of the 2021 CHI Conference on Human Factors in Computing Systems*, 2021, S. 1–11. DOI: 10.1145/3411764.3445132.

Siapka, Anastasia/Biasin, Elisabetta: „Bleeding Data: The Case of Fertility and Menstruation Tracking Apps“. In: *Internet Policy Review*, 2021, Jg. 10, H. 4. DOI: 10.14763/2021.4.1599.

denk!mal FREIHEIT

Aus Klassenzimmern werden Freiheitslabore

Waren Sie schon einmal in einem Panoptikum? In einem solchen Gebäude kann alles, was passiert, von einer einzigen Person überblickt – oder eher überwacht – werden. Das klingt wenig einladend. Doch wie wäre es mit einem Freiheits-Panoptikum, das wir betreten und in dem wir eine bunte Vielfalt an Freiheitsfacetten und Zukunftsvisionen entdecken können? Klingt schon besser. Ein solches Freiheitspanoptikum nimmt derzeit in Berlin-Neukölln Form an. Es markiert den Abschluss unseres **Projektes „denk!mal Freiheit“**, das wir zusammen mit Partnern aus Kunst und Zivilgesellschaft im aktuellen Wissenschaftsjahr gestalten. Dafür reisen von April bis Juli WZB-Forschende an zwölf Schulen in ganz Deutschland und erarbeiten entlang ihrer Forschungsthemen mit Kindern und Jugendlichen deren Bilder von Freiheit. Daraus entstehen Trickfilme und künstlerische Installationen, die von Zukunftswünschen, Wahlfreiheit, Erfahrungen von Unfreiheit und vielen anderen Facetten erzählen.



Das Freiheits-Panoptikum im „Falschen Fisch“ in Berlin-Neukölln nimmt langsam Form an.

Foto: Matze Görig (S27) – alle anderen Fotos: Mario Hartmann



WZB-Forscherin Paula Edling (rechts) diskutiert mit Schülerinnen einer 8. Klasse an einem Dortmunder Gymnasium.

Am **Weltkindertag am 20. September 2024** werden diese Freiheitsbilder in Berlin zu einem modernen Freiheitsdenkmal zusammengeführt und als Panoptikum erlebbar sein. Der Ort des Denkmals ist so besonders wie das Denkmal: Der „Falsche Fisch“, ein ehemaliges Fischrestaurant in Berlin-Neukölln, ist heute Werkstatt und Ausprobier-Areal des Stadtlabors Schlesische 27, S. 27.

Wer für Freiheit brennt, sollte sich den Termin unbedingt vormerken. Alle Informationen zum Projekt und zur Abschlussveranstaltung gibt es unter **wzb.eu/denkmal-freiheit**

Das **Projekt denk!mal FREIHEIT** wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

2024

**Wissenschaftsjahr
Freiheit**



Der Trickfilm-Künstler Uli Westphal unterstützt beim Filmemachen.

Dortmunder Schüler interviewen sich gegenseitig zu der Frage: Wann fühle ich mich frei?



Vorfreude und ein herzliches Willkommen

Nicola Fuchs-Schündeln wird neue Präsidentin des WZB

Gabriele Kammerer

Sie geht vom Positiven aus. Wenn Nicola Fuchs-Schündeln nach Gesellschaft und Arbeitsmarkt gefragt wird, spricht sie gerne von Potenzialen und Talenten. Die Wachstumsperspektive ist es, die die Volkswirtin reizt: Welche Strukturen braucht es, damit Menschen sich einbringen können, unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft? Ein Land wie Deutschland punktet nun einmal nicht mit Rohstoffen, sondern mit Wissen und Ideen. Da liegt es auf der Hand, dass Steuerpolitik gleichzeitig Gesellschaftspolitik ist. Beispiel Ehegattensplitting: Eine Abschaffung dieses steuerlichen Konstrukts würde den Anreiz für die weniger verdienenden Teile von Paaren – meist sind das die Frauen – deutlich erhöhen, in größerem Umfang erwerbstätig zu werden.

Im September tritt Nicola Fuchs-Schündeln, die Ökonomin mit dem Blick aufs gesellschaftliche Ganze, die Nachfolge von Jutta Allmendinger als Präsidentin des WZB an. Die 1972 geborene Wissenschaftlerin hat nationales wie internationales Renommee. Mehrere Jahre hat sie in Yale und Harvard gearbeitet, ist 2009 nach Deutschland zurückgekehrt, wo sie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main eine Professur für Makroökonomie und Entwicklung übernahm. Zweimal, 2010 und 2018, wurde sie mit Förderungen des European Research Council (ERC) für herausragende Forschung ausgezeichnet. Nicola Fuchs-Schündeln hat mehrere hochdotierte Preise erhalten, unter anderem 2018 den Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft und 2016 den Hermann-Heinrich-Gossen-Preis des Vereins für Socialpolitik. 2019/20 war sie Vorsitzende dieser Vereinigung, der größten wirtschaftswissenschaftlichen in Deutschland, und seit 2021 ist sie Programmdirektorin beim Centre for Economic Policy Research, einem bedeutenden Netzwerk europäischer Ökonominen und Ökonomen. Ihre Expertise stellt sie auch der Politik beratend zur Verfügung: Sie ist Mitglied in den wissenschaftlichen Beiräten des Bundesministeri-

ums für Wirtschaft und Klimaschutz und der Deutschen Bundesbank sowie Forschungsprofessorin an der Europäischen Zentralbank.



Ihre Forschungsthemen sind wie fürs WZB gemacht. Hintergründe und Entstehung von Ungleichheit und sozialer Mobilität zu verstehen, treibt Nicola Fuchs-Schündeln schon lange an. Dabei setzt sie im Kleinen an: Mit Analysen von Haushaltsdaten geht sie der Frage nach, was Menschen oder private Haushalte dazu bringt, zu sparen, zu investieren, zu arbeiten. Wie kommen Einzelne zu ihren Entscheidungen? Früh forderte sie die lange geltende Grundannahme der Wirtschaftswissenschaften heraus, dass Präferenzen, also individuelle Vorlieben, angeboren seien, mithin kaum veränderbar. Sie zeigte den Einfluss politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen – und nutzte dafür ein Experimentierfeld, das ungleich größer war als jedes Labor. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit ihren gänzlich unterschiedlichen Systemeinstellungen diente ihr als natürliches Experiment, an dem sie studierte, wie sich Rahmenbedingungen auf menschliches Verhalten auswirken, und zwar über Generationen hinweg.

Nicola Fuchs-Schündeln bringt die Fähigkeit zur Zusammenschau mit. Von Individuen schließt sie auf die Gesellschaft, von Haushalten aufs Gemeinwesen. Und sie plädiert dafür, die vielen einzelnen Krisen, die unsere Welt in Atem halten, als komplexe Probleme zu sehen; bei Migrationskrise oder Klimakatastrophe etwa die politischen Aspekte genauso zu betrachten wie die ökonomischen oder sozialen. Dabei treten die Grenzen der akademischen Disziplinen in den Hintergrund – ganz im Stil dessen, wie das WZB seit seiner Gründung 1969 funktioniert.

Wir freuen uns auf die neue Präsidentin und sind gespannt. Herzlich willkommen, Nicola Fuchs-Schündeln!

Foto: © CEPR / Kay Nietfeld, alle Rechte vorbehalten.

Christine Landfried, das WZB und die Kunst des Lebens

Eine Hommage zum Abschied

Jutta Allmendinger

Das WZB neigt nicht dazu, Dauerkarten für Beratungs- und Entscheidungsgremien zu vergeben. Im Gegenteil, wir rotieren nach den jeweiligen Amtszeiten, danken für die Expertise und freuen uns auf neue kritische Stimmen. Auch die Zuwendungsgeber von Bund und Land unterstützen zu große Nähe zu Einrichtungen nicht.

Vor diesem Hintergrund sagen 24 Jahre WZB fast alles, was über Christine Landfried zu sagen ist. Es zieren sie ein unabhängiger Geist, der Mut, auch Minderheitspositionen zu vertreten, ein untrügliches institutionelles Gedächtnis, hohe interdisziplinäre Expertise und eine Neugier, die ihresgleichen sucht.

Ihr Einsatz für das WZB ist enorm und nur durch die Sache zu erklären. Ich durfte sie vor 17 Jahren kennenlernen. Vor jeder Sitzung rief sie an, ließ sich dies und jenes erklären. Nach jeder Sitzung erfuhr ich, mit wie vielen Menschen sie den persönlichen Kontakt suchte, mehr wissen wollte. Wunderbar und erstaunlich.

Im Einzelnen: Christine Landfried wurde 2000 in das Kuratorium des WZB berufen, in ihrer zweiten Amtszeit war sie zudem Mitglied im Finanzausschuss. Ab August 2010 gehörte sie dem wissenschaftlichen Beirat des WZB an. Sie kann die Institution ebenso lesen, wie sie die Inhalte der Abteilungen gebildet kommentieren kann. Nur so ist zu erklären, dass sie im Januar 2013 zur stellvertretenden Vorsitzenden, im Juli 2016 zur Beiratsvorsitzenden ernannt wurde.

Mehr als diese schnöden Zahlen beeindruckt mich, welchen Wandel des WZB sie mitgestaltet und mitverantwortet hat. Sie hat gleich drei Präsidenten und Präsidentinnen gesucht und gefunden. Den Historiker Jürgen Kocka als Nachfolger von Friedhelm Neidhardt 2001, mich als Soziologin als Nachfolgerin von Jür-

gen Kocka 2007 und schließlich die Ökonomin Nicola Fuchs-Schündeln 2024.

In ihre Amtszeiten fiel die Bestellung von nicht weniger als 13 Direktorinnen und Direktoren. Jens Alber wurde 2002 berufen, Gunnar Schuppert 2003, Wolfgang Merkel und Michael Zürn 2004, Arndt Sorge und Chiara Saraceno 2006. Während meiner Amtszeit wirkte sie bei den Berufungen von Ruud Koopmans 2007, Michael Hutter und Heike Solga 2008, Dorothea Kübler 2009, Steffen Huck 2012, Macartan Humphreys 2017 und Daniel Ziblatt 2020 mit. Einige Berufungen waren Selbstläufer, andere echte Herausforderungen.

Ihr kühler Verstand und risikofreudiger Kopf halfen entscheidend in vielen Situationen, auf die man sich nicht vorbereiten kann: Was tun, wenn die Bedeutung des Internets untersucht werden soll, aber nur Google das Vorhaben finanziell unterstützt? Wenn ein chinesischer Unternehmer aus Costa Rica am WZB den größten Preis für die Sozialwissenschaften ausloben will? Wenn die AfD das WZB verklagt, da wir angeblich wissenschaftliches Fehlverhalten gezeigt hätten?

Christine Landfried hat nicht alles unterstützt, eine Jasagerin ist sie nicht. Aber sie war immer da. Bestens vorbereitet. Immer bereit, quer zu denken. Immer freundlich und höchst wertschätzend auch gegenüber jenen, die die vielen Gremiensitzungen vorbereiten. Sie war da und hatte Zeit für meine Fragen, auch wenn es ihr selbst nicht gut ging. Ihre innigliche größte Liebe plötzlich starb. Sie realisieren musste, dass Pensionen nicht immer üppig sind, insbesondere nicht für Frauen, die relativ spät in die Wissenschaft kommen, zuvor für die Medien arbeiteten, sich um ihre Familie kümmerten.

Immer blieb sie ihrer Linie treu. Sie arbeitete ehrenamtlich auch nach ihrer Emeritierung. Sie setzte ihre Forschungen fort, gut vernetzt. Morgens eine Stunde schwimmen, eine Stunde gehen, Zeitung lesen und dann der Schreibtisch. Korrespondenzen, weltweit. Sinn für Humor, lachen kann sie herzlich. In letzter Zeit beschäftigt sie sich immer mehr mit dem Verhältnis von Kunst und Politik. Ihr Rap von 2017 sagt hierzu alles.

„Slam“ heißt ja knallen.
Drum rate ich allen
Keinen Spaß zu erwarten.
Die Kunst hatte nämlich schlechte Karten.
Die Story ist traurig,
Geradezu schaurig.
Nun fangen wir's an!

Das Stück spielt bei den Vereinten Nationen.
Die wollten wir heute mal gar nicht schonen.
Denn sie haben mit cleverer Strategie
Im Foyer verhängt die Tapisserie
Nach Picassos „Guernica“, die mit Wucht
Das Grauen des Krieges zu fassen sucht.

2003 zeigte Powell der Welt
Wie er es mit der Wahrheit hält.
Im Irak existierten biologische Waffen,
Diese seien mit Krieg nur abzuschaffen.
Als Beweis dienten Satellitenaufnahmen,
Die freilich aus der Werkstatt kamen.

Nach der Rede, vor dem Sitzungssaal
Mit Journalisten, groß an der Zahl
Sollte die Öffentlichkeit vom Kriege hören.
Guernica konnte dabei wirklich nur stören!
Und so hat man sich kein bisschen geniert
Und über Guernica eine Stoffbahn drapiert.

Zunächst war die Verhüllung noch schlicht.
Man sah jetzt nur Guernica nicht.
Doch dann wurde das Ganze perfektioniert
Und die Fahnen daneben installiert.
Die Stoffbahn wurde großzügig gehängt,
Damit auch jeder das Logo erkennt.

Die Medien haben sofort reagiert
Mit der Verhängung hat sich die UNO blamiert!
Schon bald wurde Guernica wieder enthüllt.
Hat die Öffentlichkeit ihren Zweck erfüllt?
So hat es die Kunstgeschichte geseh'n.
Doch etwas anders ist geseh'n.

Die Kritik in den Medien – eine Episode.
Die Politik, egal wie marode,
Hat letztlich über die Kunst gesiegt
Und das Antikriegsbild weggekriegt.
Die Tapisserie hängt zwar im Foyer
Die Sichtbarkeit ist gleichwohl passé!

Denn man kehrte nicht einfach zu Picasso zurück,
Sondern schuf daneben mit recht viel Geschick
einen neuen Platz für Presse, Funk und Kamera:
Die Stoffbahn mit Logo, sie war ja schon da.
Politiker können nun selbst entscheiden,
Wo sie ihre Beschlüsse verbreiten.
Sie haben die Wahl, ob sie vor dem Logo sind
Oder vor schreiender Frau mit totem Kind.

Die Politik kann wieder die Flaggen hinhängen.
Und ganz geschickt Picasso verdrängen.
Die Medien haben wieder ihr einfaches Bild,
Denn Guernica ist ihnen meist zu wild.
Sie agieren wieder vor einfacher Bahn
Aus blauem Stoff mit UN-Logo dran.

Foto: © WZB/Jan Flickschu, alle Rechte vorbehalten.



Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Weniger Grün, mehr Umweltbelastungen

Christian König

Menschen ohne deutschen Pass leben in Deutschland oft in Gegenden mit schlechterer Umweltqualität. Sie haben weniger Zugang zu Parks und anderen städtischen Grünflächen und sind stärker der industriellen Luftverschmutzung ausgesetzt. Das zeigt Christian König in seiner Studie, für die er quartiersbezogene Daten aller deutschen Städte analysiert hat. Ein erstaunliches Ergebnis ist, dass das geringere Durchschnittseinkommen dieser Gruppe die Unterschiede in der Nachbarschaftsqualität nicht erklären kann. Eine Herausforderung für Stadtplaner und Politiker: Für die räumliche Verteilung ausländischer Bürger*innen auf Nachbarschaften mit durchschnittlich niedrigerer Umweltqualität muss es also andere Ursachen geben. Einige davon werden derzeit in einem weiteren Forschungsprojekt untersucht.

Christian König: „Neighbourhood Structure and Environmental Quality: A Fine-Grained Analysis of Spatial Inequalities in Urban Germany“. In: Urban Studies, 2024. DOI: 10.1177/00420980231224224.

Der Staat und die Sozialen Medien

Robert Gorwa

In den letzten Jahren haben staatliche Bemühungen zugenommen, die Moderierung schädlicher Inhalte auf digitalen Plattformen zu regulieren. Robert Gorwa untersucht in seinem Buch, unter welchen politischen Umständen es zu staatlicher Plattformregulierung kommt: Besteht Handlungsdruck? Welche Handlungsmöglichkeiten haben Regierungen? Setzen sie gegenüber den Plattformbetreibern eher auf Überzeugung,

auf Zusammenarbeit oder auf gesetzliche Vorgaben? Diese Fragen nimmt Robert Gorwa anhand von Fallbeispielen aus Deutschland, Australien und Neuseeland sowie den USA in den Blick. Dabei zeigt sich unter anderem, dass in allen Fällen ein externer Schock, wie etwa 2019 der Terrorangriff im neuseeländischen Christchurch, politischen Handlungsdruck erzeugte. Auch ist bemerkenswert, wie verhalten jeweils die Gegenwehr der betroffenen Unternehmen gegenüber Regulierungsmaßnahmen ausfiel.

Robert Gorwa: The Politics of Platform Regulation: How Governments Shape Online Content Moderation, Oxford Studies in Digital Politics. New York: Oxford University Press 2024.

DOI: 10.1093/oso/9780197692851.001.0001.

Lebensverläufe

Hannah Zagel

Reproduktion und Familiengründung wurden in der bisherigen Lebensverlaufsforschung vernachlässigt, erklärt Hannah Zagel. Das ist verwunderlich, denn besonders Reproduktion – wie viele andere in diesem Forschungszweig untersuchten Lebensbereiche – unterliegt staatlichen Interventionen und Normen. Diese legen etwa nahe, wann der richtige Zeitpunkt für bestimmte Lebensereignisse wie das Kinderkriegen ist. In ihrem Artikel zeigt Zagel eine Verbindung zwischen staatlichen Reproduktionspolitiken und normativen Lebensmodellen auf. Auf Grundlage der International Reproduction Policy Database (IRPD), die am WZB entwickelt wurde, argumentiert sie, dass sich normative Annahmen über Reproduktion direkt in der gesetzlichen Reglementierung ausdrücken.

Hannah Zagel: „Reproduction Policy as Life Course Policy: Normative Modelling of Reproductive Life Courses in Germany“. In: Zeitschrift für Sozialreform, 2024, Jg. 70, H. 1. DOI: 10.1515/zsr-2023-0011.

Visualisierung der Demokratie

Jessica Kim, Andrew Collins

Verflechtungen von Nichtregierungsorganisationen, die für die Stärkung der Demokratie arbeiten, weltweit und über mehr als 30 Jahre (1981–2015) – aus diesem reichen Datenschatz leiten Jessica Kim und Andrew Collins bunte Visualisierungen ab. Die Grafiken aus Punkten und Verbindungen zeigen: Die Netzwerke sind dicht und florieren. Mit einer wesentlichen Einschränkung: Anfang der 2000er-Jahre nimmt die Verflechtung im Themenfeld der bürgerlichen Freiheiten ab. Die Autorin und der Autor stellen die Vermutung zur Diskussion, dass der amerikanische Krieg gegen den Terror vielerorts zu Ernüchterung geführt hat. Der Einsatz für Demokratie sei in den Augen vieler zum geopolitischen Spiel geworden und stehe weniger für wertegeleitetes Engagement. *Jessica Kim/Andrew Collins: „Patterns of Global Democracy Promotion: Centrality in DINGO Networks, 1981–2015“*. In: *Socius*, 2023, Jg. 9. DOI: 10.1177/23780231231221462.

Trotzdem da

Christin Jänicke

Besonders in diesem Wahljahr ist der Diskurs über Ostdeutschland vom Aufstieg der extremen Rechten geprägt. Christin Jänicke hat untersucht, wie sich dies auf antifaschistische Widerstandsgruppen in Ostdeutschland auswirkt. Welche Rolle spielt ostdeutsche Identität für die Antifa Ost angesichts des auf den „braunen Osten“ fokussierten Mediendiskurses? Jänicke verortet diese Generalisierung in einem größeren historischen Kontext der Fremdbestimmung und Abwertung von Ostdeutschen. Sie argumentiert, dass für antifaschistische Bewegungen ein positiver Bezug auf die ostdeutsche Identität dazu dienen kann, Handlungsfähigkeit im Kampf gegen die extreme Rechte zu entwickeln und antifaschistische Aktivitäten zu stärken – denn gerade diese würden oft unsichtbar gemacht.

Christin Jänicke: „The Invisible ‚Antifa-Ost‘. The Struggles of Anti-Hegemonic Engagement in East Germany“. In: *Partecipazione e Conflitto*, 2024, Jg. 17, H. 1. DOI: 10.1285/i20356609v17i1p64.

Jeder Monat zählt

Jonas Radl, Manuel T. Valdés

Ein Jahr Altersunterschied macht beim Schuleinstieg immerhin 15 bis 20 Prozent des gesamten Lebensalters aus. Kein Wunder, dass sich das unterschiedliche Alter darauf auswirkt, wie Kinder mit den schulischen Anforderungen zurechtkommen. Bislang wurde allerdings vor allem nachgewiesen, dass das Alter die Leistung von Schülerinnen und Schülern stark beeinflusst. Statt auf kognitive Fähigkeiten blicken die Autoren dieser Studie auf Verhaltensmuster und Persönlichkeit. Durch Experimente mit knapp 800 Fünftklässler*innen in Spanien können sie belegen, dass auch auf dieser Ebene das Alter zählt: Jeder Monat mehr fördert die Bereitschaft, sich zur Lösung von Aufgaben anzustrengen. Wenn flexiblere Lösungen für den Schuleinstieg nicht möglich sind, sollte also zumindest mehr Binnendifferenzierung im Unterricht stattfinden. *Jonas Radl/Manuel T. Valdés: „Month of Birth and Cognitive Effort: A Laboratory Study of the Relative Age Effect among Fifth Graders“*. In: *Social Forces*, 2024. DOI: 10.1093/sf/soae023.



Nicht immer ist die Gegenbewegung gegen Rassismus und Rechtsextremismus so sichtbar wie hier: Bei der Demonstration nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 gingen 15.000 Menschen auf die Straße. Foto: © picture alliance / ZB | Jürgen Sindermann, alle Rechte vorbehalten.

Personen

Gäste

Alessandro Ferrara ist Doktorand in der Abteilung für Politik- und Sozialwissenschaften des European University Institute, Fiesole, Italien, und bis Ende des Jahres wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit. In seiner Forschung befasst er sich vor allem mit sozialer Stratifikation, Bildungssoziologie sowie Migration und sozialer Ungleichheit.

Dr. **Sergio Galaz** ist Postdoktorand an der Universität Carlos III in Madrid. Seine Forschungsinteressen liegen an der Schnittstelle von politischer Soziologie, historischer Soziologie und quantitativer historischer Analyse. Er war im Mai 2024 Gast im Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung.



Hanno Hilbig Ph.D., Assistant Professor of Political Science an der University of California, Davis, ist von Mitte Juli bis Ende August Gast der Abteilung Transformationen der Demokratie. Er arbeitet an

dem Thema „Political Effects of Energy Transitions, in Particular in Regions with Industries that Are Negatively Affected by such Transitions“.

Chen You-jun, Professor am Department of Regional Economic Research des Shanghai Institute for International Studies, wird von Juli bis September 2024 als Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance sein. In dieser Zeit befasst er sich insbesondere mit der internationalen politischen Ökonomie, regionalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie mit politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China, den USA und Japan.

Nils Neumann ist Doktorand am Stone Center for Inequality Dynamics der University of Michigan und am Center for European Studies. Bis Juni 2025 ist er Gast der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt.

Sienna Maria Nordquest, Doktorandin an der Bocconi University, ist bis Dezember 2024 Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Ihre aktuelle Forschung befasst sich mit dem Thema „The Marshall Plan as Sanctioner and Protector: The Case of West Germany, 1949–1953“.

Berufungen

Prof. Dr. **Florian Butollo** ist seit April für bis zu vier Jahre Gastprofessor für Soziologie mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung der Arbeitswelten“ an der Technischen Universität Berlin. Als Projektleiter bleibt er weiterhin mit dem WZB und dem Weizenbaum-Institut verbunden.

Jessica Kim Ph.D., wissenschaftliche Mitarbeiterin im Team der Forschungsprofessur Global Sociology, hat den Ruf für eine Professur an der Universität Pittsburgh, USA, angenommen. Sie wird die Professur im Sommer antreten.

Zum 1. Mai 2024 wurde Dr. **Matthew D. Stephen** zum Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Politische Ökonomie, an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg ernannt.

Personalien

Tina Baier ist Postdoktorandin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Sie arbeitet hier im Rahmen des Einstein Center for Population Dynamics (ECPD) an dem Projekt „Evaluating the Relation Between Family Diversity and Educational Inequalities“.

Berenike Firestone ist seit Juni 2024 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hertie School of Governance. Im Rahmen ihrer soziologischen Promotion an der Columbia University, New York, arbeitet sie über die soziale Reproduktion der Unterstützung rechter Parteien.

Jannis Hertel ist seit April 2024 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Zugang zum Recht in Berlin“ in der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten. Seine Forschungsinteressen liegen bei Fragen sozialer Ungleichheit, zwischen Rechtssoziologie und Stadtsoziologie.

Zoë Johnson ist seit April 2024 als Kommunikationsmanagerin für das Fairwork-Projekt in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion tätig.

Ann-Kathrin Katzinski ist seit April 2024 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Generative KI in der Arbeitswelt“ in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion und assoziierte Forscherin am Weizenbaum-Institut. In ihrer Forschung untersucht sie die Veränderung von Wissensarbeit und Programmierung durch die Nutzung generativer (sprachbasierter) KI-Systeme.

Nikolina Klatt ist seit Februar 2024 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Transformationen der Demokratie sowie Mitarbeiterin der Staatsministerin für Europa und Klima. Zu ihren Forschungsinteressen gehören Demokratieforschung, reproduktive Rechte und politische Prozesse; im Herbst beginnt sie ihre Promotion an der Berlin Graduate School for Global and Transregional Studies (BGTS).

Isidora Knežević ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „TRANSMIT – Transnational Perspectives on Migration and Integration“. Als Wirtschaftswissenschaftlerin liegen ihre Hauptinteressen in den Bereichen Entwicklung, Bildung und Migration, mit besonderem Fokus auf dem Globalen Süden.

Gabriela Schanz ist seit Juni 2024 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Drittmittelprojekt zur DeZIM-Forschungsvernetzung der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung tätig. Zuvor arbeitete die Politikwissenschaftlerin und Völkerrechtlerin unter anderem bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Kontext von Migration und Entwicklung.



Mareike Sirman-Winkler ist seit April 2024 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion und assoziierte Forscherin am Weizenbaum-Institut.

In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit der Einführung und Akzeptanz von KI-basierten Innovationen in der öffentlichen Verwaltung.

Vanessa Wintermantel, zuvor wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsprofessur Global Constitutionalism, arbeitet seit April 2024 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Thüringen-Projekt des Verfassungsblogs. Der Verfassungsblog ist eine vom WZB und anderen Partnern unterstützte digitale Plattform, die verfassungsrechtliche Themen online aufbereitet und einem breiteren Publikum zugänglich macht.

Veranstaltung

1. und 2. Juli 2024

Berlin Meeting on the Political Economy of Development (MoPED)

Workshop

The Berlin Meeting on the Political Economy of Development (MoPED) brings together faculty and advanced graduate students in political science, economics, and other social science disciplines studying the political economy of development. Relevant substantive topics include, but are not limited to, governance, corruption, misinformation, inter-group relations, migrati-

on, and conflict. The MoPED provides a platform for scholars from all over the globe to present and discuss their research findings, exchange ideas, and foster collaboration on pressing issues at the intersection of political economy and development. Through in-depth discussions, participants delve into the complexities of these subjects, aiming to advance understanding and foster solutions for pressing global challenges. This event will be held in person at the WZB and will not be recorded.

*Veranstalter*innen: Lisa Garbe Ph.D., Dr. Alexandra Scacco, Yuequan Guo Ph.D. (alle WZB); Informationen bei: Yuequan Guo, E-Mail: yuequan.guo@wzb.eu*

Nachlese

Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Konferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Forschungsschiff

Vier Monate lang schippert sie durch Deutschland, und im September wird sie Österreich erreichen: die „MS Wissenschaft“, das schwimmende Science Center mit Exponaten zum Ausprobieren und Mitmachen. Bereits seit 20 Jahren fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung dieses Transferprojekt mit großer Reichweite. Diesmal ist auch das WZB an Bord – mit einem Tisch, an dem Besucherinnen und Besucher nachvollziehen können, wie Kompromisse funktionieren. Die wissenschaftliche Expertise stammt von Pola Lehmann und ihrer Forschung zu Parteien und politischer Repräsentation. Umgesetzt haben die Erkenntnisse die UdK-Absolventen Miriam Seith und Mario Kreuzer. Die Zusammenarbeit der drei hat sich bereits bewährt, sie nahm ihren Ursprung im „Visual Society Program“, das über die Jahre schon viele Brücken zwischen Wissenschaft und Gestaltung geschlagen hat.

Sinkendes Schiff

Das Datum war kein Zufall. Am 23. Mai, dem 75. Geburtstag des Grundgesetzes, stellte Daniel Ziblatt, Direktor der Abteilung Transformationen der Demokratie, im WZB sein neues Buch vor: „Die Tyrannei der Minderheit“. Er tat dies im Gespräch mit Annika Brockschmidt, die sich ebenfalls intensiv mit der amerikanischen Demokratie und den extremen Rechten befasst hat (ihr Buch „Die Brandstifter“ ist Anfang des Jahres erschienen). Wie kann es gelingen, die Demokratie vor radikalen Minderheiten zu schützen, die sie untergraben oder gar zerstören wollen? Gedanken von Daniel Ziblatt zu nötigen Reformen der westlichen Demokratien sind auch in seinem Vortrag bei der re:publica 2024 zu hören, den er wenige Tage später gehalten hat und der auf YouTube zu finden ist.

Vorlese

„Leistung“ ist der Arbeitstitel des Septemberhefts der WZB-Mitteilungen. Chancengleichheit, Arbeitsintensivierung, Anstrengungsbereitschaft, soziale Leistungen – das Thema ist anschlussfähig für Arbeits- und Bildungsforschung, für Ökonomie und Gesellschaftsanalyse.

Zarte Pflänzchen

Niederliegender Ehrenpreis, Kartäuser-Nelke, Ohrlöffel-Leimkraut, Berg-Sandglöckchen ... das sind Fachbegriffe, wie sie am WZB selten vorkommen. Seit April aber sprießen Vertreter dieser Pflanzenarten auf ausgewählten Außenflächen am Reichpietschufer 50. Die Umwelt-AG am WZB hat Kontakt zur Stiftung Naturschutz Berlin (SNB) aufgenommen, die heimische Wildpflanzen wieder stärker in der Stadt verbreiten und so die biologische Vielfalt stärken will. Bei einer Pflanzaktion Mitte April wurden 600 Setzlinge in die Erde gebracht. Dass die Forschenden daran gewöhnt sind, in langen Bögen zu denken, dürfte helfen. Denn bis der artenreiche Magerrasen wirklich gedeiht, braucht es viel Geduld – und Zurückhaltung beim Wässern und Düngen.



Freie Wissenschaft I

Es kommt nicht oft vor, dass sich das WZB als Institution in eigener Sache äußert. Der Krieg in Israel und Gaza und seine Auswirkungen auf Gesellschaft und Wissenschaft weltweit haben Geschäftsführung und Leitungsebene dazu veranlasst, im Mai eine klare Botschaft zu veröffentlichen. Das WZB sei ein Raum für offene und freie Forschung und werde es bleiben, heißt es darin. „Forschende können hier ohne Angst vor Sanktionen arbeiten, auch wenn sie mit der öffentlichen Meinung – gleich auf welcher Seite eines Streitthemas – oder mit der Haltung der Regierung nicht übereinstimmen, und unabhängig von ihrem persönlichen Hintergrund.“

Freie Wissenschaft II

45 Prozent aller Forschenden könnten und müssten von Anfeindungen berichten – das zeigt eine repräsentative Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Die Tagesschau griff diese Ergebnisse am 16. Mai auf. Prominentestes Beispiel ist der Virologe Christian Drosten, zu Wort kam aber auch Daniel Saldivia Gonzatti, Protestforscher am WZB, der erlebte, dass seine Kompetenz oder auch die Wissenschaftstauglichkeit seines Forschungsfeldes angezweifelt wurde. Nach längerem Ringen hat er entschieden, nicht klein beizugeben: „Ich äußere mich weiterhin, wenn es passend ist und ich meine Expertise einbringen kann.“

Wissenschaft – und ich?!

„Wissenschaft muss Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen.“ Das betont Christoph Marksches, der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW). Viel wird geredet – und geforscht – über die Polarisierung der Gesellschaft, über Populismus, über Demokratieverdrossenheit. Gemeinsam mit anderen Wissenschaftsorganisationen hat die BBAW beschlossen, in den direkten Austausch mit Menschen zu gehen, in ihren Städten, und zwar nicht wie üblich bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen, sondern ganz niedrigschwellig durch Präsenz auf Marktplätzen, in Zwickau, in Brandenburg an der Havel, in Gera. Aus dem WZB beteiligen sich Jutta Allmendinger, Lisa Zehnter und Jakob Geweke.

Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 184, Juni 2024

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Jutta Allmendinger Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann, Gabriele Kammerer

Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Claudia Roth,
Kaja Kröger

Korrektur

Kathrin Kliss, Martina Sander

Redaktionsassistentz

Lisa Heinig

Übersetzungen

Gabriele Kammerer (S. 6-9, 23-34, 40-43)

Bildredaktion

Gesine Born, www.bilderinstitut.de

Auflage

8.100

Foto S. 3: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs.1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repositorium EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert (www.econstor.eu). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor*innen. Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung: (CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.



Zu guter Letzt:

Das Schloss als Schlüssel Wie brasilianische Verwunderung zu einem Buch über deutsche Archi- tektur führte

Martin Gegner

Von 2010 bis 2014 durfte ich zum Thema Stadt und Weltkulturerbe an der Faculdade de Arquitetura e Urbanismo der Universidade de São Paulo lehren und forschen, gefördert vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Diese Fakultät ist eine der Hochburgen des brasilianischen Modernismus in der Tradition Oscar Niemeyers. Elegante, keineswegs immer rechteckige Bauformen sowie die Verknüpfung mit der Gartenbaukunst, etwa eines Roberto Burle Marx, sind die Kennzeichen dieser Architektur. Bekanntestes Beispiel ist das größte Flächenmonument im UNESCO-Weltkulturerbe, die brasilianische Hauptstadt Brasília. Der Grundriss wurde in den 1950er-Jahren von Lúcio Costa entworfen. Von 1956 bis 1961 wurde die Stadt, deren öffentliche Gebäude im Wesentlichen von Niemeyer gestaltet wurden, errichtet.

Während meiner Gastprofessur hielt ich eine Reihe von Vorträgen über das architektonische Welterbe und herausragende historische Gebäude in Berlin. In diesem Zusammenhang kam auch der 2013 gerade begonnene so-

nannte Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses zur Sprache (eigentlich ja ein Neubau mit vorgesezter Barockfassade). Diese Vortragsreihe stieß auf erstaunlich großes Interesse bei Studierenden und Architekturprofessoren und -professorinnen. Mehrere hundert Personen besuchten insgesamt die Veranstaltungsreihe, unter ihnen der ehemalige Vorsitzende der Vereinigung der brasilianischen Architekten und Dekan der Architekturfakultät in Brasília, Miguel Pereira. Miguel (ich nenne ihn beim Vornamen, denn in Brasilien werden auch die größten wissenschaftlichen Koryphäen, gar Minister und der derzeitige Präsident auf diese Weise angeredet) war in den 1970er-Jahren einer der „Nachlassverwalter“ Niemeyers in Brasília, der zwar noch lebte, aber sich nicht um die Konservierung seiner Arbeit kümmerte. Er trug nicht unwesentlich dazu bei, dass die Stadt 1987 in ihrer Gesamtheit zum Weltkulturerbe ernannt wurde. Wenn Miguel das Wort ergriff, verstummten alle Anwesenden in Ehrfurcht und lauschten nahezu andächtig den ausnahmslos bedeutenden Einlassungen des Meisters (ich muss wohl dazu schreiben, dass es sich hier keinesfalls um eine ironische Formulierung handelt). Als ich den ersten Vortrag mit einem Ausblick auf den gerade begonnenen Schlossneubau beendet hatte, meldete sich Miguel zu Wort. „Martin, diga uma coisa ...“ „Sag mal ...: Warum wird bei euch im 21. Jahrhundert ein abgerissenes Schloss wiedererrichtet, das Symbol einer undemokratischen Staatsform, noch dazu mit einer Barockfassade, also im Stil des Absolutismus und Kolonialismus? Dafür wird ein funktionierendes, modernes Gebäude abgerissen. Was hat das zu bedeuten?“ Ich antwortete, dass der abgerissene Palast der Republik von Asbest verseucht und Symbol eines Staates gewesen sei, der – zumindest in seinen letzten Jahrzehnten – bei seinen Bürger*innen nicht sonderlich beliebt gewesen war. Warum man Fundamente und Stahlskelett des Gebäudes nicht genutzt hatte, um in einem darauf und damit errichteten modernen Neubau zum Beispiel die chronisch überlastete Berliner Zentral- und Landesbibliothek unterzubringen, und warum es unbedingt eine Barockfassade sein musste, wusste ich auch nicht zu beantworten. Ich wies darauf hin, dass sich die Berlinerinnen und Berliner in mehreren repräsentativen Umfragen gegen den Schlossneubau ausgesprochen hätten. Dieser sei eine Entscheidung des Bundestages gewesen, der auch den Großteil der Geldmittel für das Projekt bereitstelle. Von der im Jahr

2024 immer deutlicher zutage tretenden Rechtslastigkeit des privaten Fördervereins Berliner Schloss, der das Ansetzen der Barockfassade vor den Betonkern des Gebäudes zu seinem Ziel erkor, wusste man damals angeblich nichts, oder man wollte es nicht wissen. Auch die später beschlossene Nutzung als Quasi-Kolonialmuseum unter dem bereits 2009 vergebenen wohlklingenden Namen „Humboldt Forum“, mit der Ausstellung von kolonial erbeuteter Raubkunst inklusive mehrerer Stücke ungeklärter Provenienz, stand damals noch nicht zur Debatte.

Miguel sagte nur, wenn das Gebäude politisch gewollt sei, dann sei es auch ein politisches Zeichen. Aber welche Politik, welchen Staat solle es repräsentieren? Preußen? Das Deutsche Kaiserreich? Das unverkrampfte, wiedervereinigte Deutschland? Es entspann sich eine lange Diskussion über den Zusammenhang von Politik und Architektur. Nach der Veranstaltung kam der Doyen des brasilianischen sozialen Wohnungsbaus und hervorragende Kenner des europäischen Neuen Bauens, Paulo Bruna, zu mir und sagte: „Du musst darüber ein Buch schreiben!“ Ehe ich darüber nachdenken konnte, fuhr er fort: „Ich habe schon einen Verlag für dich, also fang an!“ So führte also eine Diskussion in Brasilien dazu, dass ich eine vermeintliche Schrulle der Berliner Architektur (die in dieser Stadt ja nicht selten sind) ernst genommen und wirklich ein Buch über Politik und Architektur geschrieben habe. Bis zur Publikation hat es etwas gedauert, und am Ende geht es auch gar nicht mehr um das Schloss – das hat der Berliner Architekt Philipp Oswald in seinem zeitgleich erschienenen Buch „Bauen am nationalen Haus“ übernommen. Ich bin den brasilianischen Kollegen jedoch sehr dankbar dafür, dass ihre Sicht auf ein für sie höchst seltsam anmutendes Gebäude in Berlin mein Interesse für das Politische der Architektur geweckt hat. Nicht erst seit dieser Begebenheit bin ich überzeugt davon, dass uns Sichtweisen aus dem Globalen Süden in vielen politischen und sozialwissenschaftlichen Fragen neue Perspektiven eröffnen können. ●



Martin Gegner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung. Er forscht im Projekt Mobility2Grid zur gesellschaftlichen Akzeptanz von technologischen Lösungen der Energie- und Verkehrswende.

martin.gegner@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.



Martin Gegners Buch „Die politische Ästhetik der öffentlichen Architektur Berlins. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Kaiserreichs“ ist 2023 im Aisthesis Verlag erschienen.



Na, im Fußball-Fieber? Das WZB war das schon an einem schönen Tag im März, als Ex-Fußballnationalspieler Thomas Hitzlsperger zu Gast war. Ein weiteres Highlight in unserer Reihe „Starke Stimmen für Vielfalt“, zu der wir Menschen einladen, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzen. Vor zehn Jahren hat sich Hitzlsperger als homosexuell geoutet – und ist damit bis heute im Profifußball der Einzige. Im Gepäck hatte er Themen, die auf und um den Platz noch immer zu wenig besprochen werden: Homophobie und die einengenden Männlichkeitsbilder in seinem Sport. Kritische Fragen stellte die 12-jährige Lotte, die selbst Fußballerin ist. WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger kam prompt im Trikot des Berliner Frauenfußballvereins FC Viktoria. Eine sehr angeregte Diskussion mit vielen Gästen, von denen einige an diesem Nachmittag zum ersten Mal im WZB waren.

Das kommt:
„Leistung“
3|24

Foto: © Bernhard Ludewig/WZB, alle Rechte vorbehalten.